

Q#01

UB Braunschweig

84



1204-715-8



Apr 84

# **Die freie Presse**

gegen die

## **Kontrevolution**

vertheidigt

durch die

Advokat-Anwälte Aronheim und Lucius,

vor dem

**Schwurgerichte in Braunschweig**

am 5. und 6. Juni 1851.

---

Ein stenographischer Bericht

von

**W. Wirth.**

---

Braunschweig, 1851.

---





1204-7158

# Die freie Presse

gegen die

## Kontrerevolution

vertheidigt

durch die

Advokat-Anwälte Aronheim und Lucius,

vor dem

### Schwurgerichte in Braunschweig

am 5. und 6. Juni 1851.

---

Ein stenographischer Bericht

von

M. Wirth.

---

Braunschweig.

Druck und Verlag von H. Sievers & Comp.

1851.

01134 0001 19

00000000000000000000

00000000

00000000000000000000

00000000

00000000000000000000



~~Apr 84~~

00000000000000000000

00000000

## Vorwort.

„Gebt mir ein Ministerium,“ sagt Sheridan, „welches die Gesetze des Landes mit Füßen tritt, — gebt mir ein aus bestochenen Wahlen hervorgegangenes Parlament, gebt mir felle Richter, — aber gebt mir — die Pressfreiheit, — und ich überwinde sie Alle.“

Die Natur ist weiser, als die Menschen, in der freien Entwicklung natürlicher Verhältnisse liegt mehr Verstand, als in aller Vormundschaft der Regierungen. Darum ist die freie Presse, worin alle natürlichen Kräfte der Menschen sich offenbaren können, die große Heilkünstlerin, welche die Schäden der Gesellschaft aufdeckt und den Balsam zu ihrer Heilung ermittelt. Geschieht das nicht, so wird der Schaden zum Geschwür und Katastrophen sind dann unvermeidlich! Die freie Presse ist nur der Spiegel, welcher das Befinden der Gesellschaft wiedergiebt, und eine Regierung, welche sie unterdrückt, gleicht jenem Landmann, der das Barometer zerschlug, weil es schlechtes Wetter anzeigte, jenem Seemann, welcher den Vogel von seinen Masten schoss, weil er den herannahenden Sturm verkündete.

Jede Regierung sollte dankbar dafür sein, wenn die Presse ihr die Wahrheit sagt.

Seltamerweise halten aber die meisten Regierungen das Symptom für die Krankheit selbst, den Spiegel für den Gegenstand, den dieser wiedergiebt, das Barometer für den Missethäter, welcher das schlechte Wetter macht, den Sturmvogel für den Sturmerreger. —

Traurige Verblendung!

In einem glücklichen und gesunden Lande kann die Presse gar nicht aufregen. Wo man aber unglücklich ist, da liegt in den Thatfachen selbst eine viel zermalnendere Beredsamkeit, als in allen Schriften der Welt!

Gesetzt aber, die Pressfreiheit wäre die große Nebelthäterin, welche die Regierungen untergräbt und die Revolutionen hervorruft! Wie will man dann folgende Fragen beantworten:

Vor 1848 hatten wir keine Pressfreiheit, warum brach dennoch die Revolution aus?

Warum ließ man der Presse gerade in der Zeit freien Lauf, wo sie am meisten schaden, am tiefsten aufregen konnte, in den Jahren 1848 und 1849?

Warum verfolgt man sie erst, nachdem der Schaden schon angerichtet?

Warum besitzt die konservative oder reaktionäre Partei (denn eine Partei, die den jetzigen Zustand „conserviren“ wollte, wäre schlimmer als reaktionär) nicht in sich die geistige Kraft, um mit gleichen Waffen in der Presse in die Schranken treten zu können? —

Der geistreiche Britte, dessen Worte wir an die Spitze gestellt haben, fürchtet mit der freien Feder in der Hand nicht einmal — feile Richter. Wie sollten wir denn verzagen in Deutschland, wo die Schwurgerichte sich weit unabhängiger und ehrenvoller gezeigt haben, als die französischen und englischen in den Zeiten der Reaktion.

Wir können daher nicht besser schließen, als indem wir den Ruf wiederholen, in welchen das anwesende Volk beim Schluß der hier folgenden Mißsenverhandlung ausbrach:

„Es lebe das Schwurgericht!“

---

Am 5. Juni 1851, Morgens um 8 Uhr, erschienen vor dem Schwurgerichte zu Braunschweig der Redakteur der „Blätter der Zeit“, Rechtskandidat Franz Grimm, und der Buchdruckereibesitzer Heinrich Sievers, der Verleger gedachter Blätter.

Präsident des Gerichtshofes: Obergerichtsrath Henke, Richter: Kreisgerichts-Direktoren Vorwerk und Riesel, Ergänzungs-Richter: Kreisrichter Otto, Sekretär: Kreisgerichts-Sekretär Teichs. Die Staatsanwaltschaft war vertreten durch den Staatsanwalt Hellmuth.

Nachdem der Gerichtshof vollzählig und die Angeklagten auf ihre Sitze gegenüber den Geschwornen geführt worden waren, tritt der Präsident des Gerichtshofes sofort zur Beeidigung der Geschwornen, deren Namen hier folgen:

Hauptgeschworene: Ackermann David Feuer aus fl. Stöckheim, Papier- und Tapetenhändler Georg Vollmann von hier, Ackermann Johann Andreas Nabel aus Södingen, Kupferschmied Joh. Heinrich Rauch von hier, Ackermann Jürgen Curland aus Beltheim, Gürtlermeister Heinrich Wöndenschein von hier, Ackermann Christian Ludwig Schaper aus Hordorf, Kaufmann Matth. Joh. Gottfr. Gierlings von hier, Ortsvorsteher und Halbspänner Andreas Almes aus Hoyerdsdorf, Kaufmann Johann August Markworth von hier, Halbspänner H. Heine aus fl. Stöckheim, Großkothasse Joachim Andreas Doppermann aus Delper.

Ersatzgeschworene: Höfner Joh. Heinrich Meyer im Hagen, Gastwirth Karl Grund von hier.

Darauf verlas der Sekretär das Anklageerkenntniß und den Anklageakt, der auf Aufreizung und Majestätsbeleidigung des Staatsoberhauptes und auswärtiger deutscher souveräner Fürsten lautete.

Es folgte die Verlesung der einzelnen infriminirten Artikel, wie sie in dem Anklageakte aufgeführt sind, welche eine geraume Zeit wegnahm, und sprach der Staatsanwalt folgende einleitende Worte:

### Staatsanwalt Hellmuth.

Meine Herren Geschworenen! Nachdem durch stundenlanges Vorlesen der Artikel der „Blätter der Zeit“ Ihre Geduld schon allzu sehr in Anspruch genommen ist, so will ich mich jetzt zur weiteren Entwicklung der Anklage auf möglichst wenige Worte beschränken, indem ich mir das Weitere bei der Begründung der Anklage vorbehalte. Wie Sie aus dem vorgelesenen Anklageakt entnommen haben, ist die Anklage gegen die Beschuldigten gerichtet wegen des Verbrechens der Aufreizung und der Majestätsbeleidigung gegen das Staatsoberhaupt und andere auswärtige Fürsten. In dem Gesetze vom 4. Mai 1848 über die Freiheit der Presse heißt es im §. 2: „Die Entscheidung darüber, ob in Druckschriften u. s. w. ein Verbrechen oder Vergehen verübt worden und wer dafür strafbar sei, steht den ordentlichen Gerichten zu. Dieselben haben hierbei lediglich nach den Vorschriften der geltenden Strafgesetze, namentlich nach den Bestimmungen des unterm 10. Juli 1840 publicirten Kr.-G.-B. sich zu achten.“ Wenn also, meine Herren Geschworenen, durch Druckwerke Aufsätze verbreitet werden, deren Inhalt die Merkmale von Handlungen in sich trägt, welche das Kriminalgesetz bestraft, so sind sie den strafrechtlichen Bestimmungen desselben verfallen. Wenn z. B. Jemand einen Aufsatz veröffentlicht, worin er eine Privatperson verleumdet, so kann der Angegriffene wegen der ihm zugefügten Beleidigung mit Recht den Schutz der Gesetze anrufen und verlangen, daß der Beleidiger und der Verbreiter des Aufsatzes zur Strafe gezogen werde. Wenn mittelst der Presse Vergehen begangen werden, welche der öffentliche Ankläger nach dem

Strafgesetzbuche zu verfolgen verpflichtet ist, so hat er nicht allein das Recht, sondern auch der Staatsgesellschaft gegenüber die Pflicht, eine Anklage deshalb gegen den Urheber zu richten. In verschiedenen Nummern der „Blätter der Zeit,“ als deren verantwortlichen Redakteur der Angeklagte Grimm und als deren Verleger und Verbreiter der Angeklagte Sievers sich bekannt haben, sind Druckwerke veröffentlicht worden, deren Inhalt, wie in dem Anklageakte angegeben ist, folgende Verbrechen in sich faßt:

1) Das Verbrechen aufreizender Schriften gegen die Landesregierung und gegen die Landesverfassung, indem ihre Tendenz auf den Umsturz des Bestehenden und die Einführung der Republik gerichtet ist.

2) Das Verbrechen der Majestätsbeleidigung regierender Fürsten und namentlich des Staatsoberhauptes. Gegen den Angeklagten G. ist die Anklage gerichtet, daß er schuldig sei als Urheber dieser Verbrechen, weil er diese Aufsätze theils selbst verfaßt, theils aus andern Blättern und Zeitschriften entlehnt und in die von ihm redigirten „Blätter der Zeit“ aufgenommen habe. Gegen den Angeklagten S. ist die Anklage erhoben deshalb, weil er diese Aufsätze in den von ihm verlegten „Blättern der Zeit“ abgedruckt und an die Abonnenten verbreitet hat. Die Begriffsbestimmung der Verbrechen, welche in diesen Aufsätzen enthalten sind, ist nach unserm Strafgesetzbuche folgende: §. 89. desselben sagt:

„die Verbreitung falscher für den Staat nachtheiliger oder für die öffentliche Sicherheit beunruhigender Nachrichten oder aufreizender Schriften gegen die Landesregierung oder Landesverfassung u. s. w. ist strafbar.“

Des Verbrechens der Verbreitung aufreizender Schriften gegen die Landesregierung und die Landesverfassung macht sich nicht bloß der schuldig, welcher dieselben verfaßt, sondern auch wer sie verbreitet hat. Was die Majestätsbeleidigung betrifft, m. G. G., so setzt sie alle die Erfordernisse voraus, welche für eine Beleidigung gegen Privatpersonen gelten. Die Beleidigung findet sich in

ehrenkränkenden oder nach der gemeinen Meinung Verachtung ausdrückenden Handlungen oder Aeußerungen. Die Beleidigung gegen Privatpersonen unterscheidet sich von der Majestätsbeleidigung hauptsächlich dadurch, daß sie gegen einen Fürsten, namentlich gegen das Staatsoberhaupt gerichtet ist. Der hier zur Anwendung kommende §. 92 lautet:

„Wer das Staatsoberhaupt durch Worte oder Handlungen (jedoch ohne Thätlichkeit oder thätliche Drohung) in Gegenwart oder öffentlich, d. h. durch verbreitete Schriften oder bildliche Darstellungen u. s. w., schmätzt oder der Geringschätzung Preis zu geben sucht u. s. w., ist strafbar.“

Es gehört also zum Begriffe des Verbrechens der Majestätsbeleidigung, daß Schriften verbreitet sind, durch die man die Ehrerbietung gegen das Staatsoberhaupt verletzt hat, und dieses Verbrechens macht sich nicht allein der Verfertiger der Schriften schuldig, sondern es genügt schon, wenn solche bösslich verbreitet worden sind.

Ähnliche Bestimmungen sind im §. 94 wegen der Beleidigung auswärtiger Fürsten enthalten. Darin heißt es:

„Wer ein Mitglied des Herzogl. Hauses oder der Familie eines auswärtigen souveränen Fürsten u. s. w. thätlich oder durch thätliche Drohungen beleidigt, soll Zwangsarbeit nicht unter einem Jahr, wer diese Personen in Gegenwart oder öffentlich, jedoch ohne Thätlichkeit beleidigt, Zwangsarbeit von sechs Monaten bis einem Jahr u. s. w. erleiden.“

Es sind in der Anklageakte wohl mehr Artikel vorgelesen worden, meine Herren Geschworenen, als streng genommen nöthig gewesen wären, um die Ausübung dieser Verbrechen nachzuweisen. Es ist aber geschehen, um Ihnen die ganze Tendenz der „Blätter der Zeit“ darzulegen, und bei meiner demnächstigen Ausführung und Begründung der Anklage werde ich nur vorzüglich auf folgende Artikel Gewicht legen, und wünsche ich, daß sich die H. G. diese Artikel bemerkten. Es ist 1) in Betreff des Verbrechens der Aufreizung der Auffaz: „die Aufgabe der demokratischen Partei;“ ferner in No. 119 von 1850 der Auffaz „Rurheffen — Voran.“



In No. 151 „Die Weihnachtsbescheerung.“ In No. 152 „Selbstflüchtig nimmermehr.“ In No. 3 von 1851 „Volkvertretung.“ In No. 24 „Zum Jahrestage der französischen Republik.“ In No. 28 „Die deutsche Frage.“ In No. 29 „Die Maßregelung der Presse.“

2) In Betreff der Majestätsbeleidigung in No. 147, „die Politik der Gegenwart.“ In No. 150 „Die größten Gotteslästerer.“ In No. 143 „Olmütz und die Demokratie“ In No. 144 „Die Warschauer Konferenzen.“

Ich bemerke aber dabei, daß die andern Artikel dadurch keinesweges wegfallen, sondern nur als Beweis für die ganze Denkweise und Tendenz des Verfassers dienen sollen. Bei der Begründung der Verbrechen würden Sie Ihr Augenmerk darauf zu richten haben, 1) ob der Angeklagte Franz Grimm, welcher verantwortlicher Redakteur der „Blätter der Zeit“ und als solcher für jede Anklage gegen Artikel in verschiedenen Nummern dieser Zeitschrift verantwortlich ist, solche selbst verfaßt oder zum Druck in die „Bl. d. Z.“ befördert hat? und ob 2) der Angeklagte Heinrich Sievers die „Bl. d. Z.“ verlegt, ob er die in Bezug genommenen Artikel in diese Blätter hat abdrucken lassen und ob er die einzelnen Nummern an die Abonnenten verbreitet hat?

3) haben Sie den objektiven Thatbestand zu berücksichtigen, ob in den verlesenen Artikeln die angeführten Verbrechen enthalten sind und 4) und 5) kommt die Schuldfrage in Betracht, ob der Angeklagte Grimm als Urheber solcher Verbrechen, die in den angezogenen Artikeln liegen, schuldig ist, diese Artikel zum Drucke befördert zu haben und der Angeklagte Sievers, ob er als Urheber dieser Verbrechen schuldig ist, weil er in die von ihm verlegten „Bl. d. Z.“ diese Artikel abgedruckt und verbreitet hat?

Ich muß nur noch auf Eins in Voraus aufmerksam machen: nach dem §. 2 des Gesetzes vom 4. Mai 1848 sollen Vergehen, die mittelst der Presse begangen werden, nach den Bestimmungen des Kr.=G.=B. beurtheilt werden, also auch die Bestimmun-

gen des Kriminal-Gesetzes über die Urheberschaft bei Vergehen durch die Presse gelten. Darnach kann es nicht zweifelhaft sein, daß derjenige, der die Artikel verfaßt oder aus anderen Zeitschriften aufgenommen und zum Druck befördert hat, als Urheber anzusehen ist. Ebenso wenig ist es in Hinsicht des Angeklagten Sievers zweifelhaft, daß er nicht bloß als der Drucker fremder Werke erscheint, sondern gleichfalls als Urheber, weil er diese Blätter verlegt, den Abdruck dieser Artikel besorgt, und diese aufreizenden Schriften dadurch verbreitet hat, daß er die „Bl. d. Z.“ an die Abonnenten vertheilt hat. Das ist es, was ich in Betreff der Anklage als Einleitung zu sagen habe.

Nun folgte das Verhör der beiden Angeklagten, worin dieselben über ihre persönlichen Verhältnisse und ihre Vertragsbeziehungen zu einander Auskunft gaben, und darauf erhob sich der Staatsanwalt von Neuem zur Begründung der Anklage, während welcher er die für die Letztere wichtigsten Artikel zum zweiten Male vorlas.

### Staatsanwalt Hellmuth.

Meine Herren Geschworenen! Da eine eigentliche Beweisaufnahme nicht stattgefunden hat, so kann ich bei meiner weiteren Ausführung an das anknüpfen, was ich bei der Entwicklung der Anklage gesagt habe, und werde nun die Punkte beleuchten, worauf ich Sie damals gebeten habe Ihre Aufmerksamkeit zu richten. Sie haben vernommen, daß der Angeklagte Grimm anerkannt hat, daß er seit dem 1. Oktober v. J. verantwortlicher Redakteur der „Blätter der Zeit“, und namentlich für die Artikel verantwortlich sei, welche heute Morgen als Theile der Anklage vorgelesen sind, daß er dieselben zum Drucke befördert habe und der Verleger der „Blätter der Zeit“, der Angeklagte Sievers ihm gegenüber kontraktlich verpflichtet sei, alle Artikel abzu drucken, und daß er sie fast sämmtlich selbst verfaßt habe. Der Angeklagte Sievers hat anerkannt, daß er die verlesenen Artikel in den „Bl. d. Z.“ sämmtlich habe abdrucken und an die Abonnenten verbreiten lassen.

Meine Herren Geschworenen! Einstweilen vorausgesetzt, daß in den Artikeln die erwähnten Verbrechen liegen, so würde durch diese Anerkennung jeder Zweifel über den Thäter beseitigt werden. Ich werde daher den objektiven Thatbestand, ob ein Verbrechen darin enthalten sei, und dann die Schuldfrage zu erläutern haben.

Was den Thatbestand betrifft, so sind die Merkmale der Verbrechen bei beiden Angeklagten dieselben; bei der Schuldfrage hingegen muß ich einen Unterschied machen, weil die verbrecherische Thätigkeit der beiden Angeklagten eine verschiedenartige gewesen ist. Ich wende mich zunächst zu dem objektiven Thatbestand, zu dem Beweise, daß in den Artikeln die Verbrechen wirklich enthalten sind.

Meine Herren Geschworenen! Um die Schöpfungen des menschlichen Geistes, welcher Gattung sie auch seien, auf eine gesunde Weise würdigen zu können, ist es nothwendig, zwei Dinge zu betrachten, das Ganze und die Einzelheiten. Wenn man nur wenige Seiten lesen wollte, um zu beweisen, daß ein Buch mit der Absicht verfaßt ist, Verderben in die Seele Derer zu werfen, die es lesen, so würde man sich einem groben Irrthume aussetzen. Nur durch eine Prüfung des Ganzen läßt sich der moralische Werth eines Werkes würdigen; denn nur das Ganze zeigt uns den Gedanken des Verfassers und beweist uns, welche Lehren er hat verbreiten wollen. Um Ihnen nun in diesem Falle die Möglichkeit zu geben, meine Herren Geschworenen, das Ganze zu würdigen, sind der Anklageakte mehr Artikel beigelegt, als streng genommen nöthig gewesen wären, um die Anklage nachzuweisen. Wenn Sie sämtliche Blätter in's Auge fassen und einer ruhigen und vorurtheilsfreien Prüfung unterziehen, so werden Sie nicht umhin können, die Ueberzeugung zu gewinnen, daß die Tendenz der „Bl. d. Z.“ dahin gerichtet ist, das Volk in steter Spannung zu erhalten in der Erwartung großer Ereignisse, welche eintreten sollen, daß sie auf die Herbeiführung einer neuen Revolution, auf den Umsturz des Bestehenden und die Einführung einer einheitlichen Republik in

Deutschland hinsteuert und Nichts verschmäht, um Fürsten und Regierungen auf jede Weise anzugreifen. Lassen Sie uns nun, meine Herren Geschworenen, zu dem Einzelnen übergehen und die Artikel prüfen, wovon ich Ihnen heute Morgen sagte, daß ich besonderes Gewicht darauf legen würde. Ich komme zunächst zu denjenigen, welche das Verbrechen der Aufreizung und Verbreitung aufreizender Schriften gegen die Landesregierung und Landesverfassung enthalten. Es sind dies 9 Artikel, nämlich die Nrn. 119, 120, 151, 152, 158 von 1850 und 3, 24, 28 und 29 von diesem Jahre. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß in den 4 ersten Artikeln diese Tendenz, welche ich hervorhob, mehr angedeutet, nach und nach aber deutlicher ausgedrückt wird, und daß in den folgenden Artikeln die specielle Tendenz hervortritt, zum Schwerte zu greifen und die Republik herzustellen, weil dieses die einzige Möglichkeit sei, die deutsche Frage zu lösen. Es ist dies namentlich der Aussatz „die demokratische Partei,“ worin beklagt wird, daß die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht zur Wahrheit geworden seien. Es heißt im 3. Satz:

„Wir wissen auch, daß die Freiheit uns nicht zu Theil werden wird durch die Bestrebung Manteuffel's und Radowig's für Deutschlands Einheit, so sehr sie auch hierbei von den sogenannten besten Männern unterstützt werden mögen; wir wissen auch, daß die Gleichheit nicht gefördert wird durch die Schöpfung von preussischen Pairskammern und die unmenschliche Spaltung der Bürger in drei Wahlklassen, nach dem größern oder kleinern Geldbeutel; wir wissen endlich auch, daß die Brüderlichkeit auch für die Reaktion der verhassteste Begriff ist, — und wenn wir wissen, daß Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit das Programm der Revolution war, so wissen wir auch eben so gut, daß der volle Glanz dieses Dreigestirns nur durch eine Revolution, nicht aber während eines faulen Waffenstillstandes zwischen zwei Revolutionen herbeigeführt werden kann.“

Wie hat sich aber inzwischen die Demokratie zu verhalten? Für die Freiheit, wie für die Gleichheit kann sie nur vorbereitende Maßregeln treffen; sie kann den Samen austreuen in alle empfängliche Herzen, aber sie muß es der Revolution überlassen, daß er aufsprieße, sobald ihr Lenz zu grauen beginnt u. u.“

M. H. G! Wenn wir diesen Satz prüfen, so finden wir, daß eine neue Revolution darin in Aussicht gestellt wird. Es heißt darin: „was wir haben erreichen wollen u. s. w.“, ist nicht zu erreichen in einem faulen Waffenstillstande. Damit kann nichts Anderes gemeint sein, als die letzte Zeit, und jene Dinge könnten nur herbeigeführt werden durch eine neue Revolution, und dazu soll der Samen ausgestreuet werden. Ich wende mich zum Artikel „Kurhessen — Voran“, und diesen muß ich ganz vorlesen; der eine Theil ist von dem Angeklagten selbst verfaßt, der andere aus der „Hornisse,“ die in Kassel erschien, aufgenommen (verliest den Artikel). In diesem Aufsatze ist unzweifelhaft auf eine neue Revolution provocirt und nicht bloß für Kurhessen, sondern auch für andere deutsche Länder. Hier heißt es:

„Macht aber der Kurfürst dem Volke keine Zugeständnisse, die es als sein gutes Recht verlangen kann, giebt er nicht nach, obgleich es seine Pflicht erheischt, führt er und sein Minister ihn aus, den Streich gegen sein Volk, tritt die Gewalt, wie sie bereits versucht, das Recht höhrend in den Staub, — dann ist es mit dem passiven, ja mit dem gesetzlich-aktiven Widerstande, wie er bisher sich gezeigt hat, zu Ende, dann entsteht für das hessische Volk die brennende Frage vom Recht zur Revolution, — die uns freilich keine Frage ist. Wie wird das hessische Volk diese Frage lösen? — wie kann es sie lösen? — Wird es, wenn es sie bejaht, mit allem Irdischen abrechnen, das Abendmahl nehmen — und dann zum Siegen oder Sterben gehn?

Also dem Verfasser ist es keine Frage mehr, ob eine neue Revolution ausbreche, und in dieser Ueberzeugung fordert er dazu auf; dabei ruft der Verfasser aus, er wünsche auch, daß Kurhessen zu den Waffen greife, „daß es die Fahne der Revolution aufpflanze.“ „Wir theilen ganz“, heißt es ferner, „die Ueberzeugung des demokratischen Blattes in Kassel, welches das Volk zur Revolution auffordert.“ Ich glaube, daß in diesem Artikel unverkennbar eine Aufreizung liegt. Der Artikel „die Weihnachtsbescheerung“ lautet also: (verliest ihn).

Meine Herren Geschworenen! Wenn wir diesen Aufsatz im

Zusammenhänge auffassen, so können wir nichts Anderes darin finden, als die Tendenz, zur Unzufriedenheit aufzureizen. Es ist darin gesagt, daß die Gewalt noch immer herrsche, daß das Recht gebunden und die Kerker gefüllt seien, und das kann nur dahin gedeutet werden, daß eine Aufreizung des Volkes darin liegen soll. Der Aufsatz in Nr. 152 heißt: „Feldflüchtig nimmermehr“ (verlies't denselben). Wenn man diesen Aufsatz nicht für sich, sondern im Zusammenhange mit den übrigen betrachtet, so findet man darin klar ausgesprochen, daß zur Gewalt aufgefordert werden soll. „Man solle nicht vom Kampfplatze weichen“, heißt es, „bis es ein Leichenfeld geworden“; ferner wird darauf hingewiesen, zum Werke zu schreiten, „Euer sei das Werk! Euer sei die Frucht“. Wenn man die verschiedenen Blätter zusammenhält und findet, wie darauf hingewiesen wird, daß schwarze Massen gegen die Paläste ziehen und der Tag der Vergeltung herannahe, so läßt sich nicht verkennen, daß auch dieser Aufsatz, in Verbindung mit den anderen, das Verbrechen der Aufreizung enthält. In dem Aufsatze, „Volksvertretung“, ist diese Tendenz noch schärfer enthalten, indem da zum Schwerte selbst aufgefordert wird (verlies't den Aufsatz). In diesem Aufsatze, meine Herren Geschworenen, findet sich die Verdächtigung, daß alles Schlimme, was für Deutschland komme, von seinen 34 Zuchtmeistern herrühre, und daß das Bestreben der Fürsten dahin gehe, größere Zuchtmeister zu werden, und daß von einer Vertretung des Volkes beim Bundestage keine Rede sein könne, denn nur dem Schwerte würde es eine Volksvertretung zu verdanken haben. Ich glaube, man kann die Aufreizung nicht deutlicher aussprechen. Es folgt Nr. 24, „Der Jahrestag der französischen Republik“ (verlies't den Aufsatz). Ich muß im Allgemeinen hinsichtlich auch dieses Artikels wiederholen, was ich bei den früheren gesagt habe, besonders für die Worte:

Uns bleibt der grimmige Haß gegen unsere Dränger, den wir statt der frühern gutmüthigen Milde errungen haben; uns bleibt das unauslöschliche Mißtrauen, das an die Stelle des tausendfach getäuschten und doch so hartnäckigen Vertrauens getreten ist; uns bleibt die Klarheit über unsere Aufgabe, die Ueberzeugung unseres

ewigen Rechtes, wo früher ein dunkler Instinkt uns leitete; uns bleiben die Männer für die künftige Führung, die Männer, die unser Vertrauen durch ihre Thaten, durch ihre Leiden sich erworben haben; uns bleibt die gegenseitige Bruderliebe, die weit und breit uns unerschütterlich mit starkem Band vereinigt, einem Bande, das keine Macht der Reaktion zersprengt.

In diesem Satze liegt unzweifelhaft eine Aufreizung gegen die Regierung. „Es kommt ein anderer 24. Februar“, heißt es, „und dann soll die neue Revolution als Sieger entweder die Republik finden oder die Kosacken,“ worunter die russische Willkürherrschaft verstanden sein soll. Welche Perspektive öffnet sich da unserer staatlichen Zukunft, und ist es nicht der Angeklagte, der diese Zukunft herbeizuführen wünscht? Nr. 28: „Die deutsche Frage“ (verliert den Artikel). Auch hier finden Sie wieder dieselbe Tendenz auf Einführung einer deutschen Republik. Auch die Nr. 29 (verliert den Aufsatz) enthält die Hinweisung, auf die bald eintretende Revolution. Diese Aufsätze, meine Herren Geschworenen, begründen die Anklage der Aufreizung gegen die Landesregierung und die Landesverfassung, und wenn Sie sich noch einmal die Begriffsbestimmung dieses Verbrechens vergegenwärtigen, so ist wohl gar nicht zu bezweifeln, daß in diesen Aufsätzen eine Aufreizung gegen die Landesregierung und Landesverfassung enthalten ist. Die ganze Tendenz geht dahin, eine neue Revolution vorzubereiten, und in Folge davon die Republik in Deutschland einzuführen. Wir haben eine andere Bestimmung, im Kr.-G.-B. §. 83, wo es heißt: „Vorbereitung zum Hochverrath begeht, wer öffentlich durch Rede oder Schrift zu hochverrättherischen Handlungen auffordert u., wer die Verbreitung von Grundsätzen, durch welche die Existenz des Staats gefährdet wird, mit Andern verabredet, zu hochverrättherischen Handlungen auffordert, hochverrättherische Pläne Andern mittheilt, zu hochverrättherischen Zwecken Schriften verbreitet u.“ Ich wüßte in der That nicht, wie man noch einen Schritt weiter gehen könnte, als in den „Bl. d. Z.“ geschehen, ohne dem §. 83 zu verfallen; wie kann man zweifeln, daß in den Artikeln mindestens Aufreizung zu finden?

Das folgende Vergehen, das die Anklage zum Gegenstande hat, ist die Majestätsbeleidigung auswärtiger Fürsten, insbesondere der deutschen Fürsten und somit auch Sr. Hoheit des Herzogs. Die Artikel beziehen sich eines Theils auf das Staatsoberhaupt und anderen Theils auf die auswärtigen Fürsten. Ich will zunächst die Artikel durchgehen, welche sich auf die Beleidigung der Fürsten im Allgemeinen beziehen, und bemerke dabei, daß in den Aufsätzen nur deutsche Fürsten gemeint sind. (Verliest Nr. 143 und 144.) Diese Aufsätze enthalten offenbar eine Verletzung der Ehrfurcht, die wir den Fürsten schuldig sind, und begründen nach Artikel 92 des Kr.-G.-B. eine Beleidigung des Staatsoberhauptes. Es wird den Fürsten hier mit dürren Worten vorgeworfen, daß sie, um das Gottesgnadenthum wieder herzustellen, das Vaterland verrathen und verkauft hätten. Es wird ihnen vorgeworfen, daß sie ihre Eidschwüre nicht gehalten, um durch Meineid ein Proßbüch zu machen, und daß sie das Volk betrogen und belogen hätten. Ich brauche weiter nichts hinzuzufügen, um nachzuweisen, daß darin ganz unzweifelhaft eine Beleidigung der deutschen Fürsten und eine Verletzung des Staatsoberhauptes enthalten ist. Der letzte Artikel, den ich zu verlesen habe, ist der in Nr. 150, von welchem ich nur ein Paar Sätze hervorheben will (verliest dieselben).

Meine Herren Geschworenen! Das sind hauptsächlich die Artikel, worauf die Anklage das Verbrechen der Beleidigung des Staatsoberhauptes begründet. Die Beleidigung liegt darin, daß das Staatsoberhaupt durch Wort oder Handlung in Gegenwart anderer Personen oder öffentlich durch schriftliche und bildliche Darstellung u. s. w. angegriffen worden ist. Daß hier in diesen Aufsätzen eine Schmähung der deutschen Fürsten und damit auch des Staatsoberhauptes enthalten ist, kann man bei dem ganzen Tone der Artikel, wenn man erwägt, was ich mir eben anzudeuten erlaubte, nicht bezweifeln. Die Absicht der Beleidigung muß hier in dem Tone und der Haltung der Aufsätze gefunden werden. Wenn in solchem Tone die deutschen Fürsten beschrieben werden, und wenn das, was von ihnen gesagt ist, schon bei Privatperso-



nen als Beleidigung gelten würde, so bedarf es keines weiteren Beweises. Wenn man also annehmen muß, daß in den vorgelesenen Artikeln eine Aufreizung gegen die Regierung und Verfassung, daß in ihnen das Verbrechen der Majestätsbeleidigung enthalten ist, so ist nur noch die Schuldfrage der beiden Angeklagten zu erörtern. Die Anklage sagt, daß beide die Urheber sind. Der Angeklagte Grimm hat anerkannt, daß er seit dem 1. Oktober v. J. verantwortlicher Redakteur der „Bl. d. Z.“ ist, und die in Bezug genommenen Artikel zum größten Theil selbst verfaßt, theils aus anderen Blättern entlehnt hat, und der Mitangeklagte Sievers hat zugestanden, daß er mit dem Redakteur in dem Verhältniß steht, daß er Alles drucken muß, was ihm von dem Redakteur zugeschickt wird, daß er dafür ein gewisses Honorar bezahlt und also der eigentliche Besitzer des Blattes ist. Nach dem mehrfach angeführten §. des Gesetzes, die freie Presse betreffend, soll die Urheberschaft überhaupt nach den strafrechtlichen Bestimmungen hergeleitet werden, und darnach kann man nicht bezweifeln, daß der Angeklagte Grimm als der Urheber dieser Verbrechen anzusehen ist. Dasselbe gilt für den Mitangeklagten Sievers. Es ist allerdings richtig, daß der Letztere schon wegen eines ähnlichen Verbrechens sich in Untersuchung befunden hat, als gegen die „Bl. d. Z.“, worin die Herzogl. Polizeidirektion beleidigt worden war, eine Untersuchung eingeleitet wurde. Der damalige Redakteur Biermann und der Angeklagte Sievers wurden beide von dem Kreisgerichte verurtheilt, das Erkenntniß aber von dem zweiten Senate des Obergerichts in Betreff des Sievers aufgehoben und dieser freigesprochen, weil er, wie es in dem Erkenntniße heißt, nur ein mechanischer Gehülfe sei und man bei einem solchen nicht leicht die Absicht der Beleidigung annehmen könne, diese vielmehr durch besondere Umstände hervorgehoben werden müßte.

Aber, meine Herren Geschworenen, das Verhältniß von damals und jetzt ist ein anderes. Damals war Biermann der Verleger der „Bl. d. Z.“ und zugleich der Redakteur, und Sievers war nur Drucker. Deswegen mochte er auch damals wohl

als mechanischer Gehülfe angesehen werden; aber jetzt ist er der wirkliche Verleger, er hat eingeräumt, daß er ein Honorar an Grimm zahle, die Blätter versende und überhaupt das Befundiäre des Blattes besorge. Er ist also Verleger, verbreitet die einzelnen Nummern der „Bl. d. Z.“, und wir haben gehört, daß diese Verbreitung an sieben bis acht hundert Abonnenten geschieht. Er ist deswegen nicht bloß als Drucker, sondern als der Verleger und Verbreiter dieser aufreizenden Schriften in Anklage versetzt. Ich habe schon bemerkt, daß das Verbrechen der Verbreitung aufreizender Schriften hauptsächlich in der Verbreitung derselben liegt, und dieser macht sich nicht bloß Der schuldig, welcher, wie der Angeklagte Grimm, als Redakteur dergleichen Schriften verfaßt und zum Drucke befördert, sondern auch Der, welcher diese Blätter durch Abgabe an die Abonnenten verbreitet. Es ist darnach gewiß, daß die in der Anklage aufgeführten Verbrechen in den Ihnen heute Morgen vorgelesenen Nummern der „Bl. d. Z.“ enthalten sind, und daß der Angeklagte F. Grimm, als Redakteur, sowie der Angeklagte H. Sievers, als Verleger der „Bl. d. Z.“, die Urheber dieser Verbrechen sind.

Ich gebe Ihnen anheim, meine Herren Geschworenen, auch in diesem Falle nach ihrer innigsten, gewissenhaften Ueberzeugung, abgesehen von aller politischen Parteilichkeit, in Erwägung zu ziehen, was das Recht mit sich bringt. Es liegt ein Vergehen vor, das nach dem Kr.-G.-B. mit Strafe bedrohet ist; denn dieses kennt keine Preßvergehen, sondern nur Kriminal-Vergehen. Das Vergehen, über welches Sie jetzt zu urtheilen haben, ist allerdings durch Druckwerke begangen worden, allein nach dem Kr.-G.-B. sind Vergehen dieser Art nicht nach den angewandten Mitteln, sondern nach ihren juristischen Merkmalen zu beurtheilen.

Hierauf sprach zunächst der Vertheidiger des Angeklagten Grimm:

**Advokat-Anwalt Aronheim.**

Meine Herren Geschworenen! Ich knüpfe zunächst da an, wo der Herr Staatsanwalt aufgehört hat, an die Ermahnung,

ein getreues und gewissenhaftes Urtheil abzugeben, — nicht im gewöhnlichen Sinne, denn ich glaube, daß Sie als ehrenwerthe Männer einer solchen Ermahnung nicht bedürfen, und halte mich nicht für befugt, sie Ihnen zu ertheilen. Ich nehme jene Ermahnung nur in dem Sinne, in dem Jeder an seine Brust schlagen und sich fragen kann, ob er gegen die Versuchung gefeiet ist, die seit Jahren den Schwurgerichten drohet, und gedrohet hat, seit Schwurgerichte in Deutschland existirt haben. Blätter einer bestimmten Richtung, Männer einer bestimmten Partei haben oft, wenn sie die freisprechenden Urtheile der Geschworenen in politischen Fragen hörten, die Achseln gezuckt und gesagt: ja! die Schwurgerichte mögen recht gut sein und es mag auch die Ueberzeugung der Geschworenen gewesen sein, aber wohin führt es? Durch solche Urtheile werden die Schwurgerichte ruiniert, und sie werden es dahin bringen, daß ihnen die Entscheidung über politische Dinge entzogen wird. Die Beachtung einer solchen Insinuation, m. H., ist ebenso wie jedes andere nicht nach Ueberzeugung gefällte Urtheil, eine ehrlose, und sie ist um so verführerischer, weil sie nicht an den Egoismus, sondern scheinbar an den Patriotismus gerichtet wird, weil sie das Bestreben enthält, der schon genug ihrer Güter beraubten Nation noch ein Palladium der Freiheit zu retten. Aber lassen Sie sich nicht täuschen, meine Herren. Die Geschichte geht ihren ruhigen Gang, und in der Geschichte die Reaktion; die Schwurgerichte ~~sollen~~, mögen die politischen Urtheilsprüche der Geschworenen sein, wie sie wollen, mögen sie verdammen oder freisprechen. Und dann, was nützt das Institut der Geschworenen, wenn sie, um ihre färgliche Erhaltung zu sichern, ein Verbrechen an sich selbst begehen! Wenn man verurtheilt, wo das Herz treibt, freizusprechen, nur um ferner zu existiren, dann ist das geheime Verfahren eine Sicherung der Freiheit. Hören Sie nicht auf das Urtheil dieser Partei, sondern heben Sie sich als Ehre männer über die Partei weg und treten Sie nicht in die Spuren der Politiker und besonders der Politiker, die Ihnen rathen, mit Wenigem vorlieb zu nehmen, wenn sie nicht Alles bekommen.

Sie wissen, wohin diese Politik geführt hat — dahin, wo wir jetzt stehen. Ich muß Sie ferner aufmerksam machen, daß Ihre Stellung hier eine andere ist, als in anderen Fällen, und die bisherige Debatte wird Sie auch belehrt haben, daß es mit politischen Vergehen ein anderes Ding ist, als mit anderen Verbrechen. Wenn der öffentliche Ankläger sonst auftritt, so sagt er: dies und dies charakteristische, von anderen Handlungen sich unterscheidende Merkmal liegt vor, hier ist das Objekt, hier das Subjekt, ich beweise es, und Ihr könnt nicht zweifeln. Wie anders bei politischen Vergehen vorliegender Art. Sehen Sie auf die Haltung unseres gewiß geistreichen Staatsanwaltes, wie er auf diesem Boden sich bewegt, als wenn er überall schwankte, sich stützend auf einige gedruckte Blätter. Er sagt nicht: hier die Blätter, hier das Vergehen. Sie sollen keine Geschworene sein, Sie sollen die Ankläger sein; Sie sollen sich aus der Zeitung einen Extrakt machen, und aus diesem das Verbrechen herausbringen; in der Anklage ist es nicht dargestellt. Und das hat seinen guten Grund; denn ich möchte die Staatsanwaltschaft nicht auf ihr Gewissen fragen, woher die Anklage stamme. Ja, auch politische Verbrechen können wohl begründet und so geführt werden von ihrem Ursprunge bis zu ihrem Ausgange, daß sie in dem bestimmten §. des R.-G.-B. münden müssen. Ist das aber der Fall, dann muß die Anklage aus der Rechtsüberzeugung der Staatsanwaltschaft geflossen sein. Ich mag nicht darnach fragen, ob die Staatsanwaltschaft nicht einen Damm gegen die Untersuchung gebildet hat. Wenn nicht von dem Ministerium, so stammt die Anklage aus Frankfurt oder aus Berlin und Wien. Darum ist auch der Staatsanwalt der Anklage fremd und kann sie nicht fest begründen. Er hat keine Merkmale, keine Spuren eines Verbrechens, er kann Ihnen nur die Artikel selbst vorlesen. Warum mußte denn aber die Staatsanwaltschaft anklagen? Sollte sie ein Verbrechen verfolgen? Die Staatsanwaltschaft mußte sich so verhalten, sie mußte verfolgen, nicht weil es einem Verbrechen, sondern weil es der Zerstörung einer Tendenz gilt. Meine H. G., zu Richtern der Tendenz, zu Reherichtern, wollen Sie sich

nicht stempeln lassen, die Idee kann nichts Verbrecherliches sein. Die Tendenz soll verfolgt werden, und das werde ich beweisen, insbesondere dadurch, daß in demselben Herzogthum Braunschweig und in derselben Stadt eine Presse dieselben Aeußerungen gemacht hat, und daß dort Verbrechen ist, was hier unschädliche Handlung genannt wird. Wenn aber die Zeiten gekommen sind, wo es gilt, die Tendenz zu verfolgen, dann muß gerade der Richter, der für Alle ein gleiches Palladium sein soll, um so aufmerksamer sein, daß er sich nicht zum Sklaven solcher Tendenzprozesse macht.

Sie sollen, meine Herren, als die Stimme des Volkes, das seine Rechtsüberzeugungen in Ihre Brust gepflanzt hat und zu dessen Organ Sie berufen sind, selbstständig prüfen. Ich erinnere Sie daran, daß gerade politische Vergehen nicht in jedem Augenblicke dieselbe Gestalt haben. Und unser Herzogthum bietet selbst Stadien, in denen die Rechtsanschauung von einem Tage zum andern sich änderte. Solcher Stadien sind es zwei. Schon einmal hatten wir ein Schwurgericht und zwar zur Zeit des westphälischen Reiches, und wenn da Einer, von Patriotismus erfüllt, bestrebt war, den rechtmäßigen Regenten zurückzuführen, so wurde er vor ein Schwurgericht gestellt und vielleicht für schuldig erkannt, und wenige Wochen nachher, nachdem die Schlacht bei Leipzig Deutschland befreiet hatte, als Märtyrer seiner Ueberzeugung hingestellt. Mit der Politik ändert sich also auch die Rechtsanschauung. In den Gerichten sitzen vielleicht jetzt noch Männer, die 1830 den Angriff auf den Herzog Karl für ein Verbrechen erklärten und wenige Tage darauf Sr. Hoheit dem jetzigen Herzoge Treue schwuren. Was ist also da das Merkmal des Verbrechens? Ein Wechsel in der Politik, und heute ist Verbrechen, was gestern eine hehre hohe That gewesen! Wenn dem so ist, m. H. G., so haben Sie sich selbst zu sagen, daß Sie die Träger des Volksbewußtseins sind und bei politischen Fragen Rücksicht auf Zeit, Ort und Verhältnisse nehmen müssen. Sie können nicht, wie bei anderen Vergehen hintreten und sagen: hier ist der §. des Kr.-Gesetzes; da steht, das

und das ist erforderlich, um ein Verbrechen zu begehen; das und das liegt vor, und deshalb verurtheilen wir. Das dürfen Sie nicht, weil bei politischen Vergehen ein anderer Maßstab eintritt. Nun werden Sie mir zugestehen, daß jetzt eine andere Sphäre der Rechtsanschauung existirt, als vor 1848. Es ist ein Kampf der Parteien, nicht innerhalb des staatlichen Lebens, die Regierungen haben selbst Partei genommen. Schlag fällt auf Schlag, und mancher trifft auch die Regierungen, die eine Parteistellung eingenommen haben. Da darf nicht Alles so genau genommen werden, wie sonst. M. H. G., ich will hier keinen günstigen Maßstab für mich erbeuten, ich verlange nur, daß Sie, mit diesen vorläufigen Andeutungen ausgerüstet, mir auf das Feld der Einzelheiten folgen.

Von diesen Gesichtspunkten aus werde ich nachweisen, daß sich die Geschworenen nicht zu Regerrichtern, zu Richtern der Idee machen lassen dürfen, selbst wenn diese in ihren Folgen gefährlich wäre. Nicht wenn der Staat durch die Macht der Idee in der Zukunft, sondern wenn er jetzt durch Gewalt oder Unbill gefährdet wird, dann sprechen Sie das Schuldig aus.

Ich ersuche Sie nun, mir in die Betrachtung der einzelnen Verbrechen zu folgen. Zunächst ist es das Verbrechen der Aufreizung, was dem Angeklagten Grimm vorgeworfen wird. Die Staatsanwaltschaft hat Sie mit dem betreffenden §. bekannt gemacht und eine Auslegung des Gesetzes gegeben, die ich ruhig acceptire. Sie sagt: „Es giebt eine absolute Schranke für die Kritik, wo sie aufhört, als berechtigt aufzutreten, und zum Verbrechen wird, namentlich dann, wenn, wie hier, das Volk in steter Aufregung erhalten wird, zum Zuschlagen bereit, wenn es gilt, die Republik einzuführen, also die hiesige Staatsverfassung umzustürzen.“ Damit ist das Gebiet des Verbrechens betreten. Aufreizung ist also nicht vorhanden, wenn ich Thatsachen mittheile, die, in der Wahrheit begründet, Mißmuth hervorrufen; es heißt ausdrücklich: falsche Thatsachen sollen den Begriff der Aufreizung in sich schließen. Ferner: die Kritik ist frei. M. H. G., die Kritik ist allerdings ein weites Feld. In ruhigen Zeiten mag irgend ein

schroffer und geißelnder Tadel einer administrativen Maßregel schon das Verbrechen der Aufreizung in sich enthalten. Umgekehrt aber in Zeiten, wo die Politik maßlos auftritt, in Zeiten, in denen man in Braunschweig dasselbe Ministerium drei, vier Fahnen in kurzen Pausen hat aufpflanzen sehen, wo derselbe Mann, der im Frühjahr 1848 als Gesandter zum Bundestage nach Frankfurt geschickt wurde und den Bundestag vor der Nationalversammlung auflösen half, nach Jahresfrist zu Berlin in dem Fürstenrathe der Union saß, dann nach Dresden geschickt wurde und vielleicht in kurzer Zeit beim Bundestage zum Vorschein kommt, der von allen Tribünen herab officiell und nicht officiell als Leiche betrachtet wurde, in Zeiten, in denen solche maßlose Ereignisse eintreten, da kann die Kritik nicht mit seidenen Handschuhen einhergehen, sondern muß mächtig vorschreiten und zerschmettern, was sie sonst verhöhnt hätte. Dieses Recht darf ihr keinen Augenblick getrübt werden, wenn die Preßfreiheit eine Wahrheit sein soll.

Dann ist noch ein Drittes frei. Die bei uns noch giltigen Grundrechte sagen: die Lehre ist frei. —

M. G. U., die Demokratie ist eine Lehre, wie der Konstitutionalismus, wie der Absolutismus eine Lehre ist, und innerhalb eines freien Staates haben alle drei Lehren das Recht, ihre Satzungen unter das Volk zu bringen. Das ist keine Aufreizung, auch wenn es für die Konstitutionellen unangenehm ist, die tiefe und feste begründete Lehre der Demokratie zu hören; und will man die Lehre, im Falle sie mißliebig ist, bestrafen, so muß man jede Lehre verbieten, damit nicht der Einzelne, welcher das Recht der Lehre in Anspruch nimmt, zum Verbrecher gestempelt werde. Oder will man mit der Freiheit der Lehre nicht nur kokettiren, dann achte man sie, und erlaube dem Republikaner auch innerhalb des monarchischen Staates zu sagen: ich bin ein Republikaner. Was hilft alle Freiheit der Lehre, wenn ich eine von der geltenden abweichende Meinung nicht lehren darf? Wie war ein Luther möglich, wenn er nicht innerhalb des damals bestehenden Bekenntnisses eine abweichende Lehre

predigen durfte. Die Benützung der Freiheit der Lehre ist also keine Aufreizung.

Die Staatsanwaltschaft hat zur Begründung dieser Anklage kein Wort gesagt, und ich weiß deshalb in der That nicht, wie ich mich dieser Anklage gegenüber verhalten soll. Der Anklagesenat hat die ganzen Artikel zur Anklage verstellt und Sie müssen über sie urtheilen. Soll ich auch wie die Staatsanwaltschaft an Ihr Urtheil appelliren? M. G. G., mit aller Achtung vor ihrem Urtheil kenne ich Sie doch zu wenig, um dies thun zu dürfen, und ich werde Schritt um Schritt alle Artikel durchgehen müssen, wenn die Staatsanwaltschaft nicht einzelne aufgibt. Will sie das, so erspart sie Ihnen eine große Last und mir eine größere; meine Pflicht erheischt es, keine gefährdende Position unerledigt zu lassen. —

So muß ich denn mit der ersten Position, dem Verbrechen der Aufreizung, anfangen. Der erste Aufsatz: „Die Aufgabe der demokratischen Partei“, ist so harmlos, daß ich mich mit einem kurzen Auszuge begnügen kann. Es wird darin gesagt, wie die demokratische Partei ihre Aufgabe zu erfüllen habe, und daß die konstitutionelle Partei scheitern müßte, weil sie haltlos sei und auf keinem Principe beruhe, wie dagegen andere Parteien, der Absolutismus und die Demokratie, zur Organisation fähig seien. Ferner wird gesagt, daß die Demokratie häufig gefehlt und unreine Elemente in sich aufgenommen habe. Es wird ihr warm an's Herz gelegt, diese Elemente auszuscheiden, und dann fährt der Artikel fort:

Die ideale Staatsverfassung der Demokratie ist die Republik. — Das Prinzip der Republik aber, sagt schon Montesquieu, ist die Tugend. Wohlan denn, wer dieser nicht anhängen will, der weiche von uns.

Daß die demokratische Partei unmoralische Elemente ausstoßen will, wird ihr von Keinem zum Verbrechen angerechnet werden; was also Verbrecherisches darin liegen kann, ist die ideale Staatsverfassung der Demokratie, die Republik. Wenn ich also bekenne, ich halte das Staatssystem der Republik für das beste, begehe ich damit ein Verbrechen? Nein, meine



Herren Geschworenen, dann können Sie auch die Gräber vieler alter Staatsrechtslehrer, die in Mitte des absolutistischen Staates dasselbe lehrten, öffnen und diese zur Verantwortung ziehen. Das haben viele Männer gesagt, und treue Staatsdiener sogar absolutistischer Staaten. Und daß das Princip der Republik die Tugend sei, das kann auch keine Aufreizung sein; denn es ist nicht die Alternative gegeben, daß innerhalb anderer Staatsverfassungen das Laster herrsche. Es ist nur hervorgehoben, daß die Republik die sicherste Führerin zur Tugend sei, und ein Weiteres wüßte ich, wenn ich auch noch so kritisch zu Werke ginge, nicht herauszuziehen. Der zweite Theil des Artikels spricht nur von den speciellen Mitteln, die Partei zu organisiren. Er sagt, das Vereinsleben muß gepflegt werden. Er sagt aber ausdrücklich, daß er keine solche Organisation verlange, die vielleicht einen Staat im Staate bilde, sondern eine freie Vereinigung, durch welche die Ideen immer weiter verbreitet und fester begründet werden sollen:

„Es versäume deshalb kein wahres Mitglied der demokratischen Partei, das Vereinsrecht nach besten Kräften zu fördern und zu pflegen.“

Wenn wir eben das Vereinsrecht als ein Mittel der Organisation der demokratischen Partei hinstellten, so haben wir dabei durchaus nicht im Sinn, eine Centralisation aller demokratischen Vereine, wie sie vor zwei Jahren verschiedentlich erstrebt wurde, als unumgänglich nothwendig verlangen zu wollen.“

Dann folgt nur noch die Darlegung, daß die demokratische Partei im Gegensatz zu den andern zu organisiren sei, und da heißt es:

Die demokratische Partei könnte, wenn nicht Hemmnisse von Seiten der Regierungen in den Weg treten, leicht auch eine großartige äußere Organisation erlangen, weil sie ein festes, nimmer wankendes, von den Zeitumständen unabhängiges Prinzip anerkennt. Aber eben weil die demokratische Partei ein festes Prinzip anerkennt, eben weil sie einen leitenden Gedanken hat, die Volksherrschaft und Herrlichkeit, deshalb kann sie auch diese äußere Organisation der Vereine entbehren.

In diesen Worten könnte man allerdings die Hindeutung auf die früher auch von Ministern gepredigte Volkssouveränität finden und dann, wenn man weiter schließen wollte, daraus folgern, daß die Volkssouveränität mit den Fürsten nicht vereinbar sei, sondern nur mit der Republik. Meine Herren Geschworenen, wenn Sie so gewagt schließen wollen, so versteigen Sie sich nicht auf das Feld der Geschworenen, sondern der Sophisten. Es ist hier von der Volksherrschaft die Rede, und haben Sie früher Versammlungen der Partei besucht, die man jetzt die Gothaer nennt, so werden Sie in den ersten Tagen des Märzestret von der Volkssouveränität gehört haben. Ehe der Fluß der Reaktion immer mehr stieg, und eine Forderung der konstitutionellen Partei nach der anderen in Vergessenheit gerieth, wurde die Anerkennung des Grundsatzes der Volkssouveränität direkt oder doch indirekt in allen Sitzungen gefordert, und was in einem monarchischen Staate eine monarchische Partei verlangen kann, werden auch die „Bl. d. Z.“ als Princip aufstellen können. In dem Artikel Nr. 118 wird von dem gesprochen, was durch die Presse geschehen soll, und hier muß ich gestehen, daß ich mit dem größten Pflichteifer die Stelle gesucht habe, welche gefahrdrohend sein könne, allein ich habe keine gefunden. Ich muß diesen Artikel daher dem Zufall überlassen, wollte ich nicht Wort für Wort mit Ihnen durchgehen, wie der Lehrer mit den Schulknaben, und dazu mag ich Sie nicht herabwürdigen. Bei der Nr. IV. treffe ich mit der Staatsanwaltschaft zusammen; es ist hier die Rede davon, daß die demokratische Partei die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit allen ihren Kräften erstreben solle. Es wird ferner gesagt, daß für die Freiheit und Gleichheit jetzt wenig zu thun sei, und daß nur die Brüderlichkeit als ein Punkt, der auch Privatkräften zugänglich, noch der einzige Hebel der demokratischen Thätigkeit sei. Dabei wird nun gesagt, wir wüßten auch, daß die Freiheit uns nicht zu Theil werden wird durch die Bestrebungen Manteuffel's und Radowitz' für Deutschlands Einheit. Das wurde am 13. Oktober 1850 gesagt und hätten Sie

damals die Achseln darüber gezuckt, ich bin überzeugt, jetzt werden Sie es glauben. Jetzt werden Sie darin den Ausdruck der höchsten, vollsten Wahrheit finden, keine Aufreizung, und dann kann auch eine Aufreizung gegen Radowiz und Manteuffel hier nicht verfolgt werden. (Heiterkeit).

Wir wissen auch, daß die Freiheit uns nicht zu Theil werden wird durch die Bestrebungen Manteuffel's und Radowiz's für Deutschlands Einheit, so sehr sie auch hierbei von den sogenannten besten Männern unterstützt werden mögen; wir wissen auch, daß die Gleichheit nicht gefördert wird durch die Schöpfung von preussischen Patrifamiliern und die unmenschliche Spaltung der Bürger in drei Wahlklassen nach dem größten oder kleinern Geldbeutel; wir wissen endlich auch, daß die Brüderlichkeit auch für die Reaktion der verhassteste Begriff ist, — und wenn wir wissen, daß Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit das Programm der Revolution war, so wissen wir auch ebenso gut, daß der volle Glanz dieses Dreigestirns nur durch eine Revolution, nicht aber während eines faulen Waffenstillstandes zwischen zwei Revolutionen herbeigeführt werden kann.

Deswegen also, weil ein Blatt von einer neuen Revolution diese Güter erwartet, die nicht erlangt worden sind innerhalb der jüngsten Revolution, die eine verfehlte war, die nicht erlangt werden in dem jetzigen Stadium, das man mit Recht ein faules nennt, und die erst eine neue Revolution uns bringen kann, deswegen soll es aufreizen? Wie wollte man denn der Wissenschaft Raum geben, wenn man nicht aus der Geschichte, der großen Lehrmeisterin der Zukunft, Lehren für uns herausziehen dürfte und sagen, das und das geschichtliche Ereigniß hat sich so und so gestaltet, und weil jetzt ein ähnliches vorliegt, so wird es sich dem entsprechend gestalten; wenn man der Geschichte nicht erlaubt zu warnen und zu sagen: ihr habt die Revolution einmal an euch vorübergehen sehen, ihr, die die Versprechungen gemacht, ihr habt sie getäuscht, nehmt euch in Acht, die Revolution kommt wieder. Und das nennt man Aufreizung! (Bewegung).

Wie hat sich aber inzwischen die Demokratie zu verhalten? Für die Freiheit, wie für die Gleichheit kann sie nur vorbereitende Maßregeln treffen; sie kann den Samen austreuen in alle empfängliche Herzen, aber sie muß es der Revolution überlassen, daß er aufsprießt, sobald ihr Venz zu grauen beginnt u. u.

M. H. G.! Diesen Punkt bitte ich Sie beständig vor Augen zu haben, er wird Ihnen auch bei anderen Fällen als Leitfaden dienen. Die Staats-Anwaltschaft hat den ganzen Artikel hingeworfen, damit Sie selbst das Verbrechen abmessen; aber gerade dieser Satz ist für die Beurtheilung des Artikels wichtig. Er sagt, daß für die Freiheit und Gleichheit einstweilen nichts zu thun sei, daß man nur den Samen ausstreuen und die großen Ideen der Freiheit ausbreiten könne, weil erst die nächste Revolution diese zur That werden lasse, und die, welche die Lehren der Freiheit verbreiten, die stellt man vor Gericht, weil sie es für unmöglich halten, die Freiheit und Gleichheit innerhalb des jetzigen Staates zu erreichen, nachdem man so gleißnerisch Versprechen gemacht und gesagt, jetzt geben wir Euch die Freiheit, die volle Freiheit und Gleichheit! Nicht wir sind der Aufreizung schuldig, m. H. G., sondern die, welche die heiligsten Versprechungen gegeben und schändlich gebrochen haben. Dann folgt ein Hinblick auf die Demokratie Braunschweigs, die in einzelnen Fällen bewiesen habe, daß ihr die Brüderlichkeit keine leere Redensart sei. Ich halte es für meine Pflicht, diesen Punkt zu überschlagen, ein Verbrechen wird in dieser Brüderlichkeit nicht gefunden werden. Der Artikel schließt mit den Worten:

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Verhöhnt, verspottet, gehäßt und mit Füßen getreten — dennoch werdet ihr dereinst die Welt beherrschen.

Troß alledem und alledem,  
Es kommt dazu troß alledem,  
Daß rings der Mensch die Bruderhand  
Dem Menschen reicht troß alledem.

Ich glaube nicht, daß die Staats-Anwaltschaft in einem monarchischen Staate behaupten wird, daß in der Forderung dieser Zukunft der Ruin der Monarchie liege, weil diese zu jener hohen Stufe aufzuschreiten nicht fähig wäre.

Ich komme zu dem Artikel „Kurheffen voran“, den die Staats-Anwaltschaft auch einfach hinstellte und sagte: Sowie dieser Artikel ist, begründet er das Verbrechen der Aufreizung.

Die Staats-Anwaltschaft hat aber vergessen, daß er sich nur um hessische Zustände dreht, und man das Verbrechen der Aufreizung nicht präsumiren darf, die hessische Verfassung aber nicht umgestürzt werden, sondern das Volk gerade zu ihrer Erhaltung sich erheben sollte. Außerdem ist auch ein Angriff auf die kurhessische Verfassung in unserem Kr.=G.=B. nicht mit Strafe bedroht. Wir sehen, wie ein Blatt in einem kleinen Staate, über ein großes Weltereigniß sprechend, andeutet, was die Zukunft bringen müsse, und da kann von einer Aufreizung keine Rede sein, zu einer Zeit, wo durch jenes Ereigniß der Erdball erschüttert werden konnte, wenn ein Nachbarstaat geblieben wäre, was er für einen Moment Leichtgläubigen zu sein schien.

Dunkel ist der Himmel und unheimlich lagert die Gewitterschwüle auf der deutschen Erde: — Giebt es Sturm? Ein peinliches Gefühl beengt die Brust: sollen wir noch tiefer das Haupt verhüllen und mit verzehrender Ruhe in die graue Zukunft blicken, die uns den gold'nen Morgen verheißt, — oder sollen wir einer fieberhaften Ahnung, einer fast tollkühnen Hoffnung noch einmal uns überlassen? —

Schleswig-Holstein und Kurhessen! — was für Gefühle wecken diese Namen! Doch wir wollen heut' nicht sehen, wie Schleswig-Holstein's Heldenvolk langsam zu Tode blutet; heute ist's Kurhessen, das unsere Gedanken fesselt. Ueber Kurhessen zog das Ungewitter sich zusammen; dort wird es sich entladen.

Die nächsten Tage schon, gewiß die nächsten Wochen müssen die Entscheidung bringen, ob Kurhessen einen halben Sieg erringen, — oder ob es ganz zertreten werden soll.

Noch ein Drittes ist möglich, — ja, wir behaupten, möglich, aber es zu hoffen, leider! fast mehr als Schwärmerei. Das Dritte ist der ganze Sieg!

Nun m. H. G., im Hoffen des ganzen Sieges der verfassungstreuen Partei in Hessen wird kein Verbrechen von Seiten eines Braunschweigers begangen werden.

Für uns Demokraten kann es keinen traurigern Verlauf des Widerstandes der Hessen geben, als wenn in Folge der angeknüpften Unterhandlungen mit der rothen Reaktion der Kurfürst sich bewegen ließe, auf Zurathen guter Freunde (wie es schon verlautet) den verzagten Minister, — eine Person also — zu opfern, und des Ministers System mit andern Kräften fortzusetzen. Soll der Hesse,

dem Löwen gleich, sich eine Puppe zuwerfen lassen, an der er seinen Ingrimm fühlen könnte, um desto sicherer vom lauernden Jäger erlegt zu werden? Laßt die Puppe liegen und stürzt euch auf den Jäger!

Was ist damit anders gesagt, als: Streitet euch nicht um die Person, also auch nicht um die Person des Landesfürsten, sondern geht auf das System los. Das Regierungs=System in Kurhessen ist damals ein verruchtes gewesen, und ich behaupte, ist es jetzt noch. „Dieses System greift an,“ ruft der Verfasser, und das ist kein Verbrechen nach unserm Kr.=G.=B.; es ist vielmehr ein Verbrechen gegen das unverbrüchliche Recht, diese Mahnung zum Verbrechen stampeln zu wollen.

Macht aber der Kurfürst dem Volke keine Zugeständnisse, die es als sein gutes Recht verlangen kann, giebt er nicht nach, obgleich es seine Pflicht erheischt, führt er und sein Minister ihn aus, den Streich gegen sein Volk, tritt die Gewalt, wie sie bereits versucht, das Recht höhrend in den Staub, — dann ist es mit dem passiven, ja mit dem gesetzlich=aktiven Widerstande, wie er bisher sich gezeigt hat, zu Ende, dann entsteht für das hessische Volk die brennende Frage vom Recht zur Revolution, — die uns freilich keine Frage ist. Wie wird das hessische Volk diese Frage lösen? — wie kann es sie lösen? Wird es, wenn es sie bejaht, mit allem Irdischen abrechnen, das Abendmahl nehmen — und dann zum Siegen oder Sterben geh'n?

Was für ein Angriff auf unsere Verfassung es sein soll, wenn ein demokratisches Blatt den Kurhessen zuruft: „Vertheidigt eure Verfassung“ ist mir nicht klar geworden. Es war keine Revolution zum Umsturze der Verfassung, sondern eine Revolution, freilich in PantoFFeln, wie Manteuffel sagt, eine Revolution zur Erhaltung heiliger, verbriefter, durch Vertrag zwischen Volk und Fürst festgestellter Rechte. Die Stände waren auseinander gejagt, die Regierung in einem Winkel des Landes, und überall Willkürherrschaft. Das wollte sich das Volk nicht gefallen lassen, und machte Gebrauch von dem Rechte der Revolution. Wenn Jemand in Ihr Haus tritt, Ihre Schätze raubt, Ihre Kinder mißhandelt, so gestattet das Kr.=G.=B. die Nothwehr, und wenn man einem Volke die heiligsten Rechte raubt, dann soll es kein Recht der Nothwehr, kein Recht auf

Revolution haben? Und fassen Sie an Ihr eigenes Herz, meine Herren! Wie hat 1830 eine Revolution gemacht werden können, wie konnten Sie es wagen, Sr. Hoheit, dem jetzigen Herzoge Treue zu schwören, wenn es kein Recht der Revolution gäbe! (Bewegung.)

Hier komme ich an die Position, bei der ich Ihnen nachweisen wollte, daß der ganze Prozeß ein Tendenz-Prozeß sei, und ich habe die traurige Aufgabe, andere Organe der Presse diesem gegenüber zu halten. Ich brauche mich nicht zu entschuldigen, als wenn ich etwa denunciren wollte, denn ich glaube, die Art, wie ich mich hier ausspreche, beweist, daß ich auch in den anzuziehenden Artikeln kein Verbrechen finde. Meine höchste Verwunderung muß ich aber darüber zu erkennen geben, daß ein Organ, das zufällig der Demokratie angehört, in solcher Hülle und Fülle behelligt wird, während ein anderes frei ausgeht, und doch sind die Ausdrücke dort viel ärger; dort Duldung und hier Verfolgung; und warum? weil jenes Organ und seine Partei selbst weniger gefährlich ist, nicht in dem äußeren Auftreten, sondern durch seine Idee. Jene Zeitung hat bis jetzt an die Spitze ihres Programmes die Monarchie gestellt; wir aber vertheidigen in der Idee die Republik, und darum darf jenes Organ sich frei bewegen, wir aber, obgleich wir keine Landesverräther sind und uns in den Schranken des Gesetzes halten, werden verfolgt, denn — unser Princip ist gefährlich. Die Verfolgung trifft auch die Anderen, wenn auch später; man beginnt mit dem starken Feinde, um bei dem schwächeren zu endigen; nicht das Verbrechen wird verfolgt, sondern der Feind. Der Feind sind nicht wir, arme, zerbrechliche Menschen, sondern die Idee soll bekämpft werden. Sie erinnern sich dessen, was ich eben aus den „Bl. d. Z.“ vorgelesen; dagegen sagt die „deutsche Reichszeitung“ vom 13. Oktober 1850, nur zwei Tage später als das Blatt hier, wo also Zeit und Verhältnisse gleich waren, wo Aufreizung unnöthig war, denn alle Parteien hatten gleichen Ingrimm, da sagt sie Folgendes:

Kurfürsten senkt nun schon länger als einen Monat unter dem Druck einer Willkürherrschaft, wie sie sich gar nicht ärger denken läßt und wie sie selten oder nie in deutschen Landen ausgeübt ist. Ein Fürst, fremd dem Herzen seines Volkes, drei Minister, verächtlich und verachtet, und einige wenige gewissenlose oder unzurechnungsfähige Kreaturen bringen alle Leiden einer vollständigen Anarchie über ein treues, geselliges, besonnenes Volk, dessen musterhafte Haltung die ganze Mitwelt mit wahrer Hochachtung erfüllt. Endlich scheint der Augenblick der Entscheidung herangekommen zu sein, der Entscheidung darüber, ob der Skandal dieser Regierung an der Gesezestreue dieses Volkes scheitern, oder durch die Hülfe vom Bundestage kommandirter Bayonnette zum dauernden Joche verwandelt werden soll.

Aber wir hegen geringe Hoffnung, daß irgend etwas im Stande ist, den Kurfürsten aus den Banden der österreichischen Konspiration zu befreien und von dem für ihn selbst ebenso als für sein Land verblühen Wege abzubringen. Diese Seele ist zu verhärtet und diese Netze sind zu dicht. Wer verwegen oder verblendet genug ist, den Verführern durch so viel Schande und Unheil zu folgen, der wird auch vor dem Verrath seines Landes an fremde Gewalt nicht zurückschrecken.

Wir sehen mit Spannung den nächsten Ereignissen entgegen. Aus Oesterreich meldet man von kriegerischen Vorbereitungen. Preußen hat in Westphalen und Thüringen Armee-corps zusammengezogen, die sich bereits der hessischen Grenze nähern sollen. Dennoch glauben wir nicht an einen Krieg zwischen diesen abermals gerüstet einander gegenüber stehenden Mächten. Aber bisher ist der Frieden lediglich auf Kosten Preußens und Deutschlands erhalten. Es ist nicht zu wünschen, daß er dieses Mal um noch höhern Preis als bisher erkauft werde: um den Preis der Rechtsicherheit und der Monarchie.

Wenn Sie darin keine Aufregung zur Revolution gegen einen allseitig gleich hochgestellten Fürsten finden, dann finden Sie sie auch hier nicht. Was bei jenem Blatte nicht verdammungswürdig war, kann es auch hier nicht sein. Es war nur der Ausdruck der Zeitstimmung, der Ausdruck der Ueberzeugung aller denkenden Menschen, die nicht mit eigennützigen und einseitigen Interessen dastanden, sondern ein menschliches Herz und Gefühl für Gerechtigkeit in der Brust trugen. Dann folgt ferner:

Und wenn dann noch der letzte Schleswig-Holsteiner zur Schlachtbank geführt ist, — dann hat die Reaktion, dann hat der Absolutismus in Deutschland Alles vollbracht! Ringsum Grabesille — bis donnernd die Posaunen des Gerichtes schallen, schwarze



Massen gegen die Paläste ziehen, und der Tag der Vergeltung hereinbricht.

Meine Herren Geschworenen! Das soll Aufreizung sein! Es soll nicht möglicherweise ein Ruf an die Reaction sein, endlich stille zu stehen und die Bedingungen für die nächste Vergeltung nicht entarten zu lassen. Noch war Schleswig-Holstein nicht gefallen; da rief in letzter Noth das deutsche Volk durch dieses Organ und durch viele andere an die Throne der Fürsten, wo man jetzt weniger gehört wird als 1848: Haltet ein, verrathet nicht Alles, sonst trifft euch zuletzt die Vergeltung! Und, meine Herren, wollen Sie denn wirklich zweifeln an einer Vergeltung, einer Vergeltung dort oben, aber auch erst schon hier unten? Zweifeln Sie, daß es ein Stadium geben muß, wo das Volk nicht tiefer getreten werden kann und die Spannung erhält, emporzuschnelles, und dann Alle zerschmettert, die den Druck ausgeübt haben? Glauben Sie, daß das unmöglich, daß es in der Weltordnung nicht begründet sei, daß die Vergeltung auf dem Fuße folge? Und wenn sie folgen muß, ist es dann Aufreizung, wenn man warnt, so lange es noch möglich ist? Ist es nicht eher feig, zu schweigen und dann erst sich zu erheben, wenn nichts mehr zu bessern ist? Und ist es denn so ungewöhnlich, der Reaction diesen Fingerzeig zu geben? sehen Sie doch in andere Zeitungen. In dem Blatte der Reichszeitung vom 16. December 1850 heißt es:

**Daß** solche Thaten im 19. Jahrhundert und Angesichts des civilisirten Europa vorgehen können, würde uns zur Verzweiflung bringen können, wenn nicht in Aller Brust der Glaube fest stände, daß — eine Nemesis wacht!

Das soll etwas Anderes sein, als wenn der Verfasser ruft: Es giebt eine Vergeltung! Ist Dieses eine Aufreizung, so muß auch Jenes eine sein, und da Jenes keine war, so gilt es der Tendenz. —

Wir haben gesagt, was wir für Kurhessen erwarten. Wir haben gesagt, daß wir ihm keinen halben Sieg gönnen; wir haben

gesagt, daß wir nicht an seine Schiltherhebung glauben. Aber wir wollen auch unseres Herzens sehnlichsten Wunsch, mag er mehr als schwärmerisch erscheinen, nicht verschweigen, den brennenden Wunsch: — das Volk Kurheffens möge lieber zu den Waffen greifen, möge kühn und todesmuthig aufpflanzen die Fahne der Revolution!

Ich habe schon bemerkt, daß in der Ausübung eines heiligen Rechtes, daß in dem Aufrufe zur Nothwehr keine Aufreizung zum Verbrechen, am wenigsten zum Umsturze der braunschweigischen Verfassung liegen kann, und dann, wenn ein Verbrechen darin wäre, warum ist in folgendem Artikel der Reichszeitung vom 16. December 1850 keine zu finden gewesen? Es wird darin von Frankfurt unterm 12. December geschrieben:

Wahrlich, bei solcher Misere in Deutschland hilft nur ein Remittel, — es ist leider im Völklerleben dieses Mittel kein anderes, als die Revolution.

N. S. G., wer solche Mittel empfiehlt, reizt ebenso gut auf, als wenn man den frommen Wunsch ausdrückt, es möge die Revolution hereinbrechen. Dieser Artikel ist nicht verfolgt worden, denn — es gilt der Tendenz.

Tollheit, meint ihr Gothaer, wäre das? Ist nicht allenthalben — Dank sei es der Reaktion! — der Zunder würbe genug, in lichte Flammen auszubrechen, wenn ein Fünkchen hineingeworfen wird? Meint ihr, der Brand würde heute, im Jahre 1850, nicht anders um sich greifen, als im vergangenen Jahre, sobald er einen Halt gewonnen? Meint ihr, die Zahl der Entschlossenen sei nicht furchtbar gewachsen, das Elend nicht größer, der Haß nicht wilder geworden?

Hier ist nur von dem Aufstande in Kurheffen die Rede, und wenn die Andeutung auch für andere Länder paßt, so ist sie doch nur im Hinblick auf die kurheffische Noth gegeben. Es ist gesagt: Brecht nur los, ihr werdet Hilfe finden. Gegen unser Land brauchte sich die Erbitterung nicht zu kehren, da wir die Grundrechte, da wir ein 1848 gegebenes Wahlgesetz bewahrt hatten. Und haben wir es nicht **jetzt** noch?

Wir sagen euch, die Kämpfer würden aus der Erde steigen, die Todten selber auferstehen und das Schwert ergreifen.

Doch wenn sogar der Kampf vergeblich wäre, wir wünschen trotz alledem, daß Hessen sich erhebe. Wir halten es, — ob ihr

darum uns auch verdammt, gleichviel, — wir halten es mit den Worten des Dichters, das den Polen gilt:

Und könnt ihr euch nicht ehrenvoll erheben,  
So könnt ihr ehrenvoll doch untergehn!

Diese Ermahnung zum Kampfe, selbst wenn er unglücklich wäre, zum Kampfe gegen einen Bedrucker, der zufällig ein Fürst, ist nichts Neues. Dann folgt der aus der „Hornisse“ gezogene Artikel „Kurheffen voran“, in welchem allerdings zum Kampfe aufgefodert wird. Hierbei, m. H. U., müssen Sie besonders ins Auge fassen, daß von unserm Lande nicht die Rede sein kann. In der Hauptstadt des bedrängten Landes spricht ein demokratisches Blatt zu dem Volke, welches in jedem Augenblicke bereit ist, loszuschlagen, da es, wenn es nicht losschlägt, seine heiligsten Interessen gefährdet, und da soll es an den Umsturz der braunschweiger Verfassung denken? Der Eingang bezieht sich ganz auf Hessen, und wenn die Aufforderung, die ein hessisches Blatt an das hessische Volk richtet, von einem braunschweigischen Organe wiederholt wird, so bezieht sich das nur auf hessische Interessen, und ich glaube nicht, daß es auf die braunschweiger Regierung angewendet werden kann; wenigstens bezweifle ich, ob die Staatsanwaltschaft auf diese Anschauung eingehen wird. Es heißt ferner in jenem Artikel:

„O Volk von Kurheffen! Du kannst zu Großem erkoren sein, wenn Dein Herz voll Muth und Dein Arm voll Kraft ist. Du bist einig in Dir, die Machtgebote Deiner Dränger nicht zu erfüllen. Sei eben so einig gegen ihre Helfer von Außen. — Dein Land kann der Eckstein der Freiheit sein. — Sie zittern rings umher, die Gewaltigen, vor dem unterirdischen Weben, das in stiller Nacht ihre Schlösser erschüttert; — mit Entsetzen sehen sie dem Augenblick entgegen, wo ein wilder Donner den Beginn der Explosion verkündet, die ihre Throne in die Luft schleudert. Volk von Kurheffen! — Wirf den zündenden Funken in diese verborgenen Minen, mit denen Europa unterwühlt ist! — Und wenn der Boden unter Dir erzittert, und wenn Dich der Sturz der Länder begräbt, — Volk von Kurheffen, Du stirbst den schönsten Heldentod, den je ein Volk gestorben!“ —

Wenn nun dieser Aufforderung Folge geleistet worden wäre, würde durch diesen Schritt die braunschweigische Verfassung

umgestürzt worden sein? Nein, meine Herren Geschworenen! Ich wage es nicht, die Behauptung aufzustellen, daß die Voraussagung auf unsere Regierung passe, daß auch sie das Recht mit Füßen getreten habe, wie jene, deren Throne als erschüttert hingestellt werden, weil sie gethan haben, wie die Regierung in Kurhessen. Ich mag es nicht behaupten, ich mag die Regierung nicht so beleidigen. Gesezt den Fall, die Staatsanwaltschaft vermögte so zu deduciren, weil Braunschweig ein kleiner Staat und unfähig sei, allein zu stehen, und weil, wenn eine Revolution, die andere Regierungen über den Haufen werfe, ausbräche, dann auch Braunschweig fallen müsse, so legte sie in den Artikel Etwas hinein, was ohne Zwang nicht darin zu finden ist. Sie kann nicht verlangen, daß der Redakteur alle diese Vermuthungen in's Auge fasse und Zug für Zug die Politik berechne, und daß er dafür verantwortlich sei, wenn mit den Schlechten auch Einer der Guten falle, weil er, der Redakteur, zum Kampfe gegen das Schlechte aufgefordert hatte. So weit geht der Respekt vor dem Guten nicht. Erst muß das Schlechte bekämpft werden, und dann mag man an das Gefühl des Volkes appelliren und ruhig zusehen, wie die Ereignisse einhergehen. Liegt aber etwas Verbrecherisches in jener Stelle, so steht ihm ein Artikel der Reichszeitung vom 24. December 1850 gegenüber, der etwas viel Verbrecherischeres enthält. Er lautet:

Unwillkürlich wird man hier immer auf's Neue an einen Vergleich zwischen dem deutschen Fürsten und dem Manne erinnert, von dem Schiller im Reiterlied sagt: „Er gräbt und schaufelt so lang er lebt, und gräbt, bis er endlich sein Grab sich gräbt.“ Sie werden über unsere Erlebnisse am heutigen Tage gewiß ebenso stutzig und zornig werden, als wir es geworden sind — noch immer ist es nicht genug — *car tel est notre plaisir*; ja es muß *plaisir* sein, sonst wird es ja Wahnsinn und teuflische Bosheit.

Ist das keine Aufforderung zur Revolution, — und es ist keine; denn dem wachsamem Auge unserer Regierung würde dieser Artikel ebensowenig entgangen sein, als ihr der demokratische entgangen ist, — dann ist dieses auch keine. Es gilt also nur der Tendenz und diese zu verfolgen, dazu werden sie sich

nicht hergeben. (Auf den Wunsch des Redners, wird die Sitzung auf eine halbe Stunde ausgesetzt; donnernder Beifall begrüßt den Redner, worauf der Präsident das Publikum ermahnt, sich aller Beifalls- und Mißfallsbezeugungen zu enthalten.)

Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen fuhr Advokat-Anwalt Aronheim fort:

Ich wende mich nunmehr zur Erklärung Grimm's im Volksvereine, Nr. 120 v. 1850:

„Nichts sei ihm verhaßter als die Halbheit. Die Frage sei jetzt: Republikaner oder Knecht.“

Der Angeklagte steht hier auf dem Boden der Demokratie, er spricht, wie das zum Besteren vor und nach ihm geschehen, die Ueberzeugung aus, daß zu einer konstitutionellen Monarchie das Material fehle, insbesondere die konstitutionellen Monarchen, daß nach dieser durch die Geschichte der letzten Jahre bestätigten Erfahrung nur die extremen Parteien noch auf dem Boden der Wirklichkeit stehen, und daß damit das eigentlich konstitutionelle System seine Berechtigung verloren hat. Das Ganze ist der Ausspruch seiner Ueberzeugung. Der Wunsch und noch weniger die Aufforderung, die Republik mit den Waffen in der Hand zur Geltung zu bringen und für diesen Zweck dadurch, daß man die Landesregierung in Allem untergräbt, den Samen auszustreuen, davon findet sich keine Spur in dieser Erklärung, und ich glaube auch durch das Stillschweigen der Staatsanwaltschaft diesen Artikel als beseitigt betrachten zu dürfen.

Nun kommt ein Artikel, bei dem ich fast in Verlegenheit gerathe: „Die Weihnachtsbescheerung“. Auf ihm ruhen 3 Anklagen; wo, muß man forschen, wenn man den Artikel liest, wo sitzt die Aufreizung, die Majestätsbeleidigung des Herzogs und die Beleidigung auswärtiger Fürsten? Es wäre wünschenswerth gewesen, daß die Staatsanwaltschaft den einen Passus des Artikels mit diesem Vergehen und den andern als mit jenem Vergehen belastet erklärt hätte; dann wäre es möglich gewesen, die Sache mit einem Male abzuthun und zugleich die Majestätsbeleidigung Sr. Hoheit und der auswärtigen Fürsten zu

beleuchten. Wie die Sache jetzt liegt, können wir fürerst nur von der Anschulbigung der Aufreizung reden. Im Artikel ist zunächst die Rede davon, daß das Weihnachtsfest ein Fest der Familie, überall, in die Hütten der Armen, wie in die Paläste der Reichen seine reine Freude trage, daß der Einzelne sich freuen könne, wie sonst, so auch bei der diesjährigen Wiederverkehr des Festes; aber das Volk könne den Tag nicht freudig begrüßen, ihm sei kein Freudenfest geworden. Daß hierin allerdings der Ausdruck der innigsten Zerknirschung über das Unheil Deutschlands liegt, will ich nicht in Abrede stellen. Daß die von dem Verfasser ausgesprochene Mißstimmung, welche auch in vielen tausend Anderen lebt, in Feuer ausbrechen und bewältigend gegen die Unterdrücker stürmen kann, will ich auch nicht verhehlen; aber Sie werden mir nicht leugnen, daß es nicht das Aussprechen ist, welches jenen Mißmuth erzeugt, sondern daß er seine Quelle in demselben Grunde findet, der hier zu dem Weherufe Veranlassung gegeben hat:

Das ganze Volk, kann das sich freuen an diesem Weihnachtsfeste? Kann das mit leichtem Herzen dem Frohgefühl sich überlassen? Kann das mit freudestolzem Blick ob seiner Christbescheidung um sich schauen?

Das Volk kann sich nicht freuen; ihm ist kein Freudenfest geworden.

Dem Volke ist das Herz so schwer, das Auge finster, die Stirn umwölkt. Glück und Freude, — längst haben sie ihm schon den Rücken gewandt. Seine schönsten Hoffnungen sind zu Grabe getragen, seine süßesten Träume zerronnen. Dem deutschen Volke sind die liebsten Kinder von der Brust gerissen und irren unstat in der Welt umher; andere sind in den Kerker geworfen, und es kann ihre Stimme nicht mehr hören; die Gebeine der edelsten, der muthigsten Söhne aber modern in der blutgetränkten Erde, und es kann auf ihre Heldengräber keine Blumen streuen. Sein großes Herz blutet aus tausend Wunden, wird von tausend Qualen zerrissen. Um sein gutes Recht ist es schnöde betrogen; seinen gerechten Forderungen wird mit Hohn begegnet; seine Stimme wird mit Gewalt erstickt.

Dem deutschen Volke ist bitterer Harm zu Theil geworden; der Kummer wühlt in des Volkes Brust, die heiße Schmach brennt in seinem Herzen, das ungeheure Unglück beugt sein Haupt darnieder.

Jedermann fühlt dieselbe Erbitterung über die geknickten Hoffnungen; aber diese Erbitterung und deren Ausdruck ist noch keine Aufreizung.

Das Volk ist unendlich elend. Ringsum, wohin ihr blickt im deutschen Lande, ist die Freude geschwunden; ringsum nur Jammer und Noth, ringsum Erniedrigung und Schande, ringsum das heilige Recht im Staube, und auf dem Throne die Gewalt!

Da muß man fragen, ist es wahr, ist auf dem Throne die Gewalt? das heißt nicht, daß die Männer, die auf dem Throne sitzen, die Gewalt üben, sondern daß die Gewalt thront, da, wo das Recht herrschen sollte, und daß das Recht als Fußschemel der Gewalt dienen müsse: so also ist die Gewalt auf dem Throne. Meine Herren Geschworenen, wo Sie hinblicken, sehen Sie nach Oesterreich, wo man mit russischen Bajonetten Ungarns alte Verfassung niederwarf, wo man die Reichsverfassung oktroyirte und diese oktroyirte Reichsverfassung dennoch nicht in's Leben rief; sehen Sie nach Preußen, wo eine gesetzgebende Versammlung nach der anderen mit Gewalt oder Hohn verjagt wurde, wo ein Stück Verfassung nach dem anderen oktroyirt und hinwegoktroyirt wurde, wo trotz der heiligsten Versprechungen die Regierung von der Tribüne der Kammern herab erklärte: es sei jetzt Zeit, mit der Revolution zu brechen, was war die oktroyirte Verfassung anders, als Versprechungen, die man der Revolution gegeben, die man selbst mit Gewalt gegeben, um sie dann wieder nicht zu halten! So ist es in Preußen, so in Oesterreich. Ja, sehen Sie in die kleineren Staaten, nach Sachsen, Darmstadt und Kurhessen, überall das Recht im Staube und auf dem Throne die Gewalt. Wenn der dänische Unterofficier, der noch vor Kurzem vor der schwarz-roth-goldenen Fahne floh, verlangen kann, daß er von dem Volke begrüßt werde, respektvoll, den Hut bis zur Lende, — nennen Sie das nicht die Gewalt auf dem Throne? oder muß erst der Hut aufgesteckt werden, damit der Deutsche in Schleswig, vielleicht im ganzen glücklichen Deutschland, sich bücke, wie der freie Schweizer vor dem Geßler'schen Hute?

So ist dein Loos, du deutsches Volk; so begehst du dein Weihnachtsfest.

Im Jahre 1848 brach ein schöner Morgen an, und golden roth leuchteten die Spitzen deiner Berge aus der schwarzen Nacht. Der schöne Morgen versprach einen herrlichen Tag; aber die Sonne glänzte nur, und ihre Strahlen braunten nicht scharf genug herab. Sie vertrieb die bösen Nebel nicht. Das Jahr war kaum zu Ende, da war die Sonne schon wieder gewichen, ohne die giftigen Dünste vertrieben zu haben. Es ward Abend.

Und doch wurde damals dir zum Weihnachtsfeste noch ein schönes Glück beschieden. Die Grundrechte wurden dir geschenkt.

Armes Volk! Du hast nicht lange die Freude über dies Geschenk genossen. Am Anblick konntest du nur eine Zeitlang deine Augen weiden. Eigentlichen Gebrauch hast du kaum von dem Geschenk gemacht.

Meine Herren Geschworenen! Ist das Aufreizung, wenn Jemand klagt, daß die Grundrechte dem deutschen Volke wieder genommen werden? dem deutschen Volke, nicht etwa dem braunschweigischen Lande, wo wir sie zur Zeit jener Artikel noch hatten, wo wir sie noch jetzt haben, wenn auch nur vielleicht für wenige Tage? Ist das auch Aufreizung zum Umsturz der Verfassung und Regierung in Braunschweig, wenn man klagt, daß die Grundrechte genommen seien? Und ist kein Grund zu dieser Klage vorhanden? Sind die Grundrechte gegeben, feierlich angenommen und heilig beschworen, damit sie heute als Spielzeug gebraucht werden? um sie morgen wieder umzuschmeißen, weil ein Theil derselben durchgeführt sei und ein anderer Theil zur Zeit nicht ausführbar sei, ein dritter Theil aber nicht ausgeführt werden solle, *car tel est notre plaisir*? Das heißt, das Rechtsbewußtsein dem Volke aus dem Herzen reißen, und das Bestehende, die Rechtsordnung, leichtsinnig untergraben.

Meine Herren Geschworenen! Wenn die Grundrechte auch gefährlich wären, man hatte kein Recht dazu, sie aufzuheben. Man hatte vor der Annahme wohl zu prüfen und dann dem Volke zu sagen: „Wir können sie nicht annehmen, denn sie sind gefährlich, und als ehrliche Männer können wir nicht annehmen, was wir demnächst wieder zerstückeln müssen.“ Und wenn das



ganze deutsche Volk die Fürsten bestürmt hätte, so hätten sie das doch sagen müssen. Hätten sie die Grundrechte aber einmal angenommen, sei es, weil sie gut waren, sei es gezwungen, sei es, im Wahne, daß sie gut seien, so haben sie nachher nicht das Recht, sie wieder zu nehmen. Man hat nur das Recht, durch die Macht der Idee dahin zu wirken, daß dergleichen angeblich Unheil bringende Ansichten im Volke verschwinden, und dieses aus seiner Souverainetät, (die selbst im absolutistischen Staate existirt, denn ohne die Masse der Bajonette und Steuerzahlenden existirte auch nicht der Czar von Rußland) das Gesetz wieder abschafft. Nicht die Grundrechte sind es, die uns an's Herz gewachsen, sondern das empört uns, daß in jedem Augenblick ein Spielball aus dem gemacht wird, was wir für heilig gehalten haben, was mit Bewilligung aller Staatsgewalten als Gesetz galt. Es ist ein böses Zeichen der Zeit, wenn die Grundgesetze des staatlichen Lebens so leicht wechseln können, wie der Flitterstaat der Mode. Sie können dem Verfasser die Klage über den Verlust der Grundrechte nicht verargen, er hat ein Recht zu sagen: „Armes Volk! Du hast nicht lange die Freude über dies Geschenk genossen.“ Ferner heißt es:

Es war Abend geworden, und die unheimliche Dämmerung brach herein. Vergebens versuchten einzelne Strahlen der scheidenden Sonne die dichten Nebelmassen zu durchdringen: — die Finsterniß nahm zu. Das Jahr 1849 ging zu Ende. Das Weihnachtsgeschenk vom vorausgegangenen Jahre war dir genommen, — armes Volk! und dir wurde kein neues bescheert. Du sahst trüben Sinnes in die graue Dunkelheit hinein. Die letzten Strahlen der Sonne waren längst entschwunden.

Und mit dem Jahre 1850 fing die Nacht an. Finster Alles weit und breit!

Das Weihnachtsgeschenk von Acht und vierzig war dir Neun und vierzig genommen. Was ist zum Weihnachtsfeste 1850 dir beschieden?

Frag' sie in Dresden! Bald wird dir Antwort werden.

Doch was bedarf es noch der Frage! Du kennst die Antwort schon. Du armes deutsches Volk, du weißt es schon, was dir zum Weihnachtsfeste dies Mal soll beschieden werden. Du kennst deine Bescheerung.

Deffnen sich die Thüren der dumpfen Kerker? Werden deine geächzten Söhne in deine Arme zurückgerufen? Werden deine heiligen Todten auferweckt? Wird der Gewalt der Stab gebrochen, und erhält das Recht sein Schwert zurück? Fallen die Ketten von deinen Händen klirrend zu Boden, und wird der Baum der Freiheit aufgepflanzt, ein strahlender Weihnachtsbaum? Wird der Schlange der Zwietracht der Kopf zertreten, und fallen die unzähligen Schranken in deinem Lande? Wird der stolze, gewaltige Bau der Einheit, deinen Feinden ein Schrecken, aufgerichtet?

Nichts, Nichts, Nichts von Allem!

Todt bleibt todt, geächtet bleibt geächtet, verschlossen bleibt verschlossen; die Gewalt bleibt auf dem Throne und das Recht gebunden; die Ketten bleiben an den Händen, die Zwietracht bleibt, es bleiben alle Schranken.

Finden Sie darin eine Aufreizung? ich erblicke nur ein Zeitgemälde.

Aber, o Volk! — es werden noch mehr deiner Söhne geächtet und verfolgt; die Miegel der Gefängnisse werden noch stärker; die Gewalt noch gewaltiger; das Recht wird noch schmählischer verhöhnt; und deine Ketten werden schwerer.

Das ist deine Bescheerung.

Ja, meine Herren Geschworenen, das einzige Verbrechen, das in diesem Artikel zu finden, ist, daß er prophetisch war. Sind nicht seitdem die Gewaltigen stärker geworden? Ziehen Die nicht nach Brasilien, die für Deutschlands schönsten Theil gekämpft, anerkannt und belobt von dem Könige von Preußen und unserem Herzoge; und wenn der Verfasser das prophezeiht hat, und er konnte es, denn die Bedingungen waren gegeben, man sah, wohin die Wege der Reaktion lenkten — dann soll er aufreizen?

Russische Konferenzen! Beschimpfung des deutschen Namens durch den Verrath an asiatische Barbaren, die einst das deutsche Mitterschwert zu Paaren trieb, — statt der Ehre! Gehorsam gegen die Winke eines fremden Despoten, statt der Macht und Größe! Ein preussisch-österreichischer +++ Bundestag, statt des deutschen Parlaments! die Theilung Deutschlands statt der Einheit, — und die Knete statt der Freiheit!

Das, deutsches Volk, das ist zu Weihnacht 1850 die Bescheerung!

Ist hier ein Wort unwahr? wo liegt, wenn Sie sich offen fragen, wo liegt der Hebel der deutschen Politik? etwa in Berlin, wo man den Krieg in Schleswig-Holstein nicht weiter führen wollte, weil eine „außerdeutsche Macht“ es nicht wünschte und drohete, und Preußen nicht Großmacht genug sei, — so verkündeten die Blätter — anderen Mächten gegenüber heilige Verheißungen zu halten, wie sie unter anderen der Brief an den Herzog von Augustenburg besiegelte? Wo liegt denn der Hebel dieser preuß. Politik? In Petersburg, wie auch die österreichische Politik in Petersburg ihren Schwerpunkt hat. Rußland mußte die Existenz Oesterreichs sichern, dessen Heere nicht fähig waren, dem Sturm in Ungarn und Italien Stand zu halten. Wer unter solchen Umständen fremde Hülfe in Anspruch nimmt, ohne sichtbare Gegenleistung bieten zu können, der muß unsichtbare Opfer dafür bringen, und darin liegt der Hebel der österreichischen Politik. Nicht bloß die innere Ahnung sagt uns, daß dieses Russenthum Deutschland beherrscht, es sagt uns das auch die äußere Haltung der deutschen Großmächte. Glauben Sie, daß die Monarchen so enge zusammenhalten und den Schein nicht meiden würden, wenn in diesem Zusammenhalten nicht die krasse Wahrheit läge? Wir sind nur noch ein Appendix der russischen Politik, und eine Ironie des Zufalls war es, daß in diesen Tagen die preußische Lokomotive „Protektor“ den russischen Kaiser durch preußische Provinzen geführt hat. Das ist gemeint mit den russischen Konferenzen, und man kann es nicht verwehren, bitter darüber zu klagen. Und das ist keine Klage, die die Demokratie allein ausstößt; das Organ der andern Partei, die Reichszeitung, sagt:

Man wird nicht bloß Holstein „pacificiren,“ sondern das ganze Deutschland, indem man überall die „landesherrliche Autorität“ in ihrem vollsten Umfange herstellt und jeden Widerstand dagegen, auch den berechtigtesten, gründlich beseitigt. Man wird nicht bloß in Kurhessen die Verfassung von jenen Bestimmungen reinigen, die, wie Hr. v. Manteuffel so weise bemerkt, zu „Zerwürfnissen Anlaß geben“, und an ihre Stelle solche setzen, die nur dem Fürsten Rechte, den Unterthanen aber bloß Pflichten zuweisen, womit natürlich jede Möglichkeit von Zerwürfnissen entfernt und das Volk ganz zweifellos „glücklich“ gemacht ist, — sondern man wird diese Exuration auf

alle Landesverfassungen ausdehnen und für die Beseitigung jeder unbequemen ständischen Kontrolle, womit man im Einzelnen thatsächlich bereits einen so rühmlichen Anfang gemacht hat, auch eine allgemeine Gesetzesformel finden. Man wird gemeinsame Maßregeln gegen das freie Wort, das gesprochene wie das geschriebene, verabreden, und die Herren Pairs von Sachsen werden aus erster Hand erhalten, was sie ohnlängst herbeiwünschten, ein Bundespressgesetz. Man wird zwar keinen Bundesstaat aus Deutschland machen, sondern die lockerste Form des Staatenbundes beibehalten, damit ja Deutschland nach Außen so schwach als möglich bleibe — denn so will es der Czar von Rußland; so wollen es die französischen Burggrafen, und damit stimmt die dynastische Sonderpolitik unserer Cabinette vortrefflich überein — aber diese Form des Staatenbundes wird so wenig als ehemals verhindern, daß man, wo es Freiheitsbeschränkungen und Polizeimaßregeln gilt, in die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten nachdrücklich eingreife.

Ja, die Zeiten von 1819 und 1834 erneuern sich und der Hauptstadt Sachsens wird die Auszeichnung zu Theil, neben Karlsbad und Wien den dritten Platz einzunehmen in der Geschichte der deutschen Contrarevolution.

Die brave preussische Armee aber wird nicht nach Hause geschickt werden, sie wird ihre Bestimmung erfüllen, indem sie den Maßregeln der Dresdener Konferenz, „auf welche“ (wie die „D. Reform“ erklärt) „die höchste Autorität in Deutschland übergeht,“ nöthigenfalls Nachdruck verleiht, und der deutschen Geduld nachhilft, wenn diese wider Erwarten doch einmal zu Ende gehen sollte.

Hier dieselbe Hinweisung auf die Schwerkraft der russischen Politik, aber hier unbestraft und dort bestraft, denn — die Tendenz soll verfolgt werden.

Wir kommen nun zu den Artikel „Feldflüchtig nimmermehr“, bei dem ich mich auf einige Stellen beschränken kann. Es ist die Rede davon, daß am 23. December der Minister-Kongreß in Dresden eröffnet werde und daß jetzt Alles auf den Bundestag zurücksteuere. Es wird eine Demüthigung nach der andern aufgezählt und gesagt:

Gerade die Schnelligkeit der Bewegung tröstet uns darüber, daß sich das Geschick bald erfüllen wird. Die Todten reiten schnell.

Je schärfer die Situation sich ausprägt, um so präziser die Lösung; je rascher die Räder der Zeit umlaufen, und je härter die Reibung, um so schneller wird das Maß voll.

Ja, meine Herren Geschworenen, allerdings ist das eine Hin-

beutung auf die Folgen der Handlungen, über die geklagt wird. Es ist sogar ein von der Verzweiflung eingegebenes Frohlocken, daß die Reaktion so schnell zum Ziele hinführe. Wenn aber das Frohlocken auch ein triumphirendes wäre, wenn sogar gesagt wäre, ihr grabt euch selbst das Grab, — ist das eine Aufreizung? Wenn man im Geheimen frohlockt, so ist das weit gefährlicher, als wenn man seinem Gegner öffentlich zuruft: „Das ist euer Schicksal und ihr selbst führt es herbei.“ Wenn man aber in den Worten: „die Todten reiten schnell“ Persönlichkeiten auffassen will, so thut man großes Unrecht. Denn was heißt es anders als: „die Ideen, welche schon längst dem Tode verfallen sind, sie werden von der Gewalt aufrecht erhalten, aber um so schneller wird ihre Nichtigkeit klar.“ Wo ist da eine Aufreizung? soll das braunschweigische Volk deswegen gegen seine Regierung aufgeregt werden, weil die dresdener Konferenzen gehalten werden und von unserer Regierung Einer hingeschickt worden ist, der wahrlich kein großes Gewicht in die Waagschale der Geschichte des deutschen Volkes legen wird? Dann heißt es:

Im Jahre 1850 die Minister der deutschen Regierungen in Dresden, sich anmaßend, über das Schicksal des Volks, ohne Rücksichtnahme auf dessen Willen, zu entscheiden.

Hier könnte das Wort anmaßend als eine Aufreizung dahin verstanden werden, daß man dem Volke klar machen wolle, jene Minister hätten kein Recht zu verhandeln über die Organisation des deutschen Staatenbundes. Jene Auffassung wird unsere Regierung nicht billigen, sie, welche die Souveränität der Reichsversammlung anerkannt hatte, durch die einfache Publikation der Grundrechte. Sie wird nicht sagen: Ja jetzt können wir ohne Volksvertretung fertig werden, und es ist keine Anmaßung, wenn ein Paar Diplomaten sich zusammensetzen und denken, allein für Deutschlands Wohl handeln zu können. Wo ist in Betreff der materiellen Berechtigung der Unterschied zwischen den dresdener Konferenzen und dem Bundestag? und giebt es keinen wesentlichen Unterschied, so kann man mit der Revolution brechen, aber leugnen kann man nicht, daß im Jahre 1848 der Bundes-

tag auch von den deutschen Regierungen weder als berechtigt noch als befähigt erachtet worden, über Deutschlands Organisation zu entscheiden; doch nie kann man sagen, daß, was im Jahre 1848 Recht gewesen, jetzt Unrecht sei, und deswegen haben wir das Recht, diese Diplomaten als anmaßend zu betrachten (Bewegung). Wenn dieser Ausspruch über die Anmaßung der Diplomaten so ungerecht ist, warum hat die Reichszeitung nicht gefrevelt, wenn sie am 24. December 1850 schreibt:

In der bangen Ungewißheit, in welcher das deutsche Volk sich am Vorabend der Konferenzen befindet, die über sein Schicksal entscheiden sollen, greift es natürlich erwartungsvoll nach jedem Aktenstück, welches einen Lichtstrahl in das Dunkel zu werfen verspricht, wozu die nächste Zukunft des Vaterlandes gehüllt ist. Als ein solches Aktenstück dürfte das Circular betrachtet werden, durch welches Preußen die deutschen Regierungen zur Beschickung der Konferenzen einladet. Umfänglich genug ist es. Aber leider enthält es nichts als Worte, Worte, Worte! Die großen Phrasen, welche seit zwei Jahren die einzigen Thaten des preussischen Kabinetts in der deutschen Angelegenheit gewesen sind, führen auch hier wieder ihren gleichnerischen Nummenschauz auf; noch einmal läßt man die pomphaften Versicherungen von „Befriedigung der gerechten Wünsche der Nation“, von „europäischer Stellung Deutschlands“ u. dergl. wie vergoldete Weihnachtsnüsse vor den Augen des großen Kindes, als welches man sich das deutsche Volk zu denken scheint, flimmern und glitzern; noch einmal prügelt man, wie auf den Polichineltheater, die Leiche des alten Bundestags durch, um, während das Publikum an den laut schallenden Schlägen sich ergötzt, den inzwischen aus der entseelten Hülle herausgeschlüpfen neuen Bundestag von einer andern Seite her wieder mit lustigen Sprüngen auf der Bühne erscheinen zu lassen. So fügt man zur Grausamkeit noch den Hohn, zur kalten Ermordung unseres edelsten Theils als Nation die teuflische Lust, dem Sterbenden noch einmal das lachende Bild des Daseins, von dem er sich trennen, der lebensfrischen Hoffnungen, denen er entsagen soll, vorgaukeln zu lassen, um ihm so das Sterben selbst zu erschweren! und dann:

Wenn also das preussische Circular die Hoffnung auf einen glücklichen Ausweg der dresdener Konferenzen aus dem Beispiele derjenigen früheren ähnlichen Konferenzen schöpft, die sich bewährt haben, so wissen wir nun, nach welcher Seite hin diese Hoffnung und „Aehnlichkeit“ liegt — nicht nach der nationalen Einigung und Befriedigung „gerechter Wünsche“ des Volks, sondern nach der Seite einer bloß polizeilichen Einheit im Innern und einer gewaltsamen Unterdrückung der Volksfreiheit.

Dort ist es Unrecht, hier wird es nicht verfolgt, dort wird es verfolgt, denn — es gilt der Tendenz (Aufregung). Die Staats-Anwaltschaft hat hervorgehoben, daß die „Bl. d. Z.“ erklären, sie würden auf dem Kampfsplatze ausharren. Natürlich kommen sie nicht geharnischt und mit dem Schwert in der Hand, sondern sie kommen einher mit dem Banner ihrer Ideen, und sie würden diesen Kampfsplatz nicht verlassen, bis sie entweder von ihren Freunden verlassen würden und sie allein fallen, oder diese Freunde mit ihnen gefallen sind. Eine Aufreizung zum Kampfe liegt darin nicht, und das Bild selbst wird nicht strafbar sein. Eine lebhaftere Phantasie gehört dazu, sich aus dem Programme einer Zeitung ein Schlachtgemälde zu entwerfen.

Nun kommen wir zu einer Kuriosität. Nicht nur, daß die Todten schnell reiten, nein, sie erstehen auch vom Tode, sie steigen aus den Gräbern, und Th. Körner tritt vor die Schranken des Schwurgerichts. Das Gedicht „Was uns bleibt“, das in der Zeit früherer Schwach zum heiligen Kampfe gegen den übermüthigen Westen rief, und das als Produkt des edelsten Patriotismus anerkannt wurde, das wird jetzt ein arger Frevler; denn es zeigt nicht nach Paris, sondern gen Osten auf Rußland. Eben-  
sowenig glaube ich, daß irgend etwas, was dem Gedichte in Prosa hinzugefügt wurde, auch nur im Entferntesten das Verbrechen der Aufreizung, wie es im Gedichte liegen soll, vergrößern wird. Wollen Sie Grimm dafür verurtheilen, daß Körner gedichtet, ich will kein Wort verlieren, es zu verhindern (Weisfall).

Wir kommen zu Nr. 3 dieses Jahrganges „Volksovertretung.“ Es ist die Rede davon, daß die Demokratie von den dresdener Konferenzen für das Volk Nichts erwartet habe, aber sie habe erwartet, daß im Interesse dreier Dynastien etwas zu Stande komme; allein auch das sei zu ihrer Ueberraschung nicht geschehen. Es sei auch nicht das Geringste geschaffen, und der Bundestag werde die Aufgabe der dresdener Konferenzen von Neuem aufnehmen müssen. Unter dieser Voraussetzung wird von Dresden gemeldet:

Wir hatten geglaubt, die ersten Diener unserer allergnädigsten Herren würden in Dresden Namens dieser Herren sich darüber verständigen, wer der erste, wer der zweite, wer der zwanzigste und wer der vier und dreißigste Zuchtmeister hinfüro in Deutschland sein solle, zu Nutz und Frommen und größerem Ansehen eines Jeglichen unter ihnen.

Die Staats-Anwaltschaft meint, es sei nicht schwer zu ahnen, wer jene Zuchtmeister seien. Meine Herren Geschworenen, Sie haben sich nicht mit Ahnungen, sondern mit der Gewißheit zu beschäftigen, und dann angenommen, daß damit die 34 Regierungen Deutschlands gemeint seien, sind denn diese Regierungen, mit wenigen ehrenvollen Ausnahmen, nicht wie Zuchtmeister zu Werke gegangen, oder glauben Sie, daß die kurhessische Regierung mit einem anderen Namen in der Geschichte genannt werden wird? Sie hat das Volk hart gezüchtigt, sie hat es ohne Recht und Grund beraubt; und wenn die dresdener Konferenzen eine Bestimmung darüber treffen sollen, wie man nach diesem Umsturze des Bestehenden, der nicht von dem Volke, sondern von der Regierung ausgegangen ist, die Beute theilen wolle, so ist der Tadel darüber das geringere, der Umsturz selbst das ärgere Verbrechen. Das Bild, das hier gebraucht ist, ist sehr harmlos; es rührt daher, daß sich in Dresden die Herren darum gestritten haben, ob Preußen oder Oesterreich auf dem Präsidentenstuhl sitzen soll, und das nennt man hier die Rangordnung der Zuchtmeister. Wenn das deutsche Volk wirklich überzeugt wäre, daß die „Bl. d. Z.“ Recht hätten, wenn es sich bewaffnete und unsere Landesverfassung über den Haufen stürzen würde, können Sie von den „Bl. d. Z.“ voraussetzen, daß sie solches durch solche Mittel bewirken zu können geglaubt hätten? Würde das Volk sich gegen seine legitimen Regierungen erheben, die „Bl. d. Z.“ würden sich trösten können, daß solch ein Unrecht nicht von ihnen allein angezettelt sei; es werden sich noch andere Beweggründe zur Revolution auffinden lassen, als jene gefährliche Aufreizung gegen Regierung und Verfassung. Ich habe nicht Gelegenheit gefunden, außer den genannten irgend einen als verbrecherisch von der Staatsanwaltschaft angegebenen Satz dieser Artikel aufzu-



fassen und müßte daher den ganzen Artikel durchsehen, um die Möglichkeit einer Anklage zu erforschen, was Sie zu sehr ermüden würde. Ich wende mich daher nur zu dem letzten Satz, der von der Staats-Anwaltschaft betont wurde. Es wird darin bemerkt, wie man gleichsam zum Hohne des deutschen Volkes jetzt von einer Volksvertretung bei dem deutschen Bundestage spreche den Ministern gegenüber, die eine Vertretung des Volkes nach der andern zum Teufel gejagt. Da sagt die Staatsanwaltschaft, es sei durch die ganze Haltung des Artikels und insbesondere durch die letzten Worte die Verdächtigung ausgesprochen, es werde durch die dresdener Versammlung und den Bundestag kein volksthümliches Institut geschaffen werden, und weil diese Verdächtigung ausgesprochen wurde, so sei damit der Keim zur Aufregung des Volkes gelegt.

Ia meine Herren Geschworenen, die Verdächtigung liegt in diesem Artikel, sie liegt in dem Geufzer jedes deutschen Ehrenmannes; aber wenn sie schweigen, die Plätter der Zeit und die gesammte „schlechte“ Presse, das Mißtrauen gegen den Bundestag bringen sie doch nicht aus der Welt. Die Zugeständnisse der Fürsten im Jahre 1848, die schönen Reden des Königs von Preußen haben bewiesen, daß der Bundestag nicht fähig gewesen, das Interesse Deutschlands zu vertreten, nicht einmal mit einer Volksvertretung, sonst würde er sich im Jahre 1848 nicht selbst aufgelöst und seine Gewalt anderen Händen übergeben haben. Er war damals nicht fähig dazu, er ist jetzt nicht fähig; wenn man ihn dennoch wieder in's Leben ruft, so beweist man hierdurch, wie durch vieles Andere, daß es die Vertretung nicht deutscher Interessen, sondern dynastischer Gelüste gelte. Will die Staats-Anwaltschaft diese Behauptung in dem Artikel finden, so gebe ich ihr recht, bezweifle aber, ob sie das Verbrechen der Aufreizung dadurch begründen kann. Dann heißt es am Schluß:

Weg damit! Wir wissen: wenn es wieder eine Volksvertretung im deutschen Vaterlande giebt, eine wahrhafte, eine wirkliche, dann wird das Volk nicht Fürsten, nicht Ministern, nicht Diplomaten, nicht Wassermännern, nicht einem Pfordten und nicht einem Dalwigk sie zu verdanken haben, — nur Gott und seinem guten Schwerte!

Nun, meine Herren-Geschworenen, finden Sie darin die Anforderung: „greift zum Schwerte,“ oder nicht vielmehr das Resultat aus der Geschichte der letzten drei Jahre, die uns lehrt: Allerdings, es ist Nichts mit den Fürsten anzufangen!

Eine Volksvertretung werden wir, wenn auch erst in einem Jahrhundert, nur Gott und unserm Schwerte verdanken. Damit ist nicht gesagt, daß die Schlacht gleich geschlagen werden muß, nein, Braunschweig und seine Dynastie können noch lange existiren, wenn sie nicht von den Gelüsten anderer Großmächte begraben werden.

Und darin soll eine Aufreizung zum Hochverrathe liegen? Meine Herren Geschworenen, Braunschweig wiegt dieser Andeutung gegenüber zu leicht, mit ihr ist nicht Braunschweig, damit sind viel größere Mächte gemeint. (Die Sitzung wird zur Erholung des Redners auf 10 Minuten ausgesetzt).

Ich komme jetzt im Gange der Vertheidigung zu dem letzten, zum Beweise der Aufreizung im ersten Anklageakt angeführten Aussage: „Die Demokratie und der freie Handel.“ Die Staats-Anwaltschaft hat diesen Artikel im Einzelnen nicht beleuchtet, und ohne Scherz treiben zu wollen, muß ich annehmen, daß er durch Zufall in das Anklage-Erkenntniß und in die Anklage hineingewürfelt sei. Ich gestehe offen, daß ich nicht die leiseste Andeutung einer Aufreizung darin finde, wenn man nicht die wissenschaftliche Aufführung der Vortheile anderer Staaten als eine Aufreizung gegen den hiesigen Staat betrachten will. Nachdem das Verhältniß der Demokratie zum Freihandel im Gegensatz zu Schutz-zöllen besprochen ist, heißt es weiter:

Eine wohlfeile Regierung, fast durchgängig direktes Steuersystem, vollständige Steuerfreiheit des Unvermögenden, Gleichheit vor dem Gesetze, Selbstständigkeit der Gemeinden, kein stehendes Heer, keine Bureaukratie, — das ist es, was Ihr in der Schweiz und hier allein finden werdet. Wir werden Gelegenheit haben, durch eine statistische Vergleichung des Nationalwohlstandes der Schweiz gegenüber dem Deutschland's, insbesondere der Verschiedenheit in der Vertheilung des Besitzes hier und dort, zu zeigen, wo das Volk besser und glücklicher lebt.

Daß durch die hervorgehobenen Vorzüge der Schweiz die Staatsregierung umgestürzt und die Landesverfassung beseitigt werden solle, davon steht hier kein Wort. Also könnte man darin nur die Aufreizung zur Erstrebung mannigfachen Gutes innerhalb der Landesverfassung finden, und wenn Sie darin eine Aufreizung finden, so müssen Sie in jeder Aufforderung, das Gute zu befördern und das Schlechte zu bekämpfen, einen Angriff auf die Landesregierung und Landesverfassung erblicken, eine Ansicht, die wahrlich nicht viel Billigung verdient.

Die Demokratie kann, wie schon gesagt, nur eine Handelspolitik den vollständig freien Verkehr nach Außen und Innen befolgen. Die Freiheit ist immer nur die eine und untheilbare — *une et indivisible*, ihre Beschränkung zu Gunsten Einzelner im Gegensatz zur Allgemeinheit, wie es nothwendig durch das Schutzollsystem bedingt wird, ist unverträglich mit der Demokratie. Der freie Schweizer wird es niemals begreifen, daß er nicht kaufen und verkaufen dürfe, wo es ihm am vortheilhaftesten erscheint. Noch in keinem Kantone der Schweiz hat auch nur eine beachtenswerthe Minorität ihre Stimme für Beschränkung des freien Verkehrs erhoben. Hier bei dem allgemeinen Stimmrechte, wo die arbeitenden Klassen stets in der Majorität sind, hat das verführerische Wort: „Schutz der nationalen Arbeit“ niemals Anklang gefunden. Das Bewußtsein, daß nur in und durch die Freiheit nach allen Richtungen hin ihr materielles und geistiges Wohl gefördert werden könne, ist in allen Klassen der Gesellschaft so fest begründet, daß es durch Nichts erschüttert werden kann. Republik und Handelsfreiheit haben im Schweizer Volke so tief Wurzel gefaßt, daß nur die rohe Gewalt von Außen ihm das Eine mit dem Andern entreißen könnte.

Die Schweiz, das einzige Land in Europa, welches eine demokratische Staatsform hat, ist zugleich das einzige, welches seine Industrie auf dem natürlichen Wege der Handelsfreiheit entwickelte. Die Handelsfreiheit in der Schweiz ist nichts Anderes, als eine nothwendige Folge ihrer demokratischen Institutionen.

Wie nun der Freihandel zur Aufreizung Anlaß geben und insbesondere mit der Landesverfassung in Konflikt gerathen würde, oder wie das Volk veranlaßt werden sollte, mit dem Schutzollsystem die Verfassung umzuwerfen, darüber muß ich mir von der Staats-Anwaltschaft Aufklärung erbitten.

Damit wäre die erste Anklage erschöpft, und ich kann nun

zur zweiten übergehen. Ich glaube es Ihnen selbst schuldig zu sein, nur das scheinbar Ausstößigste hervorzuheben. Es ist leichter, einen Haufen von Zeitungsblättern zusammen zu suchen, um daraus eine gefahrdrohende Anklage konstruiren zu lassen, als den Nachweis anzuhören, daß in diesen unzähligen Artikeln nur die Wahrheit auf eine nicht zu bestrafende Weise gesagt sei. In dem Aufsatze Nr. 24 von 1851 wird gesagt, daß Frankreich am Morgen des 24. Februars noch eine Monarchie gewesen und der König nicht vorausgesehen hätte, daß sein Thron sobald über den Haufen geworfen werde. Dann fährt der Verfasser fort:

Was haben wir seitdem Alles errungen, was Alles verloren! Unser war die Freiheit, die Einheit des geliebten Vaterlandes, sein Ruhm und seine Größe; unser ist die alte Zerrissenheit, der Spott der freien, einigen Völker, unser die tiefste Erniedrigung, der Fußtritt eingeborner, die Knute fremder Tyrannen!

Daß wir von außen abhängig sind, habe ich schon früher erörtert, und diese Klage konnte eine Aufreizung dort und hier nicht in sich fassen. Daß wir der Spott freier Völker sind, daß, meine Herren Geschworenen, ist so offenkundige Wahrheit, daß Sie nur die amerikanischen und englischen Blätter jeder Richtung lesen dürfen und Sie werden Deutschlands Schande und, was ärger ist, das Mitleid über Deutschlands Geschick abgepiegelt finden. Wenn eine Nation so gesunken ist, daß sie von andern Völkern bejammert wird, von Völkern, die ihrem Aufschwunge, ihrer Größe selbst hemmend entgentreten würden, dann hat sie allerdings eine tiefe Stellung eingenommen, und dann kann ein deutsches Organ sie wohl beklagen, ohne damit zu sagen: Stürzt die Landesregierung, werft die Verfassung über den Haufen! Ferner heißt es:

Als diese gewaltige Währ mit Windeseile herüberflog über Wasser und Land, über Berg und Thal, über Wald und Flur, als sie unaufhaltsam, erst leise, dann immer lauter und lauter durch alle Gassen stürmte, in die Paläste drang und in die Hütten, — tanzten nicht da die Throne wie Nußschalen auf den grollenden, sturmempörten Wogen des Volksmeeres?

Eine Beleidigung kann möglicherweise darin liegen, aber nimmermehr eine Aufreizung. Und ist es nicht die volle Wahrheit? Sind die Märzversprechungen gehalten worden? Hat man sie nicht selbst als erzwungen erklärt? denn was soll es heißen: Man muß mit der Revolution brechen, wenn man nicht früher eine Liaison eingegangen hätte, eine unfreiwillige, lügenhafte, von der man sich lossagen muß, als von einer Schande! Wenn die Regierungen damit ihre Schande abwälzen wollen, so kann man uns nicht verargen, wenn wir fragen: Warum waret ihr so schwach, inmitten eurer Heere dem vor einigen Stunden noch mit Kartätschen behandelten Volke Zugeständnisse zu machen? — und wenn die Antwort lautet: Eure Throne tanzten wie Rußichaalen auf dem Meere der Revolution.

Es gab eine Zeit, da war die Freiheit eine Wahrheit, die Einheit eine Wirklichkeit geworden.

Daß sie es nicht mehr sind, — das ist des Volkes Schuld, und ist's auch nicht.

Es ist des Volkes Schuld, daß es seine geborenen, natürlichen Feinde nicht für ewige Zeiten unschädlich gemacht hat; denn es stand in seiner Macht. Es ist des Volkes Schuld, daß es nicht Handlungen verlangt hat, die seine Errungenschaften sichern konnten, statt der gleichnerischen Worte, welche die Angst erpreßte; denn es war schon öfter mit glatten Worten abgespeißt.

Meine Herren Geschworenen, angenommen, daß von der Vergangenheit ausgegangen wird, und daß aus ihr Lehren für die Zukunft gezogen werden, wer sagt denn, daß diese Todfeinde der Freiheit bestimmte Personen sind? Die Personen sind nur die Träger großer Ideen einerseits und armseliger egoistischer Ideen andererseits, und der Kampf gegen diese ist nicht gegen die Personen gerichtet, sondern gegen die Ideen. Es heißt, man solle die Todfeinde der Freiheit beseitigen, und das Volk hat sich allerdings den Vorwurf zu machen, daß es dem gegebenen Versprechen glaubte und dem alten Systeme anhing. Es glaubte, daß gesunde Früchte daraus erwachsen und ein stolzer Baum der Freiheit daraus erstehen würde. Es hat sich allerdings den Vorwurf zu machen, daß es nicht alle diese Institutionen der Bürokratie, des stehenden Heeres, die sich nur zum Werkzeuge der

Unterdrückung hergeben, austrittete. Das Volk hat die Schuld, die Verheißungen nicht acceptirt zu haben, nicht durch Worte, sondern durch die That. Und darin soll Aufreizung liegen, wenn wir dem Volke zurufen: was eure Fürsten euch geben, nehmt es und haltet es fest, sonst wird es euch wieder genommen? Schließlich sagt der Artikel:

Uns bleibt doch mancher Hort, den keine Gewalt, nicht Zug und Trug der Tyrannen und ihrer Schergen uns entreißen kann. Uns bleibt der grimmige Haß gegen unsere Dränger, den wir statt der frühern gutmüthigen Milde errungen haben; uns bleibt das unauslöschliche Mißtrauen, das an die Stelle des tausendfach getäuschten und doch so hartnäckigen Vertrauens getreten ist; uns bleibt die Klarheit über unsere Aufgabe, die Ueberzeugung unseres ewigen Rechtes, wo früher ein dunkler Instinkt uns leitete; uns bleiben die Männer für die künftige Führung, die Männer, die unser Vertrauen durch ihre Thaten, durch ihre Leiden sich erworben haben; uns bleibt die gegenseitige Bruderliebe, die weit und breit uns unerschütterlich mit starkem Band vereinigt, einem Bande, das keine Macht der Reaction zersprengt.

Meine Herren Geschworenen, wenn der Verfasser sagt, wir haben kein Vertrauen zu den Regierungen, wollen Sie darin eine Aufreizung finden? Ich glaube, für die kleineren Staaten wäre es vielleicht das beste Mittel zu ihrer Erhaltung gewesen, wenn die Bevölkerung von ganz Deutschland mehr Mißtrauen bewiesen hätte, und es dadurch möglich geworden wäre, im Augenblicke der Revolution mehr Concessionen für ein freies staatliches Leben zu erlangen. Dann hätten sich die kleineren Staaten noch halten können, während sie jetzt durch den Uebermuth der Mächtigeren erst recht gefährdet sind. Für die kleineren Staaten war die Erfüllung der Märzverheißungen Lebensbalsam — ein Grund mehr, sie unerfüllt zu lassen. Es heißt weiter:

Es kommt ein anderer 24. Februar; der Glaube soll die Schwachen vor Verzweiflung schützen. Wo jener Tag ein wirres Durcheinander fand, die Völker noch Freund und Feind nicht von einander unterschieden, noch die Parteien in einander überflossen, — da wird der neue vierundzwanzigste Februar zwei scharf begränzte Lager finden, zwei Heere, die auf Tod und Leben kämpfen wollen, um ewiges Dasein, ewiges Verderben, dort, im einen Lager, das veraltete

Gottesgnadenthum mit allen seinen erkaufte Schergen, vielleicht auch mit einigen verblendeten Söhnen des Volkes, — und hier, im andern Lager, die Töchter der neuen Zeit, die Republik, mit Millionen glühender Herzen, für die Freiheit, für das heil'ge Recht der Völker zum Siegen wie zum Sterben gleich entschlossen.

Rosacken dort und hier Republikaner! So wird der neue, große, der hehre Schlachtag seine Kämpfer finden.

Daß das Streben nach der Republik, weil es die beste Staatsform sei, der Demokratie nicht zur Last gelegt, also auch dem Verfasser nicht zum Verbrechen angerechnet werden kann, habe ich schon früher bewiesen. Es ist hier weiter Nichts gesagt, als daß der verworrene Knoten der jetzigen Politik nicht auf dem Boden des heutigen Staatsorganismus gelöst werden könne, sondern durch die Revolution gelöst werden müsse, und wenn man auf dem Gebiete der Wissenschaft durch gegebene Prämissen zu dem Schlusse kommt, daß eine Revolution bevorstehe, so sollte man für diese Warnung dankbar sein, aber eine Aufreizung nicht darin finden. Und trifft das ein, was der Verfasser vorausgesetzt, so ist er kein Aufreizer, sondern die gespenstige Hand, die an das Thor schreibt: „Mene tekel“, nimm dich in Acht! deine Stunde ist abgelaufen. So warnt die Demokratie: Hütet euch, oder es wird eine neue Revolution kommen. Nun gut, zeigt durch die That, daß es ohne Revolution abgehen kann. Bessert euch und euer Thun, wir werden es gerne sehen, lieber, als wenn eine Errungenschaft nach der andern in den Roth getreten wird. Und wenn diese Ausführung in einem demokratischen Blatte Verbrechen ist, warum wird sie so lange geduldet in Blättern der andern Partei! In der Nr. 233 der Reichszeitung von 1850 heißt es:

Wir fordern jeden Geschichtsfundigen auf, uns ein Land und eine Zeit nachzuweisen, in denen von Seiten so mancher Regierungen die Anarchie, die Unordnung, die Rechtlosigkeit, die Verwirrung aller Begriffe und die Verirrung des Gewissens der Staatsbürger so ausgedehnt hervorgerufen und in die Praxis eingeführt worden wäre, wie jetzt vielfach in Deutschland, wo dennoch fromme Seelen den „stillen Segen unserer Zerrissenheit preisen!“ Und fällt heute ein Ausspruch des berühmten Fox ein. In dem bekannten Prozesse gegen Warren Hastings, nachdem der Uebermuth dieses Generalstatthalters von Indien alle

göttlichen und menschlichen Gebote mit Füßen getreten, rief der große Redner: „Es giebt im politischen Leben Vorgänge, bei denen man unmöglich seine Gemüthsruhe bewahren kann. Und könnte man sie bewahren, so wäre sie gottlos. Gleichmuth ist in manchen Lagen Unempfindlichkeit, wodurch Himmlisches und Irdisches entweiht wird.“ Die Anwendung dieser Worte liegt auf der flachen Hand.

Und ferner:

Nie hat es ein klareres Recht gegeben, als jenes der Herzogthümer. Es wird mit Füßen getreten, es wird preisgegeben. Doch das ex ossibus ultor kann nicht ausbleiben.

Die Anarchie von oben. Sie ist in Deutschland auf der Tagesordnung. Der Verfassungsbruch in Kurhessen schreit zum Himmel. Die gesetzliche Haltung des ganzen Volks ist eine Thatsache, die Verwaltung geht ihren ruhigen Gang. Auch hier ist sonnenklares Recht. Aber die neue Reaktionskette, deren galvanische Leitung von Wien ausgeht, und deren Schläge von Frankfurt aus weiter befördert werden, will Feuer, Flammen und Fieber hervorrufen: sie will das verfassungsmäßige Recht über den Haufen werfen, und auf den Trümmern, welche sie zu schaffen sich bemüht, das Alte und Veraltete wieder aufrichten. Sie bestrebt sich offenbar, Unordnungen anzuzetteln. Sie läßt in tiefem Frieden Kriegszustand erklären! Und der Bundestag in partibus findet, das Recht sei auf Seite von Hassenpflug und Genossen, und der Mann von Greifswald habe Recht, und das gesamte Volk in Kurhessen habe Unrecht, und wenn es sich nicht füge und nicht vor Herrn Hassenpflug sich beuge, so werde man die Armee des allergetreuesten Herrn Fürsten von Schaumburg-Lippe-Bückeburg als Exekutionsheer nach Kurhessen senden.

Meine Herren Geschworenen! Wo in einem gemäßigten Blatte so die Schandthaten der Zeit gegeißelt werden, wo der Rächer verkündet wird, da wird es einem extremen Blatte erlaubt sein, in etwas starken Ausdrücken zu reden.

Ich komme nun zur Nr. 28. Es wird darin erzählt, daß es mit der deutschen Frage immer schlimmer werde, aber eben dadurch auch besser.

Die Lage des Volkes hat sich gebessert, trotz der schlimmern Noth, trotz der dichten Verdunkelung des politischen Himmels. Sie hat sich gebessert, seine Lage; denn das deutsche Volk ist der künftigen Revolution um ein Bedeutendes näher gekommen.



Von wem die Revolution ausgeht, gegen wen sie gerichtet, ob die Fürsten sie zuerst in das Lager der Demokratie tragen würden, ob sie von Frankreich komme, davon ist nicht die Rede. Nirgends ist gesagt, daß das braunschweigische Volk gegen die braunschweigische Landesverfassung Revolution machen solle, sondern es wird nur der Gang der Weltgeschichte verkündet. Es wird verkündet, wie seit ewigen Zeiten auf wilde Ausschweifungen einer Seite, die Reaktion der anderen folgte, und auf diese — das ist ein Naturgesetz — wieder eine neue Revolution kommen muß. Diese Ankündigung des Sieges der jetzt unterdrückten Partei ist das Resultat geschichtlicher Forschungen, und nirgends werden sie die Aufforderung finden, auf diesen Zweck hinzuarbeiten. Die Staats-Anwaltschaft hat in ihrer Deduktion nur noch den letzten Satz in's Auge gefaßt:

Die Diplomatie ist heute noch so klug, wie vor Monaten. Wir sehen es, sie kann die deutsche Frage nicht lösen. Wir sehen es, diese Frage wird nicht eher eine Lösung finden, als bis das Volk sie wieder in die Hände nimmt. Das wird sie lösen, in wenigen Tagen, das wird die Antwort geben, eine Antwort, kurz und bündig. Sie lautet: Deutsche Republik!

Die Worte: „in wenigen Tagen“ bedeuten nicht, in der nächsten Woche wird die Republik ausgerufen, sondern wenn der Kampf ausbricht, der zum Siege der demokratischen Partei führt, dann wird der Sieg in wenigen Tagen benutzt sein. Das Volk wird schnell zu organisiren verstehen, und es kann darin eine Geringschätzung des anderen Systems liegen, das sich zu einer nachhaltigen Organisation unfähig bewiesen habe; nirgends ist aber eine Aufreizung darin enthalten. Ich muß auch hier bemerken, daß mir Blätter der Reichszeitung vorliegen, welche diesem Artikel die Stange halten; allein die vorigen Beispiele werden genügen, um zu zeigen, daß die Reichszeitung auch eine arge Treuerin und nur deshalb nicht angeklagt ist, weil es nicht mehr nöthig ist, die konstitutionelle Partei zu zerstören, aber sehr rathsam, Bresche zu schießen in die Demokratie. (Bewegung.)

Dann, meine Herren Geschworenen, komme ich zu dem Aufsatze

im Feuilleton, in dem der Reichsverweser Nikolaus und sein böser Geist, Bummel, heute Morgen in diesen Räumen Lachen erregten; ich mag nicht scherzen über Ereignisse so ernster Natur, wie sie in diesem Artikel angedeutet sind; doch da ich mit ernstem Gesicht in demselben nach einer Aufreizung nicht suchen kann, so glaube ich diesen Punkt mit der Staats-Anwaltschaft in Nacht und Nebel begraben zu dürfen. Der beißende Witz des Aufsatzes mag unangenehme Reminiscenzen erwecken, aber eine Aufreizung gegen Braunschweig, ja überhaupt gegen Deutschland, wenn von einem solchen unter der Hegide des Bundestages die Rede sein kann, ist nicht darin enthalten. Dasselbe gilt von den „Brasilianischen Werbungen“. Es heißt darin: daß in Brasilien die Brügelstrafe eingeführt sei, damit die Deutschen ihr Vaterland nicht vermissen ze. Daß auch darin eine Aufreizung liegen könne, vermag ich nicht zu finden, also auch das Gegentheil nicht zu beweisen.

Dann folgt der letzte Artikel: „Die Maßregelung der Presse“, und wenn darin gesagt wird, daß, wie auf den Blitz der Donner, so auf freisinnige Artikel die Anklage folge, — der Beweis liegt nicht fern, — so ist auch das keine Aufreizung, sondern Geschichte. Es wird ferner von der Politik der Herren von Gottesgnaden gesprochen, und ich kann auch darin keinen Angriff auf unsere Verfassung finden; denn ein Kampf gegen das Gottesgnadenthum ist noch nicht ein Sturm auf das monarchische Princip. Jenes ist ein Institut, das absolut über dem Volke steht und Nichts neben sich erkennt, weil seine Ansichten vom Himmel fließen und nicht verkümmert werden dürfen durch die irdische Klugheit der Völker. Es ist das Princip, welches die konstitutionelle Monarchie nicht duldet, das in Rußland erst mit der göttlichen Verehrung des Monarchen den völligen Abschluß erhält. Ich glaube nicht, daß die Existenz des braunschweigischen Staates durch einen Angriff auf die russische Auffassung der Monarchie gefährdet wird.

Meine Herren Geschworenen! Ich komme nun zu der Anklage wegen Majestätsbeleidigung, die als Stiefkind die Beleidigung auswärtiger Fürsten nach sich zieht. Wenn bei der Aufreizung

die allgemeine Tendenz als Beweis des specieell Intendirten gelten könnte, so ist dies bei der Majestätsbeleidigung sicher nicht einmal zu behaupten. Da müssen bestimmte Ausdrücke vorliegen, die, wie elektrische Ströme zusammentreffend, als Blitze der Majestätsbeleidigung einschlagen. Da dies in keinem Artikel der Fall ist, so kann ich mich um so kürzer fassen, als ich es gern vermieden sehe, daß eine Persönlichkeit ohne ihren Willen in das Verfahren hereingezogen werde, die bisher von allen Parteien als eine hervorragende und ehrenwerthe betrachtet worden ist. Die Verfolgung von Majestätsbeleidigungen ist, weil der Vertheidiger manche Blößen aufdecken muß, im Interesse der Majestät selbst nicht wünschenswerth, und es wäre deswegen besser, dergleichen Verbrechen, selbst wenn sie nicht so mühevoll, wie hier, konstruirt werden müssen, zu übersehen, da sie, wenn überhaupt gegen deutsche Fürsten begangen, am allerwenigsten Se. Hoheit berühren können.

In dem Art. Nr. 115 vom Jahre 1850 wird ein Gedicht angeführt:

„Für Fürstenmacht, — für Volkesrecht,  
Für Geisteslicht, — für Pfaffendunkel,  
Republikaner oder Knecht,  
Ja oder nein, — nur kein Gemunkel!  
Entweder — oder!“

Damit ist nicht gesagt, daß alle Diener der Fürsten Knechte seien und sein müßten, und damit etwa eine Beleidigung der durch Knechte Bedienten ausgesprochen, sondern es ist nur die Wahl gestellt zwischen Knecht und Republikaner, und da kann man es den „Blättern der Zeit“ nicht übel nehmen, wenn ihre Wahl auf diese Seite fällt. Wenn eine Beleidigung anzuklagen ist, so fordere ich die Staatsanwaltschaft auf, die Fürsten bestimmt zu nennen, welche sich beleidigt fühlen können. Sie wird es nicht können, und ich werde es nicht dürfen. So lange sie aber das Objekt nicht zeigt, kann von einer Beleidigung nicht die Rede sein. In dem folgenden Artikel, Nr. 147 der Bl. d. Z., werden die Schandthaten, die seit drei Jahren geschehen, aufgezählt, und darin soll eine Beleidigung auswärtiger Fürsten liegen

So lange aber die Bezeichnung der Objekte fehlt, werde ich nicht fürchten, daß, wie an der Tafel des Macbeth der Geist Banquo's, so vor der Gerichtstafel die Schatten der Könige von Hannover, Preußen, Baiern, oder der Fürsten von Liechtenstein und Bückeburg, uns Rache fordernd gegenüber treten werden. Am allerwenigsten kann aber durch den Artikel, der ehrenvolle Ausnahmen von der allgemeinen Schande zugesteht, Se. Hoheit unser Herzog beleidigt sein, der in edler Aufwallung gegen den Durchmarsch der Oesterreicher nach Schleswig protestirte. Wenn die Anklage das bedenkt und sagt, hier liege das Verbrechen der Beleidigung des Landesfürsten vor, der als ehrenvolle Ausnahme dasteht, so muß ich an der Logik dieser Anklage zweifeln. (Beifall.)

Es folgt der Artikel in Nr. 150, von dem ich bemerken muß, daß er aus der „Hornisse“ entlehnt ist und sich meistens auf Kurhessen, dessen Fürst die Verfassung gebrochen und unfähliches Unglück über sein Land gebracht hat, bezieht, also auch nicht auf Se. Hoheit angewendet werden kann.

Es folgt dann ein Artikel, in dem den Fürsten die ewige Seligkeit gewünscht wird. (Heiterkeit.) Ich glaube, jeder Patriot wird damit übereinstimmen; es handelt sich nur um die Zeit, in der dieser Wunsch zur That werden soll. In dem Wunsche also, daß die Fürsten der ewigen Seligkeit theilhaftig werden möchten, (Heiterkeit,) kann kein Verbrechen liegen.

Die übrigen Artikel sind ziemlich nichtsagend in Bezug auf das ihnen zur Last gelegte Verbrechen. Ich müßte, um Ihnen den im Feuilleton der Nr. 143 zu erklären, die Adler der deutschen Einheit auf Wachstuch gemalt vorführen. Es ist zuerst ein großer Adler mit einer Krone, dann hat er zwei Kronen, und endlich, als er todt ist, machen sich Hox und Löwe wieder groß. Und das soll eine Beleidigung Sr. Hoheit sein? Ein Wort mehr darüber zu sprechen, wäre eine neue Majestätsbeleidigung. (Heiterkeit und Beifall). Dann folgt ein Artikel, Nr. 9 vom Jahre 1851, Feuilleton, in dem die Familienverhältnisse der verschiedenen Fürsten aufgezählt werden und angegeben wird, daß einige Familie hätten, andere keine, unter denen sich unser Herzog findet.

Das ist eine Thatfache, aber keine Majestätsbeleidigung. Es ist dann im Artikel Nr. 143 von 1851 von Manteuffel und Schwarzenberg die Rede, und Die werden doch nicht zu souveränen Fürsten gestempelt werden sollen! Zum Schlusse, und dies gilt für die Anschulldigung gegen alle Artikel, die ohne Bezeichnung bestimmter Persönlichkeit eine Majestätsbeleidigung enthalten sollen, möchte ich die Staats-Anwaltschaft fragen, ob das Korps der deutschen Fürsten der Kritik ausgesetzt und als Korps beleidigt werden könne? Ich will nicht sagen, daß es unter aller Kritik stände, (Heiterkeit,) ich frage ohne majestätsbeleidigende Reservation, ob ein Korps der deutschen Fürsten überall existire und also beleidigt werden könne?

Hiermit schließe ich und bitte, es zu entschuldigen, wenn ich in der letzten Zeit etwas flüchtig geworden bin; aber meine Kräfte haben nachgelassen, und ich glaube, auch die Ihrigen; die Debatte wird vollkommen zu dem Nachweise genügen, daß weder von einem Verbrechen der Majestätsbeleidigung noch von einem Verbrechen der Aufreizung die Rede sein kann.

Die um 9 Uhr Abends geschlossene Sitzung wird den 6. Juni, Morgens 8 Uhr, wieder eröffnet. Jetzt ergreift der Vertheidiger des Angeklagten Sievers das Wort,

### **Advokat-Anwalt Lucius:**

Meine Herren Geschworenen! Die Vertheidigung, welche ich für den Angeklagten Sievers zu führen habe, hat eine doppelte Seite: es ist die Vorfrage zu berücksichtigen, ob, wenn der Angeklagte Grimm schuldig ist, dennoch Momente vorliegen, welche Sievers straflos machen müssen; die zweite Frage würde dann die materielle sein, ob überhaupt eine Schuld vorliegt. Für die erste Frage ist zu Ihrer Beurtheilung von Bedeutung, daß Sievers nur als Verbreiter angeklagt ist. Man muß bei Vergehen (und Verbrechen sollen überhaupt nach den allgemeinen Bestimmungen unseres Kr.-G.-B. beurtheilt werden), die verschiedenen Arten der Urheberchaft unterscheiden. Die Anklage hat hier den geistigen und physischen Urheber unterschieden. Sie hat den Angeklagten

Grimm zum geistigen und den Angeklagten Sievers zum physischen Urheber gemacht. Für den Letzteren möchte aber selbst bei einer Verurtheilung des Angeklagten Grimm eine Straflosigkeit erfolgen müssen, weil nicht bewiesen ist, daß er irgend die böse Absicht, die in der Regel zu jedem Vergehen gehört, gehabt hat. Diese Absicht ist durch Nichts erwiesen. Sievers hat Ihnen gesagt, daß er die fraglichen Artikel weder vorher gelesen, noch vorher geprüft habe, da nach dem Gange seines Geschäfts diese Artikel sofort in die Druckerei gegeben werden. Es ist daher kein Moment vorhanden, aus welchem man etwa die geistige Schuld, das Mitwissen, herleiten könnte. Schon in einem früheren Falle hat das herzogl. Obergericht in einem ganz ähnlichen Prozesse gegen den Redakteur Biermann entschieden, daß in diesem Falle Sievers, der mit angeklagt war, strafflos bleiben müsse aus dem einfachen Grunde, weil die Mitwissenschaft desselben nicht bewiesen sei. Ich erlaube mir, Ihnen noch einmal den betreffenden Passus vorzulesen. Das Erkenntniß des Herzogl. Obergerichts vom 20. November 1850 lautet: In Betracht

- 1) daß der Drucker einer Zeitschrift, nach der Natur seines Gewerks, nur als mechanischer Gehilfe bei der Herausgabe derselben angesehen werden kann;
  - 2) daß mithin, um ihn für den Inhalt derselben mit verantwortlich zu machen, besondere, seine Mitschuld bezeichnende Umstände vorliegen müssen;
  - 3) daß dergleichen Umstände in substrato aus den Akten nicht ersichtlich sind, indem es völlig ungewiß geblieben ist, ob der Angeeschuldigte die fraglichen, als Beleidigungen der Polizeibehörde sich darstellenden Artikel vor dem Drucke der betreffenden Nummer gelesen und geprüft habe;
  - 4) daß daher eine ehrenverletzende Absicht bei dem Angeschuldigten nicht anzunehmen steht, mithin die Ansicht des Herzogl. Kreis-Obergerichts, daß derselbe als vertragsmäßiger gleicher Theilnehmer im Sinne des §. 43 des Kr.-O.-V. zu betrachten sei, nicht gerechtfertigt erscheint,
- wird für Recht erkannt,

daß in Betreff des Angeschuldigten Sievers das Erkenntniß des herzogl. Kreisgerichts dahin abgeändert werde, daß derselbe von der Anschulldigung freizusprechen und mit Strafe zu verschonen sei.

Die Staats-Anwaltschaft hat, um die Anklage gegen Sievers zu begründen, hervorgehoben, daß im vorliegenden Falle das thatsächliche Verhältniß ein anderes sei: in dem früheren Proceß sei der Redakteur Biermann auch zugleich Verleger gewesen; in dem vorliegenden aber fände das umgekehrte Verhältniß statt, Grimm wäre nur honorirter Redakteur und Sievers Verleger! — Allein, meine Herren Geschworenen, es handelt sich hier um die Konstatirung eines bestimmten Verbrechens, und es kann nicht aus der allgemeinen Thatsache, daß der Eine oder Andere Verleger gewesen sei, die geistige Schuld deducirt werden. Auch im vorliegenden Falle muß durch bestimmte Momente bewiesen sein, daß der Angeklagte Sievers Mitwisser der fraglichen Artikel gewesen sei. Da dieser Beweis nicht geführt ist, die Staats-Anwaltschaft nicht das geringste bereisende Moment dafür angeführt hat, so wird selbst in dem freilich von mir nicht erwarteten Falle, daß über Grimm das Schuldig ausgesprochen wird, mein Klient von der Anklage zu entbinden sein.

Ich werde an den hohen Gerichtshof die Bitte richten, daß an die Fragestellung die Frage angeknüpft werde, ob der Angeklagte Sievers die fraglichen Artikel vorher gekannt und geprüft habe und ich muß noch einmal wiederholen, daß die faktische und die Rechtsfrage nicht verbunden, sondern streng gesondert werden mögen. Das wäre die formelle Seite der Sache.

Ich würde meine Pflicht als Vertheidiger schlecht erfüllen, wenn ich die andere Seite unberücksichtigt ließe. Dieser Fall ist zu bedeutend, schneidet zu tief ein in unser öffentliches Leben, als daß nicht das ganze Material, welches für ihn von Bedeutung ist, hier vor den Richtern der That, den Richtern des Rechtes, und dem Volke erörtert werden sollte. Mein würdiger Mitvertheidiger hat gestern unwiderstehlich mit zermalmender Wahrheit im Wege der Kritik Ihnen die Wichtigkeit der Anklage gezeigt,

er hat Ihnen bewiesen, daß die Artikel die Vergehen, welche den Angeklagten zur Last gelegt werden, daß der Aufreizung, der Verleumdung des Herzogs und auswärtiger Fürsten, nicht enthalten. Wenn er Ihnen darthat, was die Artikel nicht enthalten, so bleibt mir nur übrig, Ihnen zu zeigen, was sie sind, Ihnen darzuthun, was eigentlich diese Artikel wollen, wie sie zu verstehen sind: die positive Seite der Sache.

Es ist wunderbar, wie die Anklage nicht von selbst darauf gekommen ist; es ist wunderbar, wie die Anklage diese Artikel hineinzieht in den Schwurgerichtshof, sie zu Verbrechen stempelt. Sie hat sich fleißig mit unserer Presse beschäftigt, sie hat ein großes Lager vorgelegt, ein gros gearbeitet, ein reiches Sortiment der verschiedenartigsten Artikel, und mißfällt der eine nicht, so mißfällt vielleicht der andere. Aber Eins hat sie nicht beobachtet, eine Frage nicht berücksichtigt, eine Frage nicht vorgebracht. Sind die Artikel nicht vielleicht geschichtliche **Wahrheit**? — Die Artikel sind leitende Artikel eines demokratischen Blattes. Sie wissen, was man unter politischen Leitartikeln versteht. Sie sind die Erzeugnisse, die Früchte der Tagesbegebenheiten: der Redakteur eines politischen Blattes hat das Recht und die Pflicht, die ganzen Begebenheiten einer Zeit zusammenzufassen, sie der Kritik zu unterwerfen und seine Resultate, seine Schlußfolgerungen für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu ziehen. Das ist das Recht der Geschichte, das ist das Recht der freien Kritik, das ist das Recht der historischen Wahrheit! Unser neunzehntes Jahrhundert erkennt selbst in gegenwärtiger Zeit dieses Recht noch an.

Wir müssen aber, wenn wir die Artikel verstehen wollen, zurückgehen in die Geschichte, wir müssen noch einmal alles Das in flüchtigen Bildern vorüberziehen lassen, was wir erlebten seit dem 1848er März. Es ist ein unerquicklicher Weg. Ich muß Sie aber bitten, mir auf diesem Wege zu folgen, weil ohne klares Einsehen in die Geschichte, ohne genaues Verständniß der Zeit, welche wir durchlebt haben und der Zeit, in welcher wir



leben müssen, auch diese Artikel in manchen Stellen noch unverständlich bleiben könnten.

Meine Herren Geschworenen! Es war nach jener Nacht in Berlin, nach dem 18. März — mag es Revolution, mag es Krawall genannt sein — es war nach jener denkwürdigen Märznacht, die wie ein Wetterschlag durch Deutschland leuchtete, da zog am 20. März 1848 der König Friedrich Wilhelm durch die Straßen seiner Hauptstadt! — er zog hindurch, in der Hand die schwarz-roth-goldene Fahne, das Zeichen des wieder gewonnenen Deutschlands. Er redete in den verschiedenen Theilen seiner Hauptstadt — fünfmal — und zuletzt am Kölner Rathhause, an derselben Stelle, wo 36 Stunden vorher der Kampf gewüthet hatte. Der König sprach: „Bürger! ich weiß es wohl, daß ich nicht stark bin durch die Waffen meines gewiß starken und tapferen Heeres, daß ich nicht stark bin durch meinen gefüllten Schatz, sondern nur durch die Herzen und die Treue meines Volkes, und nicht wahr, — diese Treue, diese Herzen werdet ihr mir schenken? **ich schwöre es**, ich will Nichts als das **konstitutionelle** vereinigte Deutschland! — ich schwöre es, ich will nur das Gute für Euch, für Deutschland.“ — Im allgemeinen Jubel tönte plötzlich aus dem Haufen eine Stimme: „Glaubt ihm nicht, Brüder, er lügt, er hat noch immer gelogen!“ (Bewegung.) — Die Menge stürzt wüthend auf den Sprecher — man findet einen blassen, fränklichen Mann, welcher ruhig sagt: „und wenn ihr mich in Stücke reißt, ich wiederhole es — er lügt.“ Man sagte dem König, der Mann sei wahnsinnig gewesen! — Und es war im November desselben Jahres nach jenem denkwürdigen Tage, wo Jacobi gesandt war nach Potsdam, um den König zu bewegen, das Ministerium Brandenburg-Manteuffel zurückzuziehen, nicht länger zu intriguiren gegen die Nationalversammlung, als Jacobi gerufen hatte: „es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen“ — und da gingen in der Nacht drei Deputirte der Nationalversammlung noch einmal zum Könige. Auf vieles Bitten wurden sie vorge-  
lassen. Der König empfing sie mit triumphirendem Lächeln und

sprach: „Ich habe mich einmal auf dies konstitutionelle Schein- und Schaukelwesen eingelassen und so will ich vor der Hand noch dabei bleiben. (Heiterkeit unter den Zuhörern.) Aber meine Dynastie ist 400 Jahre alt, und eben so alt ist auch die ständische Gliederung, und so wahr Gott lebt, meine Herren, Sie sollen sie wieder haben!“ —

Und es waren wiederum mehrere Monate verflossen, es war die Reichsverfassung zu Stande gekommen, welche gelten sollte im deutschen Reiche über Fürsten und Volk, und der König wollte sie nicht annehmen. — Am 15. Mai 1849 erließ er eine Ansprache an sein Volk, hinweisend auf das spätere Reichbündniß und die Reichsverfassung. Der König sagte: „er habe in Verbindung mit den größeren deutschen Staaten auf Grund der Reichsverfassung eine Verfassung entworfen, welche die Einheit Deutschlands, die Exekutivgewalt durch gemeinsame Vertretung nach Außen und die Freiheit durch Volksvertretung mit gesetzgebender Befugniß sichere“. Der Schluß lautete: „nur der Wahnsinn oder die Lüge kann solchen Thatfachen gegenüber die Behauptung wagen, daß ich die Sache der deutschen Einheit aufgegeben, daß ich meinen früheren Ueberzeugungen und Zusicherungen untreu geworden sei!“ — nur der Wahnsinn und die Lüge!

Und es war am 30. Mai d. J., am Tage vor der Enthüllung des Denkmals des großen Friedrichs, da erschien ein Ministerialreskript, dahin lautend, daß die ständische Gliederung, also der Gegensatz der Konstitution, wieder eingeführt werden solle, vorläufig nur zur Regulirung der Einkommensteuer, allein mit fester Aussicht auf definitive Einführung.

Meine Herren Geschworenen! setzen Sie diese vier Thatfachen als Motto über das, was ich Ihnen noch ferner zu sagen habe.

In jener Zeit, in jenem Frühjahr, in jenem schwarz-roth-goldenen März, da dachte freilich noch Niemand an das, was geschehen sollte, da waren die Herzen noch weit und glühten noch für ein einiges, großes Vaterland, und von allen Dächern, aus allen Fenstern wehte die schwarz-roth-goldene Fahne, und

die Fürsten, sie beugten sich vor dem Ruf des Vorparlaments, wählten die Vertreter der deutschen Nation ohne Ausnahme und sandten sie nach Frankfurt.

Und es war am 19. Mai 1848, da eröffnete der erste Präsident der ersten deutschen Nationalversammlung, Heinrich von Gagern, das Parlament mit der Proklamation der Souveränität der deutschen Nation. Es war ein großer welthistorischer Moment; die weiten Räume der Paulskirche hallten wieder von unendlichem Jubel. Zum ersten Mal war ein großes, herrliches Volk aufgestanden, sich erhebend aus altem Schmutz und tiefer Erniedrigung, zum ersten Mal war ein großes, herrliches Volk hinausgetreten auf den Platz, wo freie Völker wohnen, wo freie Völker ihrer Entwicklung entgegensehen! Aber es war nur Traum. Die Männer, welche zusammenkamen in Frankfurt, hatten ihre Aufgabe nicht erfasst. Sie glaubten, die alten Gewalten seien todt; sie glaubten, man müsse das Volk zurückhalten, und, wie ein geistreicher Abgeordneter sich ausdrückte, sie versöhnten nach oben und traten nach unten, statt umgekehrt, nach oben zu schlagen und nach unten zu versöhnen. Und da erhoben sich allmählig wieder die Gewalten, welche jetzt in unserm schönen Vaterlande so herrlich hausen. Es kam die Zeit der Prüfung, es kam die Frage: ist die Nationalversammlung souverän? — die Rüge des Waffenstillstandes von Malmö. Nicht die schimpflichen Bedingungen mit einem kleinen Staate eingegangen, nicht die Schmach, daß die Dänen über diesen Waffenstillstand einen Triumph feiern konnten, nein, die Frage war die: ob ein König einseitig ohne die Nationalversammlung Krieg und Frieden schließen dürfe. Es war damals, wo Dahlmann am 24. September von der Tribüne rief, — Dahlmann, kein Demokrat, ein deutscher Professor, aber ein ehrlicher Mann: — „Unterwerfen wir uns bei der ersten Prüfung, welche uns naht, den Mächten des Auslandes gegenüber, dann, meine Herren, werden sie Ihr ehemals so stolzes Haupt nie wieder erheben — denken Sie an meine Worte — nie!“ Aber man beugte sich, man beugte sich — und hatte damit Grund und Boden verloren. Alles, was später folgte, war

einfach nur Folgerung dessen, was an jenem Tage geschehen war. Was später geschah, es ist Ihnen bekannt in der Geschichte jener Partei, die man die Gothaer nannte, jener Partei, die Vieles gelernt, Vieles geredet hatte, aber nur einen Grundsatz nicht kannte, den einen Grundsatz, daß in politischen Dingen nur da das Recht ist, wo die Gewalt sich befindet. Das hatte sie nicht begriffen. Sie verachtete den Schoder'schen Antrag auf Bewaffnung des Parlaments, auf Herstellung eines Reichsheeres, sie lehnte alle Anträge, die dahin gingen, ab, sie begnügte sich, einen Reichsminister zu machen, ohne ein Reichsvolk, einen Reichsschatzmeister ohne Kasse, einem Reichskriegsminister ohne Heer, und überall war, was sie that, nur das Zeichen der Schwäche, nur der Beweis, daß sie nicht wagte, mit den entgegenstehenden Gewalten zu brechen. Als Wien brannte, lehnte sie alle Dringlichkeits-Anträge ab und begnügte sich, Herrn Mosle und Welcker zu schicken, welche, statt in das feindliche Lager, zu der schwarzgelben Kamarilla nach Olmütz gingen, sehr feine Dinners und zuletzt sehr gnädige Fußtritte erhielten. Nach Berlin sandte sie Wassefmann, den Gestaltenseher, welcher in Fieberträumen phantasierte, um in Frankfurt schreckliche Berichte über Blößen, Warte und rothe Plakate abzustatten. Nach Paris sandte sie Herrn v. Raumer, den lobrednerischen Geschichtsschreiber, der beim Diktator Cavaignac zur Kaffeewisite war und nicht anerkannt wurde als Gesandter des deutschen Volks. Nach langen Mühen war die Reichsverfassung zu Stande gekommen, und die großen Männer in Frankfurt setzten Gut und Blut ein — auf dem Papiere (lange Heiterkeit unter den Zuhörern) — und gelobten einzustehen für die Reichsverfassung, für Deutschland. Herr v. Gagern zuckte die gewaltigen Brauen und sagte: ich gehe zur Noth, wenn es sein muß, bis zum Konvent. Er ging aber nicht bis zum Konvent, auch nicht hinein (laute Heiterkeit), sondern nach Bremen und sprach dort bei den Freuden des Wahls: ich habe am 19. Mai nicht die Volkssouveränität, sondern die Nationalsouveränität gemeint. Er ging nach Gotha und sprach: es sei ganz gut, daß die Fürsten die Reichsverfassung nicht aner-

kennen wollten, sie sei zu frei; und nachher hat er sich verloren in den Kriegsbureau zu Schleswig-Holstein. Der Reichsverweser hatte am 13. Juli geschworen — der Reichsverweser, gewählt durch den kühnen Gagnon'schen Mißgriff — die Reichsverfassung hoch zu halten und zu beschützen, gegen wen es auch sei, zum Ruhme und zur Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes. Und der Tag kam heran; man forderte ihn auf, die Reichsverfassung hoch zu halten bei seinem Schwure, nicht zu dulden, daß die Reichsverfassung von oben durch rebellische Fürsten angegriffen werde. Da sagte der Herr Reichsverweser: Das sind Principien, handeln Sie nach den Ihrigen und ich nach den meinigen. (Heiterkeit.) Und Preußen sagte seinen Beamten in Frankfurt, wenn ihr nicht kommt, erhaltet ihr keinen Gehalt mehr; — und Deutschland mußte die Schande erleben, die tiefe Schmach, welche das Blut in die Wangen treibt, daß die Vertreter des deutschen Volkes einer nach dem andern ihre Stelle verließen und das Parlament zu einem Bruch machten. Da kam die Krisis: der Rest des Parlaments wandte sich nach Stuttgart, faßte Beschlüsse, und wurde zuletzt durch deutsche Soldaten, durch die Bajonette des Herrn Römer auseinander gesagt.

Das war das Ende des deutschen Parlaments! — Es waren nicht die schlechtesten Söhne des Vaterlandes, die in Stuttgart tagten; — sie konnten voraussehen, daß ihr Beginnen vergebens war, aber sie sagten: „lieber ehrenvoll untergehen, als mit Schande leben!“ Sie sind hinausgetrieben aus Deutschland, sie irren umher in fremden Ländern, in Kummer und Noth; — einige sind erschossen, ruhen in kühler Erde; — die Anderen hat man eingekerkert, zum Spulrade verdammt und zur schimpflichen Arbeit! — Es sind aber doch nicht die schlechtesten Söhne des Vaterlandes, und die Geschichte wird ihnen einen Immortellenkranz auf's Grab legen! — Auf den Grabstein der Gothaer wird sie schreiben: sie waren sehr gelehrte Leute, sie hatten die Staatsverfassungen Roms und Griechenlands studirt, die Sterne am Himmel und die Thiere in jedem Wassertropfen gezählt, sie konnten Hieroglyphen, Runen und Keilschrift

lesen; aber zwei Dinge fehlten ihnen — Energie und schlichter Menschenverstand.

Was war inzwischen, während dieses Verlaufs der deutschen Geschichte in Frankfurt, in andern Staaten geschehen? Die Sachen sind bekannt. Sie wissen, wie der große Schwarzenberg in Kremfier gehandelt, wie Wien damals sich widersetzt hatte der schwarz-gelben Kamarilla, wie es endlich niedergeworfen wurde durch die Kroaten und Panduren, wie die Hauptstadt des Kaisers — ein Trümmerhaufe da lag, — wie Ungarn niedergemetzelt wurde, und wie in Arad der Henker sein Fest feierte! —

Das Alles wissen Sie.

Wir haben es hauptsächlich mit Preußen zu thun, und in Preußen hatte der Märzminister, der Schild der Dynastie, wie er sich nannte, Camphausen regiert, und am Tage der Junischlacht, am 25. Juni, machte er dem Ministerium Auerwald - Hansemann, den Vätern der Schmetterlinge der Volksfreiheit, der Konstabler, Blag, und ihm folgte das Ministerium der That, Pfuel, und nach diesem Ministerium trat endlich das Ministerium, welches noch jetzt die deutschen Geschicke beherrscht, das Ministerium Brandenburg - Manteuffel auf den Schauplay. Alle die Ministerien, welche vorhergegangen waren, hatten die Aufgabe, oder sollten sie haben, die Volksrechte in's Leben zu führen — Alles, wonach das deutsche Volk sich seit Jahren gelehnt, zu verwirklichen. Sie hatten es nicht vollbringen können. — Aber das Ministerium Brandenburg - Manteuffel handelte nicht im Interesse des Volkes, sondern im Interesse der Dynastie und der Reaktion — und das Ministerium erreichte seinen Zweck mit Hilfe des herrlichen Kriegsheeres, kommandirt durch den Major-Domus Brangel. Und als alle diese Zwecke erreicht waren, wurde die Politik und die Macht des Vaterlandes bis zu dem herrlichen Punkte gehoben, auf welchem sie jetzt steht.

Herr v. Lepel, der Gesandte von Hessen-Darmstadt hatte gleich nach den Märztagen ein frommes Gebet zum Himmel geschickt, ein Memorandum vom 15. Mai, — ich kann es ihnen nicht vorenthalten, es ist wirklich zu schön:

„Gebe der Himmel nur“, so betete damals der fromme Mann, „daß der Nationalversammlung von sonst Niemandem, wie von den Regierungen Gewalt angethan werde! Diejenigen, welche beständig das Phantom der Reaktion heraufbeschwören, glauben am Allerwenigsten daran; sie wissen, daß an Reaktion von Seiten der Regierungen nicht zu denken ist.“ — (Heiterkeit.)

So betete der fromme Mann. Der Minister Schmerling war aufgetreten mit dem edlen Gagern, dem Manne, der bis an den Konvent gehen wollte, und hielt an demselben Tage, an welchem der Reichsverweser sein Amt angetreten hatte, folgende Rede in der Versammlung, und diese Rede wird Ihnen einen rothen Faden in der Geschichte geben, Sie werden kennen lernen, wie das deutsche Volk betrogen worden ist, wie fast nie ein anderes Volk auf dieser Erde! — Sie werden dann die Frage entscheiden können, ob diese Artikel hier Wahrheit enthalten, oder ob sie Kriminalverbrechen sind. Herr v. Schmerling sprach am 15. Mai:

„Die Bemühung, den Frieden in Deutschland zu erhalten, hat ihre Grenze. Nie werden die Rätke der Centralgewalt zugehen, daß die Ehre, das heiligste Recht des unabhängigen Deutschlands gefährdet und bedrohet werde; es möge die Gefahr nur herkommen. Wir würden dann die Ersten sein, die der Centralgewalt den Rath mit der vollen Kraft der Verantwortlichkeit ertheilen würden, solche Gefährdung zurückzuweisen mit der ganzen Kraft des deutschen Heeres und des deutschen Volkes. Wir sind über den endlichen Ausgang einer solchen Maßregel, die wir empfehlen, unbekümmert, wir sind überzeugt, daß das deutsche Heer und das deutsche Volk, jenes Volk, das nur für das wiedergeborene einige Vaterland zu kämpfen hat, das für die Freiheit zu kämpfen hat, zu siegen wissen wird. Dies sind die Grundsätze, die wir uns heilig gelobt haben zu halten, die wir halten werden. Wir werden unsere Kräfte dem Wohle und Gedeihen unseres schönen Vaterlandes widmen.“

Es ist derselbe Schmerling, dem am 23. März 1849

von der Tribüne herab erklärt wurde, daß er gesagt, er wolle einmal hingehen zu den preussischen Vertretern, sie würden nun mürbe genug sein, um zu oktroyiren. So stand die Sache bis zur Auflösung der Nationalversammlung. Der König von Preußen hatte eine andere Einheit versprochen: — „die Union!“ Obwohl 28 Regierungen es gelobt hatten, zur Reichsverfassung zu stehen, obwohl auch unsere Regierung und Stände es gelobt hatten, in feierlicher Weise, — der König von Preußen versuchte es doch, eine Union zu Stande zu bringen und es gelang. Es bildete sich freilich auf der einen Seite ein Vier-Königsbündniß mit Oesterreich, aber es traten auch auf der anderen Seite, um das Mögliche zu erreichen (denn es herrschte damals die Politik der Möglichkeiten), die anderen Regierungen zur Union zusammen. Es war Grundgesetz der Union, daß jeder Staat, der ihr beigetreten war, bei derselben verharren müsse. Wir werden es sehen, wie später Preußen sein Wort hielt. Wir wissen aber auch, wie die Sache verlief; wir haben es gesehen, wie Ende März 1850 das s. g. deutsche Parlament in Erfurt zusammen gekommen war; — wir haben es gesehen, wie die Vertreter des deutschen Volkes, die Herren Manteuffel, Radowiz und Brandenburg, mit der feinen Hoffnung nach Erfurt gingen, durch Verhandlungen die wenigen Rechte des deutschen Volkes, die noch geblieben waren, wegzudisputiren und wegzuparlamentiren, und wie ihnen die En bloc-Akklamation in die Quere kam. Da sah die Welt das staunenswerthe Ereigniß, daß die Herren Manteuffel, Radowiz und Brandenburg gegen ihre eigene Vorlage stimmten. Dem Epös des Vorparlaments folgte die Tragödie in Frankfurt und die Komödie zu Gotha; das Ganze endete mit der Pöffe in Erfurt.

Wir nähern uns dem Schauplatz der gegenwärtigen Artikel.

Der Bundestag war im Jahre 1848 verendet. Durch seine Beschlüsse vom 30. März und 7. April hatte er anerkannt: — eine Nationalversammlung mit konstituirender Kraft, also eine neue Macht in Deutschland, welche beschließen sollte zwischen Fürst und Volk, also auch beschließen sollte über das künftige



Bestehen des Bundestags. Der Artikel 13 des Gesetzes vom 28. Juni 1848, über die Bildung der Centralgewalt, bestimmte: Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der Centralgewalt hört der Bundestag auf. Am 13. Juli war die Centralgewalt in's Leben getreten, war folglich der Bundestag gestorben. Es war ein unnützer Akt, wenn in der Sitzung vom 12. Juli dieser Bundestag seine Macht dem Reichsverweser übergab; der Bundestag war todt, und Leichen können Nichts mehr übergeben.

In Erfurt erklärte Herr v. Radowitz, die Union dürfe Nichts enthalten, was der Bundesverfassung entgegen sei. Der große Staatskünstler trat als Geißerbanner auf, er rief das Gespenst aus dem Grabe; es erhob sich und erhielt wieder Geltung. Sitz und Stimme in Deutschland, derselbe Bundestag, von dem sogar Herr Bassermann, der Gestaltenseher, 1847 gesagt hatte, daß er über Deutschland 30 Jahre gelaftet habe, wie eine gewitter-schwangere Wolke. Wir nähern uns dem Schauplaze, auf welchem sich diese Artikel bewegen. Sie umfassen die Zeit vom 2. Oktober 1850 bis zum 5. März 1851 — eine kurze, kurze Spanne Zeit und doch so reich an Schuld und Schande, wie selten ein Volk sie gesehen — so gefüllt mit Schmach, daß man das Wort an sich halten muß, um nicht die nöthigen Schranken zu überspringen!

Es sind verschiedene Fragen, welche diese Artikel besprechen, es ist die hessische Frage, es ist die preussische Politik, es ist die Stellung Deutschlands zum weißen Czar. Wissen Sie, was in Hessen vorgegangen ist? Wir müssen aber hier, wenn wir den Boden dieser Artikel betreten, Schritt vor Schritt gehen, wir müssen das unerquickliche Geschäft über uns nehmen, noch einmal diesen herben Becher zu leeren.

Es war am 23. Februar 1851, als der kurhessische Landesvater sein Ministerium Eberhard entließ, das März-Ministerium, und Herrn Hassenpflug zu sich rief. Herrn Hassenpflug, der schon in früherer Zeit, im Jahre 1836, wenn ich nicht irre, gelaftet hatte wie ein Fluch auf dem hessischen Lande. Er fing seine Rolle damit an, daß er die Union und den f. g. frankfur-

ter Bundestag zu gleicher Zeit beschickte. Er löste die Ständeversammlung am 11. Juni auf, weil sie, wie verfassungswidrig ihr zugemuthet wurde, die Verwendung von 640,000 Thlrn. aus Landemien und ähnlichen Geldern nicht bewilligen wollte. Die neue Ständeverversammlung kam im August zusammen. Herr Hassenpflug legte der Versammlung kein Budget vor; wider den klaren Buchstaben des Gesetzes, wider die klaren Bestimmungen der Verfassung verlangte er, daß die Stände die Staats-Einnahmen und Ausgaben verwilligen sollten ohne eine Uebersicht der Staats-Ausgaben und Einnahmen. Die Männer hatten geschworen, hatten einen Eid geleistet, und man verlangte von ihnen, daß sie wider ihren Eid die Verfassung verlegen sollten. Man weigerte sich, und es kam die berühmte Sitzung vom 31. August 1850 — merken Sie sich diesen Tag, meine Herren, er ist bemerkenswerth in der deutschen Geschichte, — da beschloßen die Stände, die Steuern für die drei folgenden Monate nicht zu verwilligen. Herr Hassenpflug löste am 1. September die Ständeverversammlung auf und am 4. September desselben Jahres erließ er einseitig eine Steuerverordnung, in welcher wider den Willen des hessischen Volkes, trotz der Verweigerung der Ständeverversammlung, kurz gesagt wurde, die Steuern sollten auf dem Verwaltungswege dennoch erhoben werden. Das war ein schwerer Verfassungsbruch, ein Attentat gegen die heiligsten Rechte, gegen die heiligsten Staatseinrichtungen. Der ständische Ausschuß, vertreten durch den würdigen Schwarzenberg, protestirte gegen diese Verhöhnung des Rechts und erklärte nach §. 61 der Staatsverfassung, daß diejenigen Beamten Hochverräther wären, welche diesen Forderungen Folge leisteten. Die Behörden des Landes, an ihrer Spitze fünf Obergerichte des hessischen Landes, erklärten sich für den ständischen Ausschuß; die höchsten Gerichtsbehörden erkannten an, daß hier ein Verfassungsbruch vorliege, daß das Recht mit Füßen getreten sei. Was that Herr v. Hassenpflug? er beugte sich, er erkannte an, daß er das Recht zu verlegen versucht habe? Nein, meine Herren Geschworenen, er ersann ein neues Stück, wie soll ich sagen, eine neue Machination. In der Nacht vom

7. auf den 8. September, in der Nacht, in dem Dunkel des Abends, — man scheuete sich offen zu handeln, — traten die Agenten des Herrn Hassenpflug in die Straßen und klebten ein Plakat an, welches verkündete, das ganze heßische Land sei in Kriegszustand erklärt. Meine Herren Geschworenen! Wir haben keinen besseren, biederern Volksstamm, als den heßischen; das ganze Land lag in tiefem Frieden. Es hatte sich kein Kra-  
wall, keine Unruhe gezeigt; nur wollte das Volk, daß man ihm sein gutes Recht nicht ganz zu Boden schlagen möge. Das Volk war zu dem Stadium gekommen, wo es ein Recht hat, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, wo die Majestät des Volkes sich erheben darf, wo es kein Verbrechen ist, Volks-  
ehre und Volkeshmacht mit den Waffen zu schützen.

Das heßische Volk schlug den friedlichen Weg ein, es betrat die Bahn des passiven Widerstandes. In Folge des Belagerungs-  
zustandes waren die Presse, das Vereinsrecht, alle Behörden unter das Kriegerecht gestellt. Am 9. drang man in die Druckereien der „Hornisse“ und der „Neuen heßischen Zeitung.“ Die Ver-  
legten wandten sich an die Gerichte; sie gaben die Pressen frei, und am 16. wurde der Polizeikommissär Müller, ein Agent Hassenpflug's, wegen Verfassungsbruches angeklagt und in das Ge-  
fängniß geworfen. So hatte das Recht scheinbar gesiegt. Aber die Künste des Herrn Hassenpflug waren noch nicht zu Ende. Bei Nacht und Nebel verließ er Kassel und eilte nach Wilhelms-  
bad mit seinem Kurfürsten, dem armen verrathenen Manne. Von da wandte er sich an den Bundestag. Seit dem 1. September nämlich hatten auf österreichisches Geheiß verschiedene Regierungen sich in Frankfurt zusammen gefunden, Gesandte der Könige von  
Württemberg, Baiern &c., und hielten dort Konferenzen. Der Bundestag war todt; sie nannten sich aber Bundestag. Auf der  
andern Seite wurden sie richtiger Eschenheimer-Gassen-Klub ge-  
nannt. Er wandte sich an diesen sogenannten Bundestag, und dieser erklärte: er werde alle — meine Herren Geschworenen,  
merken Sie sich diesen Ausspruch des sogenannten Bundestags,  
er wird eine Nichtschmur sein für künftige Fälle — nach dem, was

in Hessen vorgegangen war, erklärte der sogenannte Bundestag, er wolle alle zur Sicherheit und Herstellung des gesetzlichen Zustandes erforderlichen Anordnungen treffen. — er wolle alle Anordnungen treffen zur Herstellung des gesetzlichen Zustandes! Was wäre das einfache Mittel gewesen, den gesetzlichen Zustand herzustellen? Das einfache Mittel war: den Verräther des Landes in Ketten zu werfen und ihn anzuklagen wegen Hochverrath an dem hessischen Volke! So verstand der Bundestag die Herstellung des gesetzlichen Zustandes nicht; wir werden es weiter sehen, wie er diese Herstellung verstand. Der ständische Ausschuss erklärte, er könne den Bundestag nicht anerkennen, derselbe sei untergegangen im Sturme der Zeit, es bedürfe erst der Zustimmung des hessischen Volkes, ehe von einer solchen Versammlung die Rede sein könne. Von Berlin flogen damals die ersten preussischen Noten in das Land. Am 28. September war der erste Versuch einer Herstellung des gesetzlichen Zustandes gemacht, der alte Hahnau zum Kommandanten des Kriegszustandes ernannt und letzterer verschärft. Hören Sie es, meine Herren Geschworenen, alle in dieser Angelegenheit ergangenen Erkenntnisse der Gerichte wurden für unwirksam erklärt und alle Behörden, selbst die Gerichtsbehörden, unter das Kriegsgericht gestellt. Es ist in der Welt schon sehr viel Unrecht vorgekommen, sehr viele Schandthaten sind verübt worden, aber mir ist kaum ein Faktum in der Geschichte bekannt, das diesem an die Seite zu stellen wäre; selbst die Barbarenhorden, selbst ein Botokude achtet zuletzt ein Recht! Es giebt einen Drang in der Brust eines jeden Menschen, daß, was einmal für Recht erkannt ist, auch Recht bleibe. Es gehört viel dazu, wenn die oberste Behörde eines Landes sagt: ich zerreiße die Sprüche des Rechts, sie sollen unwirksam sein! Der ständische Ausschuss sagte damals in einem Protest:

So ist durch die Verordnung vom 28. d. M. Alles zerstört, was der Rechtsinn hessischer Fürsten für die Sicherheit der Personen und des Eigenthums, für die Unabhängigkeit und die Würde der ordentlichen Gerichte, für die Einschränkung

und Beseitigung unnatürlicher Ausnahmestände seit 100 Jahren gewirkt hatte; zerstört sind die wichtigsten und theuersten Rechte, welche das Land mit der Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831 gewonnen hatte. Recht und Gerechtigkeit sollen sich dem unverhüllten Despotismus beugen.

Wir aber erheben feierlichen Einspruch gegen diesen ärgsten Angriff auf Verfassung und Recht, auf Person und Eigenthum, Freiheit und Ehre unserer Mitbürger.

Am 30. September wurde diesem Aufruf durch Einsetzung eines Kriegsgerichts geantwortet, eines Kriegsgerichtes, welches so urtheilen sollte, wie nach der Kriegsverfassung über gemeine Soldaten geurtheilt wird. Sie wissen, meine Herren Geschworenen, alle Behörden sollten unter dem Kriegsgerichte stehen, und gemeine heßische Soldaten sollten jetzt urtheilen über die höchsten Gerichtsbehörden des Landes; ob sie gefrevelt hätten am Rechte, das sollte ein gemeiner Soldat beurtheilen. Das nannte der Bundestag Herstellung des geseglichen Zustandes! Es erhob sich ein allgemeiner Auf des Entzens in diesem Volkstamme, Hahnau wurde bei der höchsten Militärbehörde, dem Generalauditorat, des Hochverraths angeklagt, des Mißbrauches der Gewalt; die Anklage wurde genehmigt. Am 9. Oktober 1850 nahmen sämtliche heßische Offiziere ihre Entlassung.

Der 11. Oktober ist ebenfalls ein denkwürdiger Tag in der Geschichte, ein denkwürdiger Tag, weil damals neue Schirm- und Schutzwehren für das große deutsche Vaterland geschaffen wurden zu Bregenz. Dort kamen zusammen der Kaiser von Oesterreich, die Könige von Baiern und Würtemberg. Sie betasteten den Kaiser als deutschen Kaiser und beschlossen namentlich, wie der heßische Zustand wieder hergestellt werden solle. Er sollte wieder hergestellt werden durch 200.000 Bajonnette, und Oesterreich versprach 150.000, Baiern 30.000, Würtemberg 20.000 zu stellen. Von Bregenz nahm der sogenannte Bundestag seine Maßregeln; Herr von Hassenpflug, der würdige Mann, wendete sich am 15. September dorthin, und am 25. Oktober 1850 wurde die Exekution gegen Kurhessen beschlossen, — die Exekution! weshalb?

weil das Recht von Hassenpflug niedergetreten war! Am 1. November rückte die Exekution von 5000 Mann Baiern in Hessen ein. Die Behörden weigerten sich, das Unrecht für Recht zu erkennen, sie weigerten sich, ihr eigenes Recht mit Füßen zu treten. Und man erfand ein sehr einfaches Mittel, das sich auch praktisch zeigte in der Folge, ein Mittel, welches vielleicht noch in der Zukunft Nachahmung erleiden wird: man legte den obersten Gerichtsräthen 10 bis 20 Mann Exekution in's Quartier, und das so lange, bis die Richter nachgaben. Das ist allerdings ein sehr wirksames Mittel, um den gesetzlichen Zustand wieder herzustellen! (Heiterkeit). Auf diese, man möchte sagen, kannibalische Weise wurde das Recht bezwungen. Die Behörden fügten sich. Noch gestern hat Ihnen mein Freund Aronheim von einem Fall erzählt, welcher beim Obergericht v. Urff in Rotenburg vorging. Der Arzt sagte: es dürfe Niemand zu dem Kranken, und dennoch drangen drei Mann zu seinem Krankenlager und fragten: ob er die Steuern erheben wolle? — sonst blieben sie da. Auf diese Weise stellte man den gesetzlichen Zustand wieder her. Am 15. December rückte endlich das bayerische Heer in Kassel ein. Die Behörden von Kassel wurden eben so durch Straßbairern gezwungen. Am längsten hielt sich der Stadtrath. Allein auch dieser beugte sich am 8. Januar d. J., weil ihm Herr Weucker, der Kommissär Preußens, gesagt hatte, daß, wenn er sich füge, das Exekutionsheer die Stadt wieder verlassen werde. Aber das Heer verließ die Stadt nicht, vielmehr setzte Herr v. Leiningen wiederum ein Kriegsgericht ein, welches nach Art des früheren urtheilen sollte über die höchsten Autoritäten des Landes. Es wurde Ernst damit gemacht. Die Männer des ständischen Ausschusses, die Herren Schwarzenberg, Henkel, Wahrhoffer und der Bürgermeister Hartwig wurden verhaftet; es ward ihnen der Prozeß gemacht als Landesverräthern, und noch schweben mehrere dieser Prozesse. Herr v. Leiningen benahm sich ganz als Diktator von Hessen. Es mußten die Stände wieder einberufen werden, Herr Hassenpflug wandte sich an ihn, und die Wahlen wurden verboten. So triumphirte allmählig die rohe Gewalt in

Kurfürsten. Die Landesvertreter auseinandergejagt, die Steuern willkürlich erhoben, das Recht zu Boden getreten, die Richter des Landes der Soldatenwillkür Preis gegeben, alle Behörden unter das Kriegsgesetz gestellt, die Wahlen unterdrückt, das Land von fremden Truppen überschwemmt, dem Landmanne zuletzt sein Saat Korn aufgezehrt, ein gesunder kräftiger Volksstamm durch scheußliche Seuchen verpestet, die ganze Bevölkerung dem äußern Feinde überliefert, ausgelogen und ausgemergelt — das ist der gesegnete Zustand des heßlichen Landes!!

Und da soll die Presse schweigen, die Stimme der Nation verhallen! — Wenn das sein soll, dann möge der deutsche Name ausgestrichen werden aus dem Buche der Geschichte, dann ist das Hohngelächter des Auslandes gerecht, dann mögen die Horden von Osten hereinbrechen und das ehrvergeßene Geschlecht von der Erde vertilgen!!

Wenn man solche Thatfachen erzählt, dann, meine Herren Geschworenen, werden diese Thatfachen allerdings Mißvergügen erwecken, sie können zu Aufreizungen Veranlassung geben; ob aber ein Kriminalverbrechen dadurch begangen werde, wenn man dergleichen ungeschminkt erzählt, das ist eine andere Frage. Wer weiß, ob nicht auch ich wegen meiner Worte hier in Anklagezustand versetzt werde! (Heiterkeit unter den Zuhörern.) Ich stehe ruhig auf meinem Posten, ich werde kein Wort der Wahrheit, kein Wort der Geschichte verschweigen.

Was that die Großmacht Preußen, was that Oesterreich dem gegenüber? Um uns die Situation klar zu machen, müssen wir zweierlei in's Auge fassen: die Politik Oesterreich's und die Politik Preußen's. Die Geschichte Preußen's lenkte Herr v. Manteuffel, welcher von einer Idee ganz und gar befangen, total von ihr eingenommen war; er konnte nicht absehen von ihr und wurde blind für alle übrigen Fragen. Er meinte, er müsse den Gottesgnaden-Schild des Königthums wieder rein waschen von der Schande der Revolution, er mußte brechen mit ihr, herstellen die Dynastie in ihrer unbefleckten Herrlichkeit. Ich will nicht so weit gehen, wie manche, die ihn zum Verräther stempeln. Ich

will nur sagen, er war von dieser Gottesgnadenidee ganz und gar eingenommen. Ihm gegenüber stand Herr v. Schwarzenberg, ein großer Mann, eben so schlau wie der berühmte Metternich, nur kühner und schneller in der Ausführung. Der wollte auch die Revolution niederwerfen, er wollte auch, was das deutsche Volk gethan und errichtet hatte seit 1848, vernichten bis auf die letzte Spur. Allein er ging noch einen Schritt weiter, er sagte: Preußen ist der erste protestantische Staat, Preußen ist der Nebenbuhler Oesterreichs, Preußen hat uns Schlessen genommen und soll es wo möglich wieder hergeben. Daher wollen wir die Revolution, aber mit ihr auch Preußen niederwerfen; — Preußen, die Vorhut des Protestantismus, die Vorhut der Freiheit des Geistes in Deutschland muß niedergeworfen werden, damit das schwarz-gelbe Banner sich ohne Furcht und Zagen ausbreiten könne. Es war ein kühner, ein gewaltiger Plan. Wir können trauern darüber, daß er so gelungen; denn wir dürfen uns nicht verhehlen: der preußische Volksstamm ist der Stamm, der unser Vaterland zu seiner künftigen Größe führen muß — und die Größe wird kommen! Wir können trauern, wenn das schwarz-weiße Banner sich beugen muß vor dem schwarz-gelben, wir können trauern, wenn die preußische Ehre in den Staub getreten wird; der Schmerz sollte jeden Vaterlandsfreund niederbeugen, die Herzen empfänglich machen für deutsche Ehre, für deutsche Freiheit, damit endlich das schwarz-roth-goldene Banner zu Ehren gelange.

Herr v. Manteuffel merkte Nichts von dem Kriegsplane Oesterreich's, er war ganz ruhig mit seinem Kriegsminister, dem Herrn v. Stockhausen. Anfangs September, als sich die österreichischen Truppen in Böhmen in Bewegung setzten, war Herr v. Stockhausen sehr gemüthlich; er entließ die Reserven des Heeres, und reducirte die preußische Armee auf ein Drittel. Als die Tage zu Bregenz am 11. Oktober gewesen waren, als immer gebieterischer bei dem Fortgang der Geschichte die Mobilisirung verlangt wurde, so widersetzte sich Herr Manteuffel und meinte: nein, wir wollen nicht mobilisiren, und Herr Stockhausen sagte: es wäre ein brutaler Angriff auf Oesterreich! Also als die öster-



reichlichen Truppen auf allen Straßen herandrangen, als der Stab in Gefahr gerieth, da meinte Herr v. Stockhausen, es sei ein brutaler Angriff gewesen! Am 6. Novbr., als Radomitz abgetreten war, wurde freilich die Mobilisirung beschlossen; damit diese aber zu keinem Irrthum Veranlassung geben könne, wendete sich der Herr v. Manteuffel an Hrn. v. Schwarzenberg mit der Bitte, er möge sich weiter nur nicht geniren wegen der Mobilisirung, die Geschichte sei nur zur Beruhigung der öffentlichen Meinung. Während Oesterreich auf Preußen eindrang, da machte Herr v. Manteuffel Demonstrationen.

Von Oesterreich wurde die kurhessische Frage bei dem Plane gegen Preußen vorgeschoben. Preußen hatte sich in seinen Notizen vom September wiederholt dahin erklärt: wir räumen Kurhessen nicht, wir werden das kurhessische Volk schützen in seinem Rechte, wir werden dafür sorgen, daß das geschändete Recht wieder zu Ehren gelange. Schon am 3. November schrieb Herr v. Manteuffel, — hören Sie, meine Herren Geschworenen, — an Hrn. v. Schwarzenberg: Preußen werde sich der Intervention in Kurhessen nicht widersetzen. Schon damit unterwarf sich der Staat Friedrich's des Großen dem Herrscher im Osten. Herr v. Schwarzenberg begriff die Situation wohl, er begriff wohl, daß Hr. v. Manteuffel es mit den Rechten des kurhessischen Volkes nicht ernstlich meinte, daß er nichts beabsichtige, als die alte Dynastie wieder herzustellen; daß er nicht daran dachte, das hessische Volk in seinem Rechte zu schützen; denn woher haben Völker überhaupt Rechte! ist es nicht genug, daß sie die Existenz haben gegenüber dem Willen ihres Fürsten! Das war die Idee des Hrn. v. Manteuffel, und das mußte Hr. v. Schwarzenberg. Es wurden verschiedene Befehle an die preussischen Heere geschickt, die Herr von Bonin kommandirte. Drei Mal mußten sich die preussischen Truppen zurückziehen, alle Positionen wurden aufgegeben, so daß zuletzt Hr. v. Bonin ausrief: „Ich wollte, ich hätte 5000 Mann Baiern mehr vor mir und keine Telegraphen hinter mir.“ So ging es fort, bis Hr. von Manteuffel die kostbare Idee der Etappenstraße erfand. Das

war die Wahrung des heftigen Rechtszustandes! Allein Herr v. Schwarzenberg war noch nicht befriedigt, denn er kannte seinen Gegner. Am 25. November erklärte Herr v. Prokesch, der österreichische Gesandte in Berlin, Preußen solle binnen 24 Stunden Hessen räumen. Was that die Großmacht Preußen, was erwiderte sie auf diese Befleckung des deutschen Namens? sie sandte dem Gesandten sofort die Pässe zu, sie erhob ihr herrliches Kriegsheer, um diesen Zumuthungen entgegen zu treten? — Nein, etwas Neues, etwas Unerhörtes geschah! — Herr v. Manteuffel schrieb an Hrn. v. Schwarzenberg: er bat um eine Konferenz in Olmütz, er wolle gleich, ohne die Antwort Schwarzenbergs abzuwarten, nach Absendung dieses Schreibens nach Olmütz reisen. Der Lenker der preussischen Geschicke ging in des Feindes Land, nach Olmütz, ohne zu wissen, ob Schwarzenberg auch dorthin kommen würde. Die preussische Schmach wäre vollendet gewesen, wenn Schwarzenberg nicht gekommen wäre. Allein man muß dem Feinde goldne Brücken bauen. Schwarzenberg fand sich ein, und es entstand dort zu Olmütz die berühmte Konvention, dieses herrliche Stück am Himmel deutscher Geschichte. Preußen erklärte sich bereit, die Intervention in Kurhessen geschehen zu lassen, erklärte sich bereit, nach Schleswig-Holstein Kriegskommissäre zu schicken, demselben Schleswig-Holstein, welches früher durch seine Bajonette vertheidigt wurde, nach Schleswig-Holstein, um dort das rebellische dänische Regiment zu Ehren und Ansehen zu bringen. Wir werden noch berühren, wie dies herrlich und ruhmvoll vollbracht wurde. In Olmütz wurde also beschlossen, daß Hessen geräumt werde. In Kassel war inzwischen Hr. Peucker mit Hrn. Leiningen zusammen getroffen. Hr. Peucker legte der Kasseler Behörde eine Vollmacht vor, ausgestellt auf den Namen der sämtlichen Verbündeten der Union, und auf diese Vollmacht hin beugte sich das Obergericht in Kassel. Es fand sich später, daß die Vollmacht falsch war. Die Mitverbündeten waren nicht gefragt worden. Hr. Peucker war unschuldig; Hr. Manteuffel hatte eine falsche Vollmacht seinem Bevollmächtigten ausgestellt, die Mitverbündeten

waren nicht gefragt worden!!! Auf das Auffallendste wurde Hr. Becker von Hrn. v. Leiningen behandelt, — ich will mich keines trivialen Ausdrucks bedienen, wie er behandelt wurde, — aber Hr. v. Leiningen erklärte: ich erkenne keinen preussischen Kommissair an, ich bin hier im Namen des Bundestags, — so daß endlich der preussische Kommissair selbst staunte, und die Behörden es bedauerten, daß er eine so schmachvolle Rolle spielen mußte. Aber die Schmach war noch nicht erfüllt, die Schmach sollte noch weiter getrieben werden.

Schleswig-Holstein, armes, unglückliches, betrogenes Land!

Es hatte sich darauf verlassen, daß eine große mächtige Nation hinter ihm stände, daß es nicht sinken werde einem so kleinen Lande wie Dänemark gegenüber. Es war anders beschlossen. Als die Oesterreicher einrückten gegen den Norden, trotz dem, daß der Vertrag abgeschlossen war in Schleswig-Holstein, sie sollten nicht einrücken, — was that Hr. v. Manteuffel? Nicht wahr, er schickte Truppen hin, um sich dem Andrängen der Oesterreicher zu widersetzen? Seit Jahrhunderten hatte die Nordsee kein österreichisches Heer gesehen, es war unerhört, daß ein Theil dieser östlichen Macht sich einkleiden sollte in den nordischen protestantischen Staat! Was that Hr. v. Manteuffel? Die Oesterreicher konnten nicht über die Elbe kommen wegen des Eisganges. Was that Hr. v. Manteuffel? Er schickte von Berlin einen Train ab, damit er den Oesterreichern eine Brücke über die Elbe baue! Die Nachwelt wird es nicht glauben, wird sagen, es ist nicht möglich. Aber es ist geschehen, wir haben es erlebt!! Ich will Sie nicht ermüden mit den einzelnen Vorgängen, da die Artikel sie wenig berühren! Aber noch Eines muß ich Ihnen sagen: die deutsche Festung Rendsburg, das Kronenwerk von Rendsburg, ein anerkannt deutscher Platz, wurde unter klingendem Spiel, unter Beisein der Preußen, den dänischen Händen übergeben. Hr. v. Arnim, ein Aristokrat, aber wollte Gott, wir hätten mehr der Aristokraten, rief in seiner Rede vom 15. Februar: Das ist schlimmer, als Straßburg: Straßburg ging wohl auch im Frieden verloren, aber es ward

von einer Großmacht überfallen und weggenommen. Friedrichsort und Rendsburg sind gegen alle Politik und alles Recht und einem von einer Großmacht garantirten Vertrage zuwider ausgeliefert und hingeworfen worden.

Das ist die deutsche Politik, das ist die Ruhe und Ordnung, welche herrschen soll im deutschen Vaterland; und wenn vielleicht beim Aufzählen dieser Thatfachen, bei der Kritik dieser Zustände Unzufriedenheit erregt wird — dann reizt ihr auf und geht in's Zuchthaus! —

Glauben Sie, ich übertreibe, glauben Sie, die Schilderungen seien unwahr! Ich werde Ihnen die Worte Heinr. v. Arnim's mittheilen aus einer Rede vom 8. Jan. d. J., über diese Politik Preußens. Er sagt am Schluß:

„Meine Herren, lassen Sie es damit genug sein und lassen Sie mich hier schließen. Ich kann auch nicht weiter. Ich müßte Ihnen hier zeigen, was nach allem Diesem aus der preussischen Ehre und Unabhängigkeit geworden ist und ich fühle mich nicht mehr stark genug für diese Leichenschau. Ich habe für diese höchsten Güter des Vaterlandes in meiner Jugend gestritten und geblutet; ich habe sie nachher auf einem andern Felde nach Kräften zu wahren gesucht. Erlassen Sie einem alten preussischen Krieges- und Friedenskämpfer, unsere Todeswunden aufzudecken und die unrühmlichen Wahlstätten herzuzählen, wo wir sie empfangen. Ich müßte Sie über Warschau und Olmütz, wo dem Adler die Flügel geknickt wurden, in den Diplomaten-Klub zu Frankfurt führen, dessen Executionsbeschlüsse wir vollstrecken helfen, ohne sie mitbeschlossen zu haben; oder nach Hessen, wo wir bei unserer Demüthigung Svalier gebildet und vor unserer Schmach das Gewehr präsentirt haben; oder nach Holstein, wo unsere braven Truppen gezwungen werden sollen, an der Seite von Kroaten und Rothmänteln ihre Waffen gegen die deutschen Brüder zu kehren, die vor Kurzem noch ihre Waffenbrüder waren. Erlassen Sie mir auch, Ihnen die fremden Kabinette zu zeigen, in deren politischen Kalkül die Monarchie Friedrichs des Großen nur pro memoria figurirt. Es ist genug und schon zu viel! Ich will Sie nicht noch näher an den Rand des Abgrundes führen, wo Preußen und seine Ehre versunken liegen. Beklemmung ergreift jedes preussische Herz bei dem Blick in diese Tiefe. Denn der Abgrund ist tiefer, als er in den Jahren 1805 und 1806 war, Gangwitz ist übertroffen, und wir haben ein zweites Jena gehabt, schmachlicher als das erste,

weil man sich dort wenigstens geschlagen hatte. Wir sind unblutig und unrühmlich geschlagen worden, weil wir die Bereitschaft einer halben Million kampfbegieriger Truppen zu einer Demonstration benutzen, deren Eitelkeit man den Feind wissen ließ. Und wir werden im Frieden geschlagen und geknechtet werden, weil wir den Frieden um jeden Preis wollten. Und ebendeshwegen werden wir dennoch den Frieden nicht erhalten können. Unwürdige und verspätete Nachgiebigkeit hat noch nie den Sturm dauernd beschworen, weder den des Krieges, noch den der Revolution. Der eine oder der andere wird über das herabgewürdigte Vaterland kommen, vielleicht beide. Gott schütze Preußen in dieser letzten Krisis!

So spricht und hat gesprochen ein preussischer Aristokrat — aber ein preussischer Ehrenmann, ein Mann, der Gefühl hat für das, was Ehre heißt. Es braucht Niemand Demokrat zu sein, es braucht Niemand einer politischen Partei anzugehören, nur ein menschliches Gefühl braucht er im Busen zu haben, ein menschliches Mitgefühl für das Fleckchen Land, welches er Vaterland nennt, um zu empfinden, wie tief die deutsche Ehre gebrandmarkt wurde, wie die deutsche Ehre zum Spott des Auslandes geworden ist! — und da regt die Presse auf, da soll die Presse in's Buchthaus!

Noch einen Punkt muß ich berühren. Man könnte eine Majestätsbeleidigung darin finden, daß in den Artikeln von den deutschen Fürsten gesagt ist: ihr hängt von Rußland ab, der weiße Czar ist euer Oberherr, der giebt die Befehle, wie es sein soll! — Ist es nicht so? ist es anders? lesen Sie, — ich lasse Ihnen die Wahl — jedes Blatt der heutigen Zeit, ob nicht jeden Tag berichtet wird von Konferenzen zwischen den deutschen Mächten und Rußland, ob nicht jeden Tag berichtet wird, daß der Czar entschieden habe über die deutschen Geschicke, entschieden in Schleswig-Holstein, entschieden in Hessen, entschieden die Differenz zwischen Preußen und Oesterreich, entschieden überhaupt alle Fragen des deutschen Vaterlandes. Wimmeln nicht unsere Hauptstädte von russischen Agenten, wird nicht ein Theil unserer Presse beherrscht von russischem Golde, strömt nicht in den meisten Fürstenfamilien russisches Blut? — Kennen Sie. dieses

Rußland, wissen Sie, welches Recht die Presse hat, den Weheruf auszustoßen über diese östliche Macht? Haben Sie noch nicht gehört, welches Gesetz in Rußland herrscht? — das Gesetz der Knute, daß nur ein Wille gilt in dem weiten, weiten Reiche, der Wille des einen Mannes, der seine Geißel hinschleudert über die Völker! — Haben Sie noch nicht gehört von jenen öden, kalten Länderstrichen, in welchen die, welche es wagten, gegen diesen Willen, gegen dieses Knutengesetz anzukämpfen, hinausgeschleppt werden viele hunderte von Meilen, wo man die Körper frei läßt, wo aber die Geister verkümmern müssen, losgerissen von Allem, was lieb und theuer ist, losgerissen von den heiligsten Banden der Familie und der Freundschaft und hinausgestoßen in eine Wüste, die ihnen keine andere Aussicht läßt, als ein Leben voll Verzweiflung, keinen andern Trost, als den Selbstmord! — Haben Sie gehört von jenen giftigen Bergwerken, in welche verdammt wird, wer gegen den Willen des Fürsten zu denken wagt, wo sie vergehen müssen im Gifthauhe der verpesteten Dünste? — Haben Sie von einem Lande gehört, das Polen heißt? — Haben Sie gehört von Polen, gehört, wo über den todtten Städten, den öden Gefilden, dem Schweigen der Gräber der blutschimmernde majestätische Thron des Czaren glänzt? — Wissen Sie, und Sie werden es wissen, daß der Geist keine Freistätte hat in diesem Lande, daß sein Gesetz ist: Unterdrückung der geistigen Bestrebungen der Völker, Tödtung des Gesetzes, welches sie revolutionär nennen, — des Gesetzes der ewigen Fortentwicklung der Menschheit! — Es ist wahr, der Mensch ist berufen, der Einzelne wie die Völker, sich ewig und ewig fortzuentwickeln; da stehen auf der einen Seite die Geister des Lichts, auf der andern Seite, die das goldne Licht der Freiheit und Aufklärung vernichten, niederwerfen wollen, die Geister der Nacht, und die Vorhut dieser Mächte der Finsterniß heißt — Rußland. Und Ihr wollt den verdammen, der Front macht gegen diese Gewalt, der mit der ganzen Kraft seines Geistes sich erhebt in der Presse, um die andern Geister zu warnen vor dem Ungethüm des Ostens? Ihr wollt sagen: gehe in's Buchthaus,

— weil du dein Vaterland liebst, weil du dich widersehest, daß nicht Alles, was wir deutsche Intelligenz, deutsche Bildung, deutsche Geschichte und deutsche Kultur nennen, eingeschart werde in den Boden, untergehe durch die Wuth der Barbaren! — Verdammen Sie, meine Herren, verdammen Sie, — die Geschichte wird doch richten!

Das sind im Ganzen die Gesichtspunkte, welche ich Ihnen vorführen mußte. Sie wissen, in welcher Zeit wir leben! Sie wissen es, was wir erfahren haben, was geschehen ist, wie die Geschichte Deutschlands sich gestaltet haben. Ich will nur noch wenige kurze Blicke auf die Anklage werfen, nur kurze Blicke auf die Artikel, die Ihnen zum Verdammen vorgeführt sind. Die Staatsanwaltschaft sagt in ihrem Schreiben vom 28. Jan. 1851:

„Da sich fast aus jeder Nummer des Blattes ergibt, daß die Tendenz desselben der Umsturz des Bestehenden und die Herbeiführung der einen deutschen Republik ist, und fast in jedem Blatte aufreizende Aeußerungen gegen die Landesregierung und Landesverfassung enthalten sind, so habe ich die Stellen angestrichen, welche mir unzweifelhaft dergleichen Tendenzen zu enthalten scheinen.“

Ich habe mir die Stellen angemerkt, die angestrichen sind. In Nr. 116: „Die Aufgabe der demokratischen Partei“ heißt es: „Die ideale Staatsverfassung der Demokratie ist die Republik! Das Princip der Republik aber, sagt schon Montesquieu, ist die Tugend.“ Die Stelle ist angestrichen, die Stelle soll ein Kriminalverbrechen sein, es soll ein Kriminalverbrechen sein, wenn ich sage: die ideale Staatsverfassung der Demokratie ist die Republik! — Meine Herren Geschworenen! Leben wir im neunzehnten Jahrhundert? Ist es Traum, daß die Freiheit der Meinung, die freie Kritik, die Freiheit des Glaubens garantirt sind? — hat vielleicht Luther nicht gelebt, hat er vielleicht unsere Reformation nicht durchgesetzt? Auf's Neue soll das Rehergericht eingeführt, auf's Neue soll gerufen werden, reinigt ihn, er hat eine Meinung ausgesprochen, die uns nicht gefällt! Tödtet ihn, er lästert die Götter! So rief

man Sokrates zu, und er trank den Giftbecher! Schlägt ihn an's Kreuz, er lehrt, daß ein Gott der Liebe sei, und Christus wurde an's Kreuz geschlagen! — Verbrennt ihn, denn er zweifelt an der Unfehlbarkeit des Papstes, und Fuß wurde verbrannt! Standrechtet sie, werft sie in's Zuchthaus, sie zweifeln an der Unfehlbarkeit der Monarchie, sie halten die Republik für eine idealere Staatsform! so rufen die sündigen Fanatiker. Ist es möglich? Ja, meine Augen trügen mich nicht, hier steht es, die Stelle ist angestrichen! — Nun, meine Herren Geschworenen! der Augenblick ist da, der Gerichtshof ist versammelt, das Volk ist gegenwärtig — halten Sie Ihr Autodase der Meinung, halten Sie Ihr Autodase der Idee, sagen Sie, wir verdammen Dich, weil Du es gewagt hast, eine Idee auszusprechen! — Es handelt sich nicht darum, wer Recht hat. Man kann ja der Meinung sein, unser Zustand sei vortrefflich, Deutschland sei selig unter seinen Fürsten, Deutschland werde einig und groß werden, sich zu einer Macht gestalten unter seinen Fürsten. Man kann der Meinung sein und kann Recht haben; aber wollt Ihr die andere Meinung nicht respektiren, — dann seid Ihr Kegerrichter; geht zurück in vorige Jahrhunderte, wo die Scheiterhaufen brannten und die Verfechter der ewigen Ideen der Menschheit geopfert wurden! — dann wird wiederum die Geschichte richten.

Es ist ferner noch diesen Blättern ein Verbrechen daraus gemacht, daß sie droheten mit der bevorstehenden Revolution: die Republik solle eingeführt werden, die deutschen Staatsverfassungen gestürzt, und da sind verschiedene Stellen ausgehoben. Es heißt da: — doch ich will Sie nicht quälen mit der Wiederholung der Artikel; nach dem, was mein Freund Aronheim gesagt, habe ich der Kritik Nichts weiter beizufügen. Nur Einiges will ich hervorheben; in Nr. 119 wird gesagt:

Ringsum Grabesstille, bis donnernd die Posaunen des Gerichtes schallen, schwarze Massen gegen die Paläste ziehen und der Tag der Vergeltung hereinbricht.

Es ist dies gesagt bei den heftigen Zuständen. Mein Freund Aronheim hat schon darauf aufmerksam gemacht, wie damit



weiter Nichts gesagt ist, als daß nach dem natürlichen Gange der Dinge der jetzige Zustand ein schreckliches Ende nehmen müsse. Es ist nicht gesagt, daß der Redakteur der „Bl. d. Z.“ auffordere, die hessische oder gar braunschweigische Verfassung umzustossen, es ist nur eine wissenschaftliche freie Konsequenz aus gegebenen Thatfachen gezogen. Es heißt ferner in Nr. 152:

Je schärfer die Situation sich ausspricht, um so präciser die Lösung; je rascher die Räder der Zeit umlaufen, und je härter die Reibung, um so eher wird das Maß voll.

In Nr. 24:

Es kommt ein anderer 24. Februar; der Glaube soll die Schwachen vor Verzweiflung schützen. Wo jener Tag ein wirres Durcheinander fand, die Völker noch Freund und Feind nicht von einander unterschieden, noch die Parteien in einander überflossen, — da wird der neue 24. Februar zwei scharf begränzte Lager finden, zwei Secte, die auf Tod und Leben kämpfen wollen, um ewiges Dasein, ewiges Verderben, dort, im einen Lager, das veraltete **Gottesgnadenthum** mit allen seinen erkauften Schergen, vielleicht auch mit einigen verblendeten Söhnen des Volkes, — und hier, im andern Lager, die Tochter der neuen Zeit, die **Republik**, mit Millionen glühender Herzen, für die Freiheit, für das heil'ge Recht der Völker zum Siegen wie zum Sterben gleich entschlossen.

Kosakisch dort und hier republikanisch, so wird der künftige Kampf die Streiter finden.

Die Staats-Anwaltschaft behauptet, es ist ein Vergehen, wenn hier dem Volke gesagt wird, es werde eine neue Revolution kommen, das reizt an gegen die Landesverfassung und Landesregierung. Es ist Ihnen schon gesagt, nach dem todten Buchstaben, — nicht nach den lebendigen ewigen Rechten der Völker, — sondern nach dem todten Buchstaben der Juristen kann nur dann von dem Vergehen der Aufreizung die Rede sein, wenn der Verfasser die thätliche Ausführung vor Augen gehabt hat. Wenn der Redakteur Grimm gesagt: heute Abend versammelt Euch, dann wollen wir mit bewaffneter Hand das Schloß stürmen; dann möchte allerdings eine Aufreizung gegen die Landesregierung und Landesverfassung vorliegen; aber Nichts dergleichen ist geschehen! Eben das Thatsächliche fehlt in dem vorliegenden Artikel, und deshalb kann kein Kriminalvergehen darin gefunden werden. Sie müssen

die Anreizung von der freien Meinungsäußerung zu unterscheiden wissen. Wenn ich sage: es ist zu viel für ein Land, wenn ein Fürst von jedem Kopf einen Thaler als Civiliste erhält, so erregt das vielleicht Mißvergnügen, es kann anreizen, aber es ist nur eine Meinung. Wenn man sagt, es sei ein Unglück, daß Deutschland in 34 Dynastien gespalten ist, es sei ein Unglück für Deutschland, daß es so viele Fürsten und Fürstenkinder zu ernähren habe, so kann das Mißvergnügen erregen und aufreizen, es ist aber Nichts als eine Meinung, und diese Meinung müssen Sie ehren. Die Nachwelt wird lachen darüber, wenn sie hört, daß heute Jemand bestraft werden sollte, weil er sagte, es werde eine Revolution kommen. Es hieße, der Geschichte in's Gesicht schlagen, es hieße Alles, was wir erlebt haben, bezweifeln, wenn man behaupten wollte, die Zustände blieben so, wie sie jetzt sind.

Meine Herren Geschworenen! Wenn etwas Wahres in jenen Artikeln gesagt ist, so sind es jene Worte, — nicht Grimm hat sie gesagt, sondern Napoleon — daß Europa in fünfzig Jahren republikanisch oder kosackisch sei. Es ist dies weiter Nichts, als die geschichtliche Forschung, kein Vergehen. Die Geschichte lehrt uns, daß ein Volk nicht stehen bleibt, wie ein alter Stock, sondern wie jede lebendige Organisation sich fortentwickelt, entweder, wenn es die Höhe erreicht, abstumpft, oder eine höhere Stufe erklimmt. Die Völker haben auch ihr Leben, sie wachsen und sterben ab; stehen bleibt keines. Es ist eine naive Anschauung der Dinge, wenn man glaubt, daß die gegenwärtigen herrlichen Zustände stehen bleiben könnten, vielleicht noch 200 Jährchen. Glauben Sie, daß Etwas geschehen werde über kurz oder lang? — dann haben Sie ebenfalls eine politische Ansicht über unsere Zeit. Allein, hüten Sie sich, dieselbe auszusprechen! — es ist unangenehm, auf der Bank der Angeklagten zu sitzen. (Große Heiterkeit unter den Zuhörern.) Man kann die Meinung haben, daß Alles so bleibe, wie es ist; aber man ist Kriminalverbrecher, wenn man glaubt, es werde anders werden. (Heiterkeit.) Angereizt hat der Angeklagte nicht zur Revolution; nennen Sie mir eine Zeile, einen Buchstaben, wo er

angereizt hat, nennen Sie mir eine Zeile! — Die Staatsanwaltschaft ist sie schuldig geblieben. In Preußen hat man allerdings ein Vergehen, das nennt man Erregung von Mißvergnügen. Das Mißvergnügen, welches hier erweckt ist, beruht einfach in einer historischen Thatfache. Grimm kann wahrlich Nichts dafür, was in Kurhessen, in Schleswig-Holstein, in Preußen und im ganzen deutschen Vaterland, geschehen ist, und wenn diese Thatfachen zum Himmel sinken, dann können Sie die Leute nicht zu Verbrechern stempeln, die ihre wissenschaftliche Schlußfolgerung aus diesen Thatfachen entnehmen!

Das ist im Ganzen, was ich wegen der Aufreizung zu sagen habe. Wegen der übrigen Vergehen, der Beleidigung gegen unsern Herzog und auswärtige Fürsten kann ich Sie dreist an das erinnern, was mein Mitvertheidiger Aronheim Ihnen gesagt hat. Es ist wirklich auffallend, und ich kann die Erklärung nur darin finden, daß man das Institut der Geschworenen noch für sehr neu hält, wenn man die bekannte juristische Rechtslehre desavouiren will: wenn ein Kollektivbegriff genannt ist, so kann sich der Einzelne nicht beleidigt finden, das lehren schon die alten Juristen Carpovius, Quistorpius, Thomasius, schweinsledernen Andenkens. Wenn ich sage: die Braunschweiger sind alle Dummköpfe, und es wollten sich morgen 1200 ehrwürdige Familienväter in das Stadtgericht begeben und eine Injurienklage erheben, so würde der Stadtrichter sagen: meine lieben Leute, gehet ruhig nach Hause, (Heiterkeit) es ist keine Injurie. Wenn man sagt: die Fürsten sind feige Tyrannen, so heißt es: „wem das Kleid paßt, der zieht es an.“ Aber zu einer Beleidigung im kriminellen Sinne gehört eine direkte Bezeichnung. Er ist wichtig, dieser Punkt! denn es handelt sich um 2 bis 10 Jahre Zuchthaus. Wenn Sie sagen: Grimm ist schuldig, dann kann er wegen Majestätsbeleidigung zu 10 Jahren verurtheilt werden! Ich will Sie nicht in Ihrem Gewissen bestimmen. Wenn Sie glauben, er ist schuldig, dann verurtheilen Sie ihn; aber ich fordere, daß Sie mir das Blatt zeigen, wo die Beleidigung steht. Vermuthet man, daß, weil hier eine ganze Kategorie von Fürsten genannt ist, auch unser

Herzog darunter gemeint sei, so muß ich eine solche Begründung eines Kriminalverbrechens zurückweisen, noch dazu, wenn von einem Artikel die Rede ist, wo mit unserem Landesfürsten eine ehrenvolle Ausnahme gemacht wird. — Ich halte das, was ich mitzutheilen für meine Pflicht hielt, für hinreichend, daß Sie Ihren Spruch fällen können, dem ich meiner Seits mit Ruhe entgegen sehen werde.

Meine Herren Geschworenen! Unser Herzogthum ist in gewisser Beziehung ein glückliches Land, wir haben eine kluge, verständige Regierung. Bei allem Wirrwar in Deutschland, ist hier immer die Ruhe bewahrt. Es ward weise gehandelt, man ging mit der Zeit. Woher kommt es, frage ich, daß jetzt auf einmal, nachdem der frühere Redakteur dieser Blätter viel schärfer geschrieben hat, woher kommt es, daß jetzt die Regierung Front macht gegen die Presse? ist sie so feindlich gestimmt gegen unsere Bestrebungen? will sie die Presse auf einmal vernichten? Ich kann Ihnen den Grund sagen. In einem Artikel der „Hannoverschen Zeitung“ heißt es unter dem 5. Mai:

Was Blätter schreiben, wie die „Blätter der Zeit“ oder die „Arbeiterhalle,“ ist so krass, daß es wenigstens ein gut Theil Gegengift in sich selbst trägt; wirksam wird die verderbte Presse erst durch die mittelbare Protektion und Mithülfe der mit ihr Chorus machenden minder krass auftretenden Organe. Das Thatsächliche betreffend, so glaube ich gut unterrichtet zu sein, wenn ich sage, daß schon seit längerer Zeit und wiederholt von preussischer Seite an die braunschweigische — und zweifelsohne auch an die hannoversche — Regierung dringende Aufforderungen ergangen sind, dem Press- und Vereinsunfuge ein Ende zu machen.

Meine Herren Geschworenen, das ist es. Die um die Marken unseres Herzogthums wie toll und blind herumrasende Springfluth der Reaktion wünscht eingelassen zu werden. Man beneidet uns um unsere Zustände, man beneidet uns, daß Braunschweig noch eine grüne Oase in Deutschland bildet. Man will, daß auch hier Alles mit dem Sande der Wüste, mit dem Schleier der Vernichtung bedeckt werde. Es soll alles still, ganz still werden, auf daß die Reaktion ihre Orgien feiere, und als Mittel will man zuerst die Gerichte versuchen. Man will es versuchen, ob es nicht auf dem Wege des Gesetzes geht, man will Preußen zu Gefallen

die Presse und deren Vertreter vernichten. Man hat ja von jeher die Politik gehabt, dem Starken zu weichen und man hat vermuthlich die Anklage nur erhoben, weil es von Oben gewünscht, weil es von dem Auslande gewünscht wurde. Nun, meine Herren Geschworenen, vielleicht thun Sie ihnen den Gefallen (Unruhe).

Wir leben in einer großen, gewaltigen Zeit; vielleicht hatte noch keine Geschichte der Menschheit eine ähnliche Periode wie die unsrige. Wir sind auf dem Punkt angelangt, wo die Menschheit zur Selbstständigkeit herangereift ist, wo die Völker selbstthätig in den Schauplatz der Geschichte eintreten wollen. Und das Mittel, dieses zu erreichen, das Ziel der Neuzeit, der Adel der neuen Zeit, ist — die Arbeit. — Frühere Jahrhunderte lehrten: die Arbeit ist ein Schimpf, ist eine Schande: — die Ehre war dem Müßiggänger, der Zerstörung ward Ruhm und Preis. Unsere Zeit, wo die Völker mündig, wo alle Individuen frei und selbstständig werden, verachtet den Müßiggang, verflucht die Zerstörung: ihr ist die Arbeit Ehre und Ruhm — die Produktion. Das ist der Glaube der neuen Zeit, und das Mittel, ihn zu verwirklichen, ist — die Arbeit, welche, wie jede Macht, ihren Adel in sich trägt, ihre gewaltigen Waffen. Die früheren Jahrhunderte haben einen Adel der Geburt und des Ranges gehabt, die künftigen Jahrhunderte werden einen Adel der Arbeit sehen. Den Gang der Weltgeschichte hemmt kein sterblicher Geist: „der Weltgeist aber schreitet mächtig fort, und mit sich reißt er alle Einzelgeister.“ Ja, es giebt einen Gott in der Weltgeschichte, es giebt eine höhere Kraft, welche die Völker, welche einzelne Männer hinaushebt auf die Stufe der Vollkommenheit, in neues Licht, auf neue Höhen. Das Neue, so lehrt es die Vergangenheit, muß sich mit Blut und Kampf hineinringen in die Weltgeschichte, die neue Idee der Zeit wurde zurückgehalten vom Alten, Konserватiven, und ihre Träger zum Theil vernichtet. Dann steigt aber doch die neue Idee, und noch in später Zeit baut man ihr Altäre. Meine Herren Geschworenen, es kommt darauf an, auf welchem Posten Sie stehen wollen: dort die Vernichtung, hier die Neugestaltung der Dinge! Füllen Sie Ihr Urtheil.

Der Vertheidigung trat der Staatsanwalt in Folgendem entgegen:

### Staatsanwalt Hellmuth.

Einer der Herren Vertheidiger hat behauptet, ich hätte keine einzelne strafbare Stelle der Artikel hervorgehoben, sondern nur auf die Artikel im Allgemeinen hingewiesen, die Tendenz verfolgt. Diese Behauptung kann ich übergehen. Es wird nicht eine Tendenz, sondern eine bestimmte, in der Anklage hervorgehobene und im Kr.-G.-B. mit Strafe bedrohte Handlung verfolgt, und Sie haben nicht als Richter über eine Tendenz, über eine Meinung, sondern über eine im Strafgesetzbuch mit einer bestimmten Strafe bedrohte Handlung zu entscheiden. Wenn auch die Reichszeitung, was richtig ist, wegen eines Vergehens nicht angeklagt ist, so läßt sich das auf andere Weise erklären, ohne daß man zu behaupten braucht, es liege gegen die „Bl. d. Z.“ ein Tendenzprozeß vor. Zuerst haben wir gehört, daß gegen die „Bl. d. Z.“ eine Anklage wegen eines ähnlichen Vergehens vorgelegen hat, wegen einer Beleidigung der Herzogl. Polizeidirektion. Der damalige Redakteur ist von dem Gerichte erster Instanz zur Strafe verurtheilt worden. War nun eine strafbare Handlung durch die „Bl. d. Z.“ schon einmal begangen, so ist es leicht begreiflich, daß die beauftragte Behörde auf die Blätter mehr achtet, deren Redaktion wegen eines Verbrechens bestraft wurde. Aus dem Grunde liegt keine Anklage gegen die Reichszeitung vor, wenn auch die Artikel derselben in herben Ausdrücken sich auslassen, obgleich nicht derselbe Ton darin herrscht, wie in den „Bl. d. Z.“ Uebrigens kann ich eine strafbare Aufreizung in den Artikeln der Reichszeitung nicht finden. Endlich, wenn selbst strafbare Artikel in der Reichszeitung enthalten wären, so spricht das doch die Angeklagten nicht frei, wenn sie ihrerseits auch beleidigende Artikel verbreiten. Wenn Sie auf das Gebiet der Straffreiheit eingehen wollen, wenn Sie darauf eingehen wollen, warum Einer frei werde, und der Andere nicht straffrei werde, so würden Sie in ein ganz ungehöriges Gebiet gelangen. Sie haben nur zu beurtheilen, ob das Verbrechen der Aufreizung, der

Majestätsbeleidigung Sr. Hoheit und anderer deutscher Fürsten, ob diese speciellen Verbrechen in den Artikeln enthalten sind, aber um die Reichszeitung haben Sie sich nicht weiter zu bekümmern. Sodann hat mir der Herr Vertheidiger den Vorwurf gemacht, daß ich nicht bestimmt genug die Vergehen der inkriminirten Artikel hervorgehoben hätte. Er führte an: würden andere Vergehen angeklagt, so würden sie genau angegeben. Ja meine Herren Geschworenen, darin hat der Herr Vertheidiger vollkommen Recht. Aber es ist eine andere Sache, den Beweis eines gemeinen Verbrechens gegen das Eigenthum zu liefern, und aus einer Zeitschrift anzugeben, daß darin eine aufreizende Stelle gegen die Landesverfassung und Landesregierung enthalten wäre. In einem einzelnen bestimmt hervorzuhobenden Sage, meine Herren Geschworenen, pflegt allerdings ein solches Vergehen der Aufreizung nicht enthalten zu sein. Durch einen einzelnen gedruckten Satz läßt sich ein Volk nicht aufreizen, nach und nach aber pflegt es zu geschehen; und deshalb müssen Sie, meine Herren Geschworenen, nicht bloß die einzelnen Artikel, jede Einzelheit derselben in die Augen fassen, sondern das Ganze, um zu beurtheilen, ob in den inkriminirten Artikeln der „Bl. d. Z.“ eine strafbare Handlung enthalten sei. Ich habe gestern die Artikel, in welchen Sie unzweifelhaft das Vergehen der Aufreizung finden, bezeichnet, und habe theilweis die gravirendsten Stellen hervorgehoben. Ich kann auch jetzt weiter Nichts thun und muß es Ihrem unparteiischen Richterspruche überlassen, ob in den einzelnen Stellen das behauptete Vergehen enthalten ist.

In den früher bezeichneten Artikeln, meine Herren Geschworenen, muß ich auch noch jetzt, trotz der versuchten Widerlegung der Herren Vertheidiger vom politischen Standpunkte aus, das Vergehen der Aufreizung finden. Das Vergehen bezieht sich auf beide Angeklagte.

In Beziehung auf die Vertheidigung des Angeklagten Sie vers muß ich mir die Behauptung erlauben, daß der Herr Vertheidiger mehrmals erwähnt hat, das Vergehen der Aufreizung sei mit Zuchthaus bedroht. Meine Herren Geschworenen, billiger Weise

sollte man die Strafe, mit denen Vergehen bedroht sind, nicht hervorheben. Das ist eine Sache, welche die Geschworenen nicht interessiert. Die Geschworenen haben nur die That und die Schuldfrage zu ermitteln. Indessen halte ich es für nothwendig, weil der Herr Verteidiger von Zuchthaus gesprochen hat, mich darauf zu beziehen, was das Gesetzbuch sagt. Da heißt es:

Wer — — aufreizende Schriften — — verbreitet, — erleidet Gefängniß bis von einem Jahre.

Also eine Strafe von vierzehn Tagen Gefängniß bis zu einem Jahre. Diese nimmt keine politischen Rechte, und es kann von Zuchthaus keine Rede sein.

Was sodann das Vergehen der Majestätsbeleidigung betrifft, meine Herren Geschworenen, so kann ich, was den objektiven Thatbestand betrifft, mich auf das beziehen, was ich gestern gesagt habe. Die Verteidiger sind der Meinung gewesen, daß, wo in einem Artikel die Fürsten massenweise genannt werden, eine Beleidigung Einzelner nicht vorhanden sei, weil kein einzelner Fürst bezeichnet sei. Der Verteidiger des Angeklagten Sievers hat gesagt: wenn man sage, die Fürsten taugen nichts, so könne ein einzelner Fürst dadurch nicht beleidigt werden, denn schon seit alten Zeiten stände es fest, daß ein Kollektivbegriff von Personen nicht beleidigt werden könne. Aber, meine Herren Geschworenen, das ist unrichtig.

Im Allgemeinen ist sehr Vieles wahr, was im Speciellen sich nicht halten läßt. Was der Verteidiger für den Angekl. Grimm sagt, erkenne ich als richtig an, daß, wenn nämlich Jemand einen ungemessenen Haufen von Menschen angreift, dies nicht auf Einzelne bezogen werden kann. Das Kr.-G.-B. sagt im §. 198:

Wer gegen einen Andern ehrenfränkende oder, nach der gemeinen Meinung Verachtung ausdrückende Handlungen oder Aeußerungen sich erlaubt, soll bestraft werden u. s. w.

Hiernach muß nach jedem einzelnen Falle die Frage, ob eine Beleidigung vorhanden, bemessen werden, und Sie, m. H. G., müssen untersuchen, ob hier ein Fürst gemeint ist, den das Kr.-G.-B. vor Beleidigungen schützen will. Ich erinnere an die



34 Buchtmeister und andere Stellen; ob darin eine Beleidigung einzelner Fürsten liegen kann, das haben Sie zu ermeßen. Daß man unter Umständen einen ganzen Stand oder eine Körperschaft beleidigen könne, sagt der §. 282 des Kr.-G.-B. ganz ausdrücklich. Da steht unter den Vergehen der Kirchendiener:

Geistliche, welche ihr Amt dazu mißbrauchen, in öffentlichen Vorträgen:

3) ganze Körperschaften, einen ganzen Stand oder Einzelne durch Ehrenkränkungen zu beleidigen.

sind u. s. w.

Also sehen Sie, meine Herren, daß allerdings eine Beleidigung eines ganzen Standes und mehrerer Personen vorkommen kann. Wenn ich z. B. sage: alle Schiffskapitaine sind Spizbuben, so wird kein Schiffskapitain deshalb Klage erheben können. Das ist keine Beleidigung, wenn alle Schiffskapitaine der Welt gemeint sind. Wenn ich aber in einem kleinen Städtchen wohne, wo vier Schiffskapitaine sich befinden, und ich sage: die Schiffskapitaine am hiesigen Orte sind Spizbuben, dann würden diese auf Strafe antragen können; das ist die Grenze.

Das ist Alles, was ich auf die Vertheidigung zu erwidern habe, und ich wiederhole: prüfen Sie, meine Herren Geschwornen, meinen Antrag nach Ihrer vollen Ueberzeugung, und sprechen Sie diese aus.

Für die Angeklagten erwiderte Folgendes:

### **Advokat-Anwalt Kronheim.**

Meine Herren Geschwornenen! Zunächst habe ich wieder daran anzuknüpfen, wo der Herr Staatsanwalt angeknüpft hat, nämlich an die Rechtfertigung, daß der vorliegende Proceß kein Tendenzproceß sei. Es ist schon ein schlimmes Ding, wenn die Staatsanwaltschaft darauf eingehen muß, sich gegen solche Insinuationen zu vertheidigen. Die Staatsanwaltschaft sollte in der Lage sein, nicht darauf eingehen zu müssen, dergleichen Vorwürfe vielmehr ganz unberücksichtigt zu lassen. Daß die Staatsanwaltschaft auf

meine Andeutungen eingeht, ist ein Beweis, daß sie sich schwach fühlt, und sie fühlt sich auch sehr schwach. (Heiterkeit.) Sie sagt, die Beaufsichtigung der demokratischen Presse rühre daher, daß ähnliche Vergehen der „Blätter der Zeit“ bestraft sind und hierdurch die Regierung aufmerksam gemacht sei. Zunächst ist es unrichtig, daß in den „Blättern der Zeit“ schon ein ähnliches Vergehen begangen worden; denn der Staatsanwalt selbst hat schon gesagt: unser Kriminalgesetz kennt keine Preßvergehen, sondern nur einzelne Vergehen, durch die Presse begangen; das Mittel, durch das ein Verbrechen begangen wird, ist nicht das charakteristische Merkmal eines Verbrechens. So würden also die Körperverletzung oder Gewalt an Sachen, durch ein Messer begangen, und ein Mord, durch ein Messer begangen, nicht ähnliche Verbrechen sein. So sind auch die Beleidigungen einer Behörde und ein Angriff auf die Verfassung, und eine Beleidigung des Landesoberhauptes keine ähnliche Verbrechen, obgleich sie vielleicht zufällig sämmtlich durch die Presse begangen sind. Aber angenommen, man wollte den juristischen Begriff gar nicht gelten lassen, sondern kurz sagen: die Regierung ist aufmerksam, weil diese Presse schon einmal gefrevelt hat, — meine Herren Geschworenen, wenn Sie daraus keinen Tendenzproceß folgern wollen, so müßte die Beaufsichtigung der demokratischen Presse allein dastehen! Aber hat denn der Volksverein schon einen Proceß bestanden, und kommt es daher, daß den Beamten verboten ist, denselben zu besuchen? und daß ein Hauptmann zu seinen Soldaten sagen konnte:

ich ersuche euch, den Verein nicht zu besuchen, und thut ihr es dennoch, so verbiete ich es, und pariret ihr dann nicht, so bestrafe ich euch!

Und woher kommt es, daß, als ich den Kriegsminister in der Kammer interpellirte, derselbe keine Auskunft über den Vorfall geben konnte und endlich versprach, eine Untersuchung einzuleiten, daß aber der Kriegsminister keine Untersuchung einleitete und ich nicht widerlegt werden konnte? — Nun, war da im Volksverein auch ein Verbrechen begangen und die Regierung —

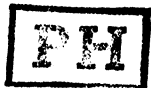
dadurch aufmerksam gemacht worden? Nein, täuschen wir uns nicht, es gilt einfach der demokratischen Tendenz. Diese mag dem jetzigen Systeme gefährlich sein, ich gestehe es; aber es ist der Beweis nicht geführt, entweder, daß sie unbegründet, oder daß sie — die Tendenz — mit dem bestehenden Gesetze im Widerspruche stehe. Wie das Heidenthum gegen das Christenthum sich nicht wehren konnte, so wird auch die Monarchie sich vor der Republik nicht sicher stellen können, wenigstens nicht durch solche Tendenzproceffe. Wenn nun die Staatsanwaltschaft sagt, es sei kein Tendenzproceß, denn die Reichszeitung habe nichts Aehnliches begangen, wie die „Bl. d. Z.“, so möchte ich Sie nicht mit allen den Nummern behelligen, welche ich Ihnen außer den angezogenen, zum Beweise meiner Behauptung, vorzulesen im Stande wäre. Statt wiederholter Beläge will ich Ihnen einen aus Frankfurt vom 12. Dec. v. J. datirten Artikel in's Gedächtniß zurückerufen. Es wird darin der heftige Zustand beleuchtet und gesagt: hier hilft Nichts, als ein Vomitiv, — die Revolution; ferner einen anderen Artikel, in dem gesagt wird: der Bliß wird die zerschmetterten, die mit dem Bliße spielen. Dies in Beziehung auf Kurheffen; in Beziehung auf Schleswig-Holstein aber hören wir von einem ex ossibus ultor, einem aus den Zeichnungen ersiehenden Mächer; wir hören dort die Lehre: die Frucht bleibt nicht aus, die solcher Samen erzeugen muß. Das ist nicht weniger gefährlich, als die „Bl. d. Z.“; aber die „Reichszeitung“ wird nicht verfolgt, weil die von ihr vertretene Partei weniger energisch, also auch weniger schädlich scheint.

Dann ist mir ferner gesagt worden, die Vorwürfe, die ich gegen die Fundirung der Anklage gerichtet habe, seien unbegründet; es wäre allerdings richtig, daß der Diebstahl leichter konstatirt würde, als die vorliegenden Verbrechen hier; aber das liege in der Natur der Sache. Ja, meine Herren Geschworenen, wenn man an den Proceß denkt, dann möchte der Staatsanwalt recht haben. Er hat aber zu beweisen ein Verbrechen, das zufällig durch die Presse begangen wurde, das nicht vom Standpunkte eines Pressegesetzes, sondern von dem prosaischen

Standpunkte der gewöhnlichen Strafgesetze betrachtet werden muß. Wie kann man also sagen: hier ist eine andere Art von Vergehen, ihre Begründung darf also auch eine andere sein! Uebrigens ist es auch nicht unmöglich, ein durch die Presse begangenes Vergehen ganz bestimmt nachzuweisen, vorausgesetzt auch, daß nicht ein besonderes Pressgesetz besteht. Man bedarf dann nur eines solchen Passus, wie er in der „Reichszeitung“ zu finden ist, wo es heißt: der König von Preußen habe Verrath geübt und müßte beseitigt werden; ich habe ihn in Helmstedt bei ähnlicher Gelegenheit vorgelesen. Der Prinz von Preußen hätte sich, sagt man dort, an die Spitze des Heeres stellen und den unfähigen König entthronen sollen. — Das sind bestimmte Personen, und man hat es mit einer bestimmten Aufreizung zu thun, ob mit einer Aufreizung gegen Braunschweig, will ich nicht untersuchen. Ich will nicht denunciiren; aber nachweisen muß ich, daß es Stadien im Getriebe der Presse giebt, aus denen man bestimmte Vergehen konstruiren kann, und am meisten ist dies möglich bei der Majestätsbeleidigung. Ich will auf die Einzelheiten nicht weiter eingehen; ich will nur bemerken: die Staatsanwaltschaft hat meinem Freunde Lucius vorgeworfen, daß er bei dem Vergehen der Aufreizung von Zuchthausstrafe gesprochen habe. Allerdings hatte er von der Aufreizung gesprochen, er faßte aber, als er von Zuchthausstrafe sprach, alle hier verhandelten Vergehen zusammen. Bei einem Schuldig im Betreff aller Punkte kommen freilich 2 bis 10 Jahre Zuchthaus in Frage, und da konnte man dem Vertheidiger nicht verdenken, daß er auf den Ernst der Situation aufmerksam machte.

Doch ich bin überzeugt, daß sie einer solchen indirekten Mahnung zu getreuer Pflichterfüllung nicht bedürfen.

Sodann ist gesagt worden, die Staatsanwaltschaft habe ihrer Pflicht vollkommen genügt, indem sie die Artikel vorgelesen und die einzelnen Punkte hervorgehoben habe und in Betreff der Majestätsbeleidigung auf einen Artikel besonders sich berief: „Die Politik der Gegenwart.“ Was die Beleidigung des Staats-



oberhauptes betrifft, so muß ich die Staatsanwaltschaft daran erinnern, daß ich gestern auf jenen Artikel, „die Politik der Gegenwart“ zunächst deshalb aufmerksam machte, weil in diesem der Herzog als ehrenvolle Ausnahme mit unzweideutiger Bezeichnung aufgestellt ist.

Wenn wir ferner in Betreff der Beleidigung auswärtiger Souveräne gehört haben, es sei richtig, daß man nicht einen ganzen Haufen zusammenfassen und sagen könne: ihr seid beleidigt; daß aber eine Beleidigung vorliege, wenn ich vier oder fünf Personen genau bezeichnen würde, so trifft das hier nicht zu, weil in dem Artikel Ausnahmen gemacht sind. Denn sobald einer fehlt, kann die Gesamtheit nicht beleidigt sein, da jeder, der sich melden würde, als der Ausgenommene zurückgewiesen werden könnte (Seiterkeit). Aber auch abgesehen davon, wo ist hier die genaue Bezeichnung und Abgrenzung, die bei vier Leuten eines Ortes in dem von der Staatsanwaltschaft fingirten Falle allerdings vorhanden ist?

Ich würde sicher die Staatsanwaltschaft in Verlegenheit bringen, wenn ich näher fragen wollte: ob sie mir denn die Namen aller Fürsten in Deutschland und Europa nennen könne, die Größen am Himmel der Politik, unzählig wie die Sterne am Firmament. Wird, fragen wir, der Herzog Karl in England, der Graf v. Kniphausen gleichfalls durch §. 94 des Kr.G.-B. geschützt, und die vielen Standesherrn und mediatisirten Fürsten, die ebenfalls das Recht haben, beachtet zu werden? Freilich spricht das Kriminalgesetz von auswärtigen souveränen Fürsten und begrenzt damit das Unbegrenzte; damit war geholfen, wenn in den Artikeln auch diese Grenze zu finden wäre. Davon ist aber nimmermehr die Rede. Deutsche Fürsten sind deutsche Fürsten, wenn auch Schwarzenberg unter sie gerechnet wird oder der in London residirende Herzog Karl. Niemals aber ist im Artikel der „Bl. d. Z.“ gesagt worden, was der Artikel des Gesetzes sagt: souveräne deutsche Fürsten. Man wird von Seiten der Staatsanwaltschaft nicht einwenden können, der Begriff werde dadurch präcisiert, daß von der Schmach die Rede sei; denn daß

die Schmach das Merkmal der Souveränität sei, wird die Staatsanwaltschaft nicht behaupten, sie würde sonst vom Ankläger zum Angeklagten. Ich glaube aber, daß es viele nicht souveräne Fürsten giebt, die mit der Schmach souveräner Fürsten Schritt halten; ich erinnere nur an den Fürsten Schwarzenberg. Wenn der Staatsanwalt ferner sagt, im Kr.-G.-B. sei die Möglichkeit der Beleidigung einer Korporation anerkannt worden; es müßte deshalb auch eine Beleidigung der deutschen Fürsten in corpore möglich sein, so muß ich erwidern: die deutschen Fürsten bilden und bildeten insbesondere zur Zeit der Abfassung jener Artikel keine Korporation; überhaupt spricht unser Kr.-G.-B. nicht von Beleidigung deutscher Fürsten, sondern von der auswärtiger, und ich habe in Helmstedt dem Herrn Staatsanwalt schon die Frage vorgelegt und muß sie hier wiederholen, ob er unter die Korporation der Fürsten auch den Kaiser von Haiti, Faustin I., aufnehmen wolle (große Heiterkeit). Ja, nach unserm Kr.-G.-B. wäre er allerdings verpflichtet, wenn es das Ministerium genehmigte oder provocirte, auch eine Anklage zum Schutze jenes Fürsten zu erheben. Will man sich aber auf deutsche Fürsten beschränken, und niemals haben die „Bl. d. Z.“ von deutschen Fürsten allein gesprochen, so fehlt der Beweis, daß sie einen besonderen Stand bilden und als organisches Ganze betrachtet werden können.

Bedenken Sie, meine Herren, die Artikel waren geschrieben, als die Union zerfallen war und der Bundestag sich noch nicht gestaltet und mit seinen Organisationen uns beglückt hatte.

Wenn aber, den Beweis einer Korporation unter den deutschen Fürsten vorausgesetzt, der Staatsanwalt zum Nachweis, daß Korporationen beleidigt werden können, behauptet, die Standesbeleidigungen seien im §. 283 des Kr.-G.-B. aufgenommen, so muß ich bemerken, daß das allerdings ein feiner, aber nicht stichhaltiger Versuch ist, seine Ansicht aufrecht zu erhalten. Da ist von einzelnen Aemtern die Rede, deren Vergehen geschieden sind von denen der ganzen Bevölkerung. Nun wird gesagt, der Staat hat ein besonderes Recht gegen einzelne Klassen, und dieses will er besonders aufrecht erhalten; und da ist auch von den Pflichten der Kirchen-

diener die Rede, und das Kr.-G.-B. sagt: „Ihr Kirchendiener! die ihr auf die Kanzel geschickt werdet, um zu lehren und zu bessern, ihr sollt nicht schimpfen, weder auf Einzelne, noch auf Viele oder gar auf Alle.“

Aus diesem Gesichtspunkte ist auch die Beleidigung von Korporationen verboten.

Das ist nicht die Beleidigung einer Sippschaft, die diese etwa rächen soll, sondern es ist der Staat, der sich durch unwürdiges Benehmen des Kirchendieners verletzt sieht. Der Staat sträuft hier, und wenn auch keiner sich beleidigt fühlte. Es würde die Strafe auch dann eintreten, wenn, wie die Staatsanwaltschaft selbst anerkennt, keine Beleidigung gegen irgend eine Persönlichkeit vorgekommen. Würde z. B. ein Prediger auf die Kanzel treten und sagen: alle Advokaten haben gestohlen, so wird der Staat sagen: du hast geschimpft und deshalb sollst du bestraft werden, wenn auch kein Einzelner beleidigt sein kann. Wenn aber ein ganzer Theil der Bevölkerung beschützt wird, dann wird auch eine Körperschaft geschützt werden müssen. Nicht deshalb, weil sie als eine Körperschaft besonders geschützt wird, sondern weil der Staat von seinen Kirchendienern in jeder Beziehung und insbesondere auf der Kanzel eine reine Haltung fordern kann. Jener Paragraph, der einen singulären Fall behandelt, paßt also nicht zum Nachweise, daß eine Korporation überhaupt beleidigt werden könne. Ich habe weiter nichts zur Rechtfertigung des Angeklagten zu sagen.

Als der Präsident die Angeklagten fragte, ob sie den Ausführungen ihrer Vertheidiger noch Etwas hinzuzufügen haben, richtete

### G r i m m

noch folgende Worte an die Geschworenen:

Meine Herren Geschwornen! Die Vertheidigung hat bereits so für mich gesprochen, daß ich fürchten mußte, Sie zu ermüden, wenn ich irgendwie noch näher auf die einzelnen vielen Anklagepunkte eingehen wollte. Ich will nur mit kurzen Worten mir

erlauben, Ihnen zu sagen, was ich als Redakteur eines demokratischen Blattes für meine Pflicht gehalten und was ich als solcher für mein Recht gehalten habe.

Sie haben gehört aus den Artikeln, daß ich der Partei angehöre, die augenblicklich die besiegte, die unterdrückte ist. Ich bin Demokrat, ich bin Republikaner! Die Demokratie ist mein Evangelium, das Evangelium, welches in seinen Grundsätzen unter Anderm verkündet: dem Volke gebührt die Herrschaft; der Wille der Mehrheit aller erwachsenen Staatsgenossen soll das Gesetz schaffen und das Recht. Ich glaube nun, daß derjenige, welcher zu solchen Grundsätzen sich bekennt, auch die Pflicht hat, für die Verbreitung solcher Grundsätze nach allen seinen Kräften zu wirken und zu streben, und ich halte das für eine um so heiligere Pflicht, weil nach meiner innigsten Ueberzeugung das Wohl der Menschheit davon abhängt, daß jene Grundsätze dereinst in Wirksamkeit und in das Leben treten.

Als ich im Oktober v. J., durch Zufall allerdings, die Leitung der „Blätter der Zeit“, dieses demokratischen Organs, übernahm, da war ich auch, Sie können es sich leicht denken, meiner Pflicht eingedenk und wußte, daß meine Pflicht nur eine um so heiligere geworden, je mehr der Wirkungskreis sich erweiterte, in welchem ich für die Verbreitung der Grundsätze kämpfen mußte, die ich für recht erkannt und zu den meinigen erkoren hatte. Ich wußte zwar wohl, daß damals die politischen Verhältnisse schon eine solche Wendung genommen hatten, daß die größten Gefahren und Hindernisse mancher Art dem Redakteur einer demokratischen Zeitung droheten. Ich wußte aber auch, und es ist noch jetzt meine Meinung, daß jeder, der eine Ueberzeugung hat, auch diese Ueberzeugung, wenn die Gesetze seines Landes ihm nicht im Wege stehen, offen und frei aussprechen soll. Ja, es ist meine Meinung, daß derjenige, welcher seine Pflicht erkennt, diese Pflicht zu erfüllen suchen muß, mögen ihm Nachtheile und Gefahren daraus erwachsen, welche sie wollen.

Habe ich danach meine Pflicht thun müssen, so fragt es sich, ob mir die Gesetze dieses Landes nicht im Wege standen



und es mir unmöglich machten, meine Pflicht zu erfüllen. Es fragt sich, hatte ich das Recht, die Grundsätze der Demokratie durch das Organ derselben, durch die Presse, zu verbreiten? Ich behaupte: Ich habe dieses Recht. Ich würde das sogar behaupten, wenn nach den Gesetzen dieses Landes keine Pressfreiheit existirte; denn ich halte diese für ein natürliches, unbestreitbares Recht, und ich bin außerdem der Ansicht, von meinem Gesichtspunkt aus, als Demokrat, daß das Recht, welches gegenwärtig in den monarchischen Staaten existirt, nicht gütig ist, daß viele Handlungen, welche nach den bestehenden Gesetzen zu Verbrechen gestempelt werden, keineswegs Verbrechen sind; denn dieses Recht ist nicht durch den Willen der Mehrheit der Staatsgenossen entstanden, und ich erkenne nur das an als Recht, was durch den Willen der Mehrheit des Volkes erschaffen ist.

Indeß stehen mir auch in der That die positiven Gesetze des Landes zur Seite; es giebt gesetzlich Pressfreiheit in unserm Lande.

Meine Herren Geschwornen! Diese Freiheit, die Pressfreiheit, sie kann immer nur eine und dieselbe sein; die deutsche Pressfreiheit kann keine andere sein, wie die in Nordamerika, wie die englische und irgend eine andere in der Welt. Die Pressfreiheit im vorigen Jahre konnte auch keine andere sein, als die in diesem Jahre; die Pressfreiheit vor 2 und 3 Jahren konnte keinen andern Charakter haben, als die von heute. Die Pressfreiheit kann allenthalben, wenn sie wirklich eine Pressfreiheit sein soll, nur eben dieselben Gränzen haben. Es giebt in Nordamerika eben so gut ein Vergehen der Aufreizung, wie bei uns; aber ich frage Sie, meine Herren Geschwornen, und ich frage die herzogl. Staatsanwaltschaft: Glauben Sie, es würde ein nordamerikanischer Staatsanwalt in irgend einem der Artikel, wie sie hier vorliegen, eine Aufreizung gefunden haben? Ich glaube es nicht. Glauben Sie, meine Herren Geschwornen, daß man in England, wo es doch auch eine Majestätsbeleidigung giebt, in irgend einem dieser Artikel eine solche gesucht hätte? Ich glaube es wieder nicht. Ich habe schon gesagt,

die Pressfreiheit, welche gesetzlich besteht, muß heute dieselbe sein, wie vor 2 oder 3 Jahren, und nun frage ich Sie: sind damals nicht Artikel in einer viel schärferen Sprache geschrieben und abgedruckt worden, als heute? Und sind damals nicht dieselben Gesetze gewesen wie heute! Und haben die Gesetze, bei uns wenigstens, nicht damals so gut in Ansehen gestanden wie heute? Und hat es damals nicht so gut Wächter der Gesetze gegeben, wie heute? Dennoch hat man damals solche Artikel nicht verfolgt, und heute verfolgt man sie!

Das ist sehr sonderbar!

Aber es ist leicht zu erklären, wenn man sich erinnern will, welche Wandlung mit den politischen Verhältnissen seit jener Zeit vorgegangen ist. Was man damals nicht verfolgte, das verfolgt man heute; denn die Politik hat sich verändert! Aber, meine Herren Geschwornen, ich frage Sie wieder, darf die Veränderung der Politik einen Einfluß auf die Gesetze haben, auf die Handhabung des Rechts? Darf mit der Veränderung der Politik eine veränderte Handhabung des Rechts stattfinden? Ich glaube es wieder nicht. Ich glaube, ich habe das Recht, das ich damals hatte, auch heute noch.

Ich glaube, von diesem Rechte habe ich nur Gebrauch gemacht, allerdings den vollen, das gestehe ich. Aber ich will auch mein volles Recht, weil ich im Uebertretungsfalle auch meine volle Strafe habe. Ja, ich habe mein Recht gebraucht, aber es nicht gemißbraucht. Daß ich das nicht gethan, das brauche ich nicht weiter Ihnen auseinander zu setzen; die Vertheidigung hat es so schlagend nachgewiesen, daß ich an Ihrer gesunden Urtheilskraft zweifeln mußte, wollte ich noch ein Wort darüber verlieren.

Meine Herren Geschwornen! Ich habe gesagt, was ich für meine Pflicht und was ich für mein Recht halte. Ich habe die Wahrheit geschrieben; allerdings viel bittere Wahrheit, aber immer Nichts, als die Wahrheit. Und weil ich für die Wahrheit in die Schranken getreten bin, darum stehe ich vor den Schranken dieses Gerichtshofes, — darum sehe ich aber

auch Ihrem Urtheilsspruche mit der größten Seelenruhe entgegen, mit um so größerer Seelenruhe, weil ich das Bewußtsein in mir trage, daß die Grundsätze, wegen welcher ich heute verfolgt werde, dereinst die Welt beherrschen werden.

Ich erwarte zwar, daß Ihr Urtheil den Stab brechen wird über diese Anklage; doch ich sehe selbst einem verdamnenden Urtheile ruhig entgegen, indem ich die Worte Sallet's Ihnen entgegenrufe:

„Und wenn sie mir das Aug' auch blenden,  
Verfinstert d'rum die Sonne sich?  
Und wenn sie mich zum Kerker senden,  
Die Wahrheit siegt, auch ohne mich!“

Den Geschworenen wurden nach erfolgter Berathung des Gerichtshofes folgende Fragen vorgelegt, wobei der Präsident sie nachdrücklich darauf aufmerksam machte, daß, wenn sie auch nur einen Theil einer Frage verneinen würden, sie die ganze Frage verneinen müßten:

- 1) Haben Angeklagte die angeklagten Artikel verfaßt, resp. verbreitet und dadurch sich einer Aufreizung schuldig gemacht?
- 2) Haben Angeklagte die angeklagten Artikel verfaßt, resp. verbreitet und dadurch das Verbrechen der Beleidigung Sr. Hoheit begangen?
- 3) Haben Angeklagte die angeklagten Artikel verfaßt, resp. verbreitet und sich dadurch der Beleidigung deutscher souveräner Fürsten schuldig gemacht?

Nach beinahe fünfstündiger Berathung beantworteten die Geschworenen jede dieser Fragen mit „**Nein!**“, worauf die Sitzung unter lautem Jubel des Publikums geschlossen wurde.

ausgegeben wurde. Es wurden von den Angehörigen der  
 drei in Betracht kommenden Familien 10 Personen  
 zur Verhandlung erschienen. Die Verhandlung wurde  
 durch den Vorsitzenden eröffnet und es wurde  
 festgestellt, dass die Angehörigen der drei  
 Familien sich auf die Verhandlung einverstanden  
 erklärt haben. Der Vorsitzende erklärte, dass  
 die Verhandlung im Interesse der Beteiligten  
 durchgeführt werden sollte. Er bat die  
 Beteiligten um Geduld und Verständnis.  
 Die Verhandlung wurde mit dem Hinweis  
 beendet, dass die Beteiligten sich auf die  
 Verhandlung einverstanden erklärt haben.

Reference: None

*Journal of Management Education* 30(6)

1961

1948 1949 1950 1951 1952 1953 1954 1955 1956 1957 1958 1959 1960 1961 1962 1963 1964 1965 1966 1967 1968 1969 1970 1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978 1979 1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989 1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022 2023 2024 2025 2026 2027 2028 2029 2030 2031 2032 2033 2034 2035 2036 2037 2038 2039 2040 2041 2042 2043 2044 2045 2046 2047 2048 2049 2050 2051 2052 2053 2054 2055 2056 2057 2058 2059 2060 2061 2062 2063 2064 2065 2066 2067 2068 2069 2070 2071 2072 2073 2074 2075 2076 2077 2078 2079 2080 2081 2082 2083 2084 2085 2086 2087 2088 2089 2090 2091 2092 2093 2094 2095 2096 2097 2098 2099 2100 2101 2102 2103 2104 2105 2106 2107 2108 2109 2110 2111 2112 2113 2114 2115 2116 2117 2118 2119 2120 2121 2122 2123 2124 2125 2126 2127 2128 2129 2130 2131 2132 2133 2134 2135 2136 2137 2138 2139 2140 2141 2142 2143 2144 2145 2146 2147 2148 2149 2150 2151 2152 2153 2154 2155 2156 2157 2158 2159 2160 2161 2162 2163 2164 2165 2166 2167 2168 2169 2170 2171 2172 2173 2174 2175 2176 2177 2178 2179 2180 2181 2182 2183 2184 2185 2186 2187 2188 2189 2190 2191 2192 2193 2194 2195 2196 2197 2198 2199 2200 2201 2202 2203 2204 2205 2206 2207 2208 2209 2210 2211 2212 2213 2214 2215 2216 2217 2218 2219 2220 2221 2222 2223 2224 2225 2226 2227 2228 2229 2230 2231 2232 2233 2234 2235 2236 2237 2238 2239 2240 2241 2242 2243 2244 2245 2246 2247 2248 2249 2250 2251 2252 2253 2254 2255 2256 2257 2258 2259 2260 2261 2262 2263 2264 2265 2266 2267 2268 2269 2270 2271 2272 2273 2274 2275 2276 2277 2278 2279 2280 2281 2282 2283 2284 2285 2286 2287 2288 2289 2290 2291 2292 2293 2294 2295 2296 2297 2298 2299 2300 2301 2302 2303 2304 2305 2306 2307 2308 2309 2310 2311 2312 2313 2314 2315 2316 2317 2318 2319 2320 2321 2322 2323 2324 2325 2326 2327 2328 2329 2330 2331 2332 2333 2334 2335 2336 2337 2338 2339 2340 2341 2342 2343 2344 2345 2346 2347 2348 2349 2350 2351 2352 2353 2354 2355 2356 2357 2358 2359 2360 2361 2362 2363 2364 2365 2366 2367 2368 2369 2370 2371 2372 2373 2374 2375 2376 2377 2378 2379 2380 2381 2382 2383 2384 2385 2386 2387 2388 2389 2390 2391 2392 2393 2394 2395 2396 2397 2398 2399 2400 2401 2402 2403 2404 2405 2406 2407 2408 2409 2410 2411 2412 2413 2414 2415 2416 2417 2418 2419 2420 2421 2422 2423 2424 2425 2426 2427 2428 2429 2430 2431 2432 2433 2434 2435 2436 2437 2438 2439 2440 2441 2442 2443 2444 2445 2446 2447 2448 2449 2450 2451 2452 2453 2454 2455 2456 2457 2458 2459 2460 2461 2462 2463 2464 2465 2466 2467 2468 2469 2470 2471 2472 2473 2474 2475 2476 2477 2478 2479 2480 2481 2482 2483 2484 2485 2486 2487 2488 2489 2490 2491 2492 2493 2494 2495 2496 2497 2498 2499 2500 2501 2502 2503 2504 2505 2506 2507 2508 2509 2510 2511 2512 2513 2514 2515 2516 2517 2518 2519 2520 2521 2522 2523 2524 2525 2526 2527 2528 2529 2530 2531 2532 2533 2534 2535 2536 2537 2538 2539 2540 2541 2542 2543 2544 2545 2546 2547 2548 2549 2550 2551 2552 2553 2554 2555 2556 2557 2558 2559 2560 2561 2562 2563 2564 2565 2566 2567 2568 2569 2570 2571 2572 2573 2574 2575 2576 2577 2578 2579 2580 2581 2582 2583 2584 2585 2586 2587 2588 2589 2590 2591 2592 2593 2594 2595 2596 2597 2598 2599 2600 2601 2602 2603 2604 2605 2606 2607 2608 2609 2610 2611 2612 2613 2614 2615 2616 2617 2618 2619 2620 2621 2622 2623 2624 2625 2626 2627 2628 2629 2630 2631 2632 2633 2634 2635 2636 2637 2638 2639 2640 2641 2642 2643 2644 2645 2646 2647 2648 2649 2650 2651 2652 2653 2654 2655 2656 2657 2658 2659 2660 2661 2662 2663 2664 2665 2666 2667 2668 2669 2670 2671 2672 2673 2674 2675 2676 2677 2678 2679 2680 2681 2682 2683 2684 2685 2686 2687 2688 2689 2690 2691 2692 2693 2694 2695 2696 2697 2698 2699 2700 2701 2702 2703 2704 2705 2706 2707 2708 2709 2710 2711 2712 2713 2714 2715 2716 2717 2718 2719 2720 2721 2722 2723 2724 2725 2726 2727 2728 2729 2730 2731 2732 2733 2734 2735 2736 2737 2738 2739 2740 2741 2742 2743 2744 2745 2746 2747 2748 2749 2750 2751 2752 2753 2754 2755 2756 2757 2758 2759 2760 2761 2762 2763 2764 2765 2766

# K. 1999-2000

SECRET

# BUCHNERI

13034

## Einladung zum Abonnement

auf die

# „Blätter der Zeit“

redigirt

von

**Franz Grimm.**

Die „Blätter der Zeit“ sind ein Organ der Demokratie, — das einzige im Herzogthume Braunschweig. Sie haben bis jetzt das heilige Banner des Volkes mit der Entschiedenheit geführt, wie sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen des Vaterlandes nur im Bereiche der Möglichkeit liegt. Sie tragen den heutigen Pressverhältnissen nicht weiter „Rechnung,“ als ihnen die strengste Nothwendigkeit gebietet, — die Pressprozeße, auf den Grund von etwa 30 Artikeln gegen die „Bl. d. Z.“ erhoben, sind dafür hinreichender Beweis.

Die „Blätter der Zeit“ werden auch ferner die Fahne der entschiedenen Demokratie hoch halten mit treuer Hand, bis die Gewalt dies Panier oder diese Hand zerschmettert.

Die „Blätter der Zeit“ sind es sich bewußt, daß sie in ihrem Kreise nach Kräften für die Partei, der sie angehören, gewirkt haben, und sie sind um so weniger in ihrem Wirken müde geworden, weil dies Wirken, wie sie glauben, nicht ohne

Erfolg geblieben, weil die sichere Hoffnung ferner auf den künftigen baldigen Sieg ihrer Sache und zugleich die warme Theilnahme der Gefinnungsgenossen ihr bis jetzt zur Seite standen.

Sie rechnen auch in Zukunft auf diese Theilnahme. Ist es doch heute doppelt Pflicht der Partei, die wenigen Organe, welche der Uebermacht der Kontrerevolution noch nicht erlagen, bis zum letzten Augenblicke zu stützen und zu halten.

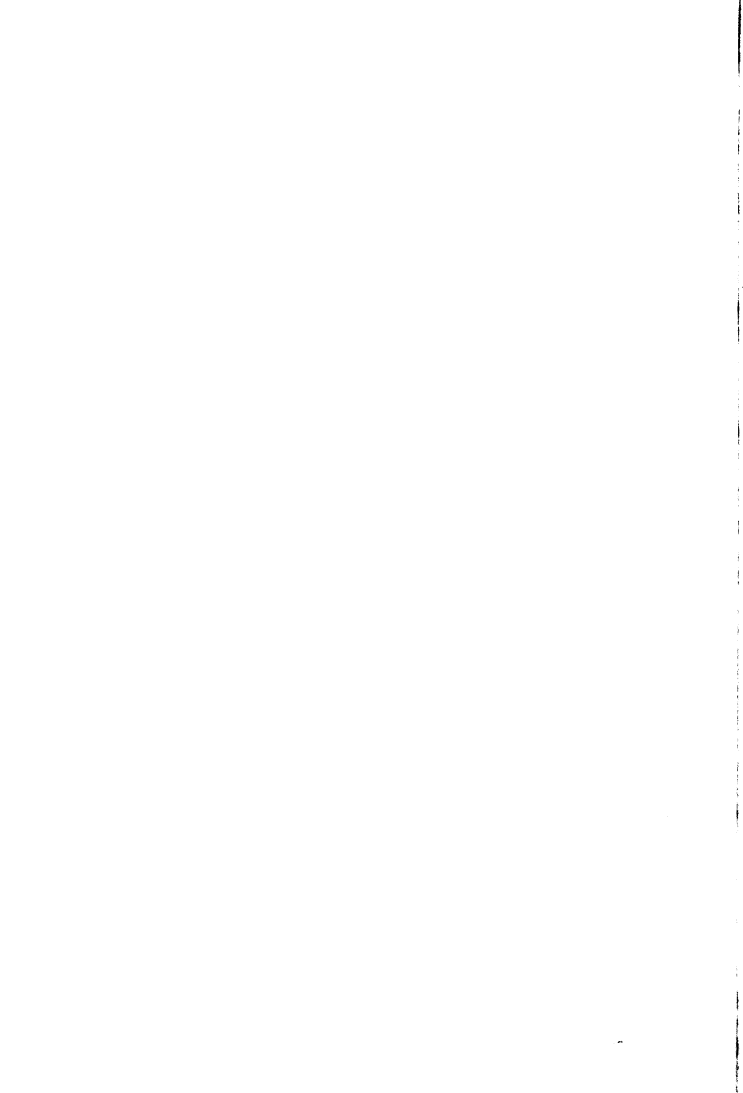
Die „Blätter der Zeit“ erscheinen wöchentlich dreimal. Sie bestreben sich, neben entschieden gehaltenen Leitartikeln die wichtigeren Tages-Ereignisse in kurzer Uebersicht zu bringen und daneben im Feuilleton Neues und Interessantes aus dem Gebiete des politischen, sozialen und wissenschaftlichen Lebens zu liefern. Die „Bl. d. Z.“ berücksichtigen dabei außer den allgemeinen deutschen Verhältnissen auch vorzüglich die ihres engeren Vaterlandes.

Der vierteljährliche Pränumerations-Preis beträgt 12 Ggr.

**Die Expedition der „Blätter der Zeit.“**

---











---

Druck und Verlag von H. Sievers & Comp.

---

